

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich...

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die sechsgealtene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1953.

Dienstag, den 10. September 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Sofortige Hilfe!

Dah etwas gegen den „Fleischnotrummel“, gegen das „Fleischnotgeschrei“ geschehen muß, das dümmert allmählich selbst einer erleuchteten Regierung...

„Eine solche Entwicklung, die der ernstesten Fürsorge bedarf, ist nicht mit mehr oder weniger oberflächlichen Argumenten abzutun. Und wenn man auf der einen Seite sagt, die Bevölkerung möge den Fleischgenuss in gewisser Weise beschränken, man möge zweimal in der Woche den Fleischgenuss aussetzen, so vergißt man dabei, daß gerade für die schwer arbeitenden Teile der Bevölkerung Fleisch ein unerlässliches Kräftigungsmittel zu sein scheint...

Aber die Regierung wird sich nicht nur entschließen müssen zu handeln, sondern rasch zu handeln. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum das deutsche Volk drei Monate länger hungern soll, nur deshalb, weil es der Regierung beliebt hat, den Reichstag bis Ende November zu vertagen...

Dies ist um so notwendiger, weil bei längerer Untätigkeit wieder wie im Vorjahr nicht wieder gut zu machender Schaden entstünde. Die Not verschärft sich immer mehr. Die Fleischpreise sind im August weiter gestiegen. Die „Statistische Korrespondenz“ bringt dafür in ihrer neuesten Nummer die amtliche Bestätigung. Man zählte

Table with 4 columns: Item, zweite Hälfte August 1912, August 1911, August 1909. Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch (Keule), Schweinespied, and Hühnerfleisch.

Gegen den August 1909 betrug demnach die Steigerung für Rindfleisch 35,8 Pfg.; für Kalbfleisch 28,2 Pfg.; für Hammelfleisch 27,1 Pfg.; für Schweinefleisch 23,5 Pfg.; für Schweinespied 15,4 Pfg. Und selbst Pferdefleisch ist fast um 6 Pfg. in die Höhe gegangen, der beste Beweis für den zunehmenden Notstand. Aus diesen Durchschnittsziffern der Fleischpreise von 50 preussischen Orten geht demnach eine so erhebliche Verteuerung hervor, daß auch die Regierung einsehen muß, daß Hilfe sofort nötig ist. Und zwar aus zwei Gründen: einmal dürfen die Massen nicht länger ausgeplündert werden; dann aber verhindern die exorbitant hohen Preise dazu, daß noch schlachtunreifes Vieh zu Markte gebracht, daß die zur Aufzucht nötigen Bestände in unzulässiger Weise vermindert und so die Fleischnot auch für die Zukunft erhalten bleibt und noch gesteigert wird. Deshalb tut Eile not. Der Reichstag muß die Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch öffnen und den § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes aufheben, der die Einfuhr von Gefrierfleisch fast unmöglich macht. Er muß die Futtermittelzölle beseitigen, damit den viehzüchtenden Landwirten die Aufzucht erleichtert und die inländische Produktion gefördert wird. Und je schneller diese Maßnahmen ergriffen werden, desto wirksamer sind sie, desto mehr wird Deutschland vor einem weiteren Rückgang seiner Fleischversorgung bewahrt.

Auch über das Einfuhrsystem muß im Reichstag unverzüglich gesprochen werden. Die Ernteergebnisse sind ja in Deutschland im allgemeinen zufriedenstellend, wenn auch die Qualität unter der Ungunst der Witterung gelitten hat. Noch aber ist das Schicksal der Kartoffelernte im Ungewissen, die durch die Rasse bedroht erscheint. Die Preise des Getreides sind hoch und in Deutschland infolge des Zolls und der Ausfuhrprämien die höchsten der Welt. Da muß verhütet werden, daß auch von der neuen Ernte zumal die besseren Qualitäten ins Ausland verschleudert und die Groß-

grundbesitzer wieder 100 Millionen Mark als Belohnung dafür bekommen, daß sie dem deutschen Volke das so dringend notwendige Brot verteuern. Und dies muß sofort geschehen, ehe die Kontrakte zu umfangreich geworden sind und die zu treffenden Maßnahmen unwirksam machen. Der Reichstag muß Gelegenheit bekommen, seine Entscheidung unverzüglich zu fällen.

Es ist eine einzigartige Situation! Das ganze Volk ist einig in dem Ruf nach Abhilfe. Nicht viel mehr als 20000 Großgrundbesitzer stemmen sich diesem Verlangen entgegen. Und doch ist es ganz ungewiß, ob die Regierung nicht auch ferner versuchen wird, den Willen der 20000 den 65 Millionen aufzuwiegen. Das ist die deutsche Verfassung, das ist das Recht des Volkes in diesem Reich der Reichen, in diesem Paradies der Junker! 20000 sind mehr als 65 Millionen, das ist bisher stets die politische Arithmetik der Regierung gewesen. Soll es auch diesmal stimmen, soll auch diesmal diese ungeheuerliche politische Rechnung ohne Bruch ausgehen?

Jedenfalls hat noch selten eine so tiefgehende Erbitterung das deutsche Volk erfüllt wie diesmal und die stürmische Protestbewegung im ganzen Reiche zeigt, daß die Volksmassen anfangen, die Geduld zu verlieren. Die gegenwärtigen Versammlungen sind nur der erste Auftakt. Zunächst haben jetzt die Frauen das Wort. In Berlin werden am 24. September die Frauen sich versammeln, um unserem Protest gegen die Volksausplünderung neuen Nachdruck zu verleihen. Die Einsicht in die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände erfährt immer weitere Kreise, die Abnommentenziffern unserer Parteiorgane, die Mitgliederzunahme unserer Organisationen zeigen rasches Wachstum. Auch die Konsumvereinsbewegung weist große Fortschritte auf. Die Regierung täte gut, diese Stimmung sehr genau zu beachten.

Um gegen die herrschende Teuerung wirksame Abhilfe zu schaffen, dazu sind eingehende und umfassende Reformen auf dem Gebiete unserer ganzen Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik durchzuführen. Dazu muß dem Reichstag Zeit gegeben werden, deshalb ist seine sofortige Einberufung die dringendste Notwendigkeit. Wir Sozialdemokraten brennen förmlich darauf, positive Arbeit zur Abhilfe der Not zu leisten. Wird es die Regierung wirklich wagen, uns daran zu hindern? Glaubt sie, daß das deutsche Volk wirklich eine solche Obstruktion gegen seine Wohlfahrt sich dauernd gefallen lassen wird?

Amtliche Irreführung über die Höhe des Fleischkonsums.

Ein Artikel in der amtlichen Zeitung des Deutschen Fleischer-Verbandes erklärt, daß die Fleischkonsumberechnungen der Regierung irreführend seien, weil sie die Veränderungen im Durchschnittsgewicht nicht berücksichtigten. Nach den amtlichen Berechnungen wäre der Fleischkonsum im ersten Halbjahre 1912 so reichlich gewesen, wie in keinem der Vorjahre. Das steht mit den täglichen Erfahrungen im Widerspruch. Die Wiegestatistik der öffentlichen Schlachthöfe ergibt, daß das Durchschnitts-Lebendgewicht für Rinder am Berliner Markte von 1906 bis 1910 um 55 Kilogramm oder 9 Proz., in Hamburg von 1900 bis 1911 um 76 Kilogramm oder 13,5 Proz., das Schlachtgewicht in Breslau um 15 Proz., Chemnitz 11,3 Proz., Leipzig 6,4 Proz. abgenommen hat. Bei den Rälbern betrug der Gewichtsrückgang bis 1910/11 in Berlin 10, Breslau 24 Proz. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß das Durchschnittsgewicht der Rinder vom Beginn des Jahrhunderts bis zum letzten Jahre allerwärts erheblich abgenommen hat. Der Rückgang beträgt im Durchschnitt reichlich 10 Proz.

Auch bei den Rälbern beobachtet man in demselben Zeitraum einen erheblichen Rückgang des Gewichtes, während bei den Schweinen das niedrigste Durchschnittsgewicht hauptsächlich in dem Teuerungsjahr 1906 erreicht worden ist. Auch hierbei findet man, daß die Schwankung zwischen höchstem und niedrigstem Gewicht sich auf ungefähr 10 Proz. beläuft.

Sucht man an der Hand der Zahlen festzustellen, ob der Rückgang des Gewichtes in irgendeiner Verbindung mit der Preisbewegung steht, so ergibt sich für die Mehrzahl der Märkte und Jahre, daß dies offensichtlich der Fall ist.

Die Ursachen hierfür sind handgreiflich: Viehknappheit ist regelmäßig die Folge ungünstiger Ernte- und Futterverhältnisse, und diese bedingen entweder frühzeitiges Loschlagen oder eine nicht vollständige Mast, während bei fast geleerten Ställen die starke Nachfrage und die hohen Preise zu demselben Uebel führen.

Ist nun aber klar erwiesen, daß bei mangelhafter Futterernte und späterhin bei ungenügendem Angebot und hohem Preise ein Rückgang des Durchschnittsgewichtes eintritt, der ungefähr 10 Proz. beträgt, so kann die Statistik bei Berechnung des Fleischkonsums nicht achtlos hieran vorbeigehen. Die amtliche Feststellung des durchschnittlichen Schlachtgewichtes im Jahre 1906 fußt auf den höheren Gewichten zu Beginn des Jahrhunderts und deshalb kann die amtliche Berechnung des Fleischkonsums nicht als auch nur annähernd richtig betrachtet werden, weil sie einen so maßgebenden Faktor außer Betracht läßt, wie er in dem durch ungenügende Futterernte, Viehmangel usw. hervorgerufenen Mindergewicht der Schlachttiere begründet ist.

Würde man von der eingangs erwähnten amtlichen Berechnung des Fleischkonsums von 20,75 Kilogramm im ersten Halbjahre 1912 nur 10 Proz. absetzen, so würde das Bild ein viel trübteres werden, als es die amtliche Statistik zeigt; zudem ist die schwere Not erst im zweiten Halbjahre kraft in die Erscheinung getreten.

Billiges Fleisch.

In Züricher Blättern erklärt das Gesundheitsamt der Stadt folgende Anzeige:

Gefrierfleischverkauf.

Zufolge Uebereinkommens zwischen dem Stadtrate Zürich und dem Metzgermeisterverein der Stadt Zürich übernimmt der letztere Verein die Einfuhr und den Verkauf überseeischen Gefrierfleisches.

Das Fleisch wird von Freitag den 14. Juni 1912 ab in den nachbezeichneten Verkaufsstellen, während der ganzen Dauer der Geschäftszeit, also wie das frische Fleisch, zu nachbezeichneten Preisen verkauft:

Table with 2 columns: Item and Price. Rows include 1. Fettes Gefrierfleisch, 2. Magere Stücke, 3. Rierstück (Rostbeef), 4. Filet (nur ohne Knochen).

Die Preissteigerung auf mageren und Rierenstücken ist eine Folge des Steigens der Einkaufspreise. Dieses dürfte nur vorübergehend sein und es werden beim Fallen des Einkaufspreises auch die Verkaufspreise wieder erniedrigt werden.

Verkaufsstellen:

Zürich, den 8. Juli 1912. Das Gesundheitsamt.

Für 60 bis 80 Pfg. erhält man demnach in Zürich gutes, mageres Fleisch, für 40 Pfg. fettes Fleisch. Dabei sind für magere und Rierenstücke sogar noch Preisermäßigungen zu erwarten.

Auch die deutsche Arbeiterschaft will die niedrigen Fleischpreise, deren sich Zürich erfreut. Die Verwirklichung dieses Willens ist möglich; nur der Widerstand der Agrarier und der Regierung steht ihr entgegen.

Protest der Unternehmer.

Im Anschluß an die Resolution der Breslauer Fleischerinnungen gegen die Einfuhrverbote schreibt die „Zeitschrift für Deutschlands Schuhmacher“ (Nr. 71):

„Es ist die höchste Zeit, daß die Gewerbeverbände unter Hintanhaltung ihrer sonstigen politischen Anschauungen sich einmal die Tätigkeit der politischen Parteien daraufhin ansehen, wie diese sich zu den auf eine Verteuerung der Lebensmittel hinauslaufenden gefeggebertlichen Maßnahmen — Ausfuhrprämien für Getreide, Grenzabsperungen gegen Vieheinfuhr — stellen. Der Kampf zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Industrie ist großenteils verschuldet durch die fortgesetzte Verteuerung der Nahrungsmittel, an der gewisse Parteien und die Regierung, wenn nicht die ausschließliche, so doch sicherlich die Hauptschuld tragen.“

Benötigt in einzelnen Gewerben scheint man jetzt einzusehen, wie sehr man sich ins eigene Fleisch schneidet, als man dem agrarischen Zollwucher zustimmt.

Die Vertuschung des Viehstandes.

Die Agrarier begründen ihren Widerstand gegen die Öffnung der Grenzen mit der Behauptung, daß das ausländische Vieh verfaulend sei und jede Einfuhr mit gewaltigen Gefahren für den Gesundheitsstand des deutschen Viehes verbunden sei. Nun trotz der hermetischen Abschließung der Grenzen gegen alles ausländische Vieh hat die Vertuschung des Viehstandes gerade in Ost- und Westpreußen einen ganz außerordentlichen Umfang angenommen. In Ost- und Westpreußen und Posen waren am 31. August in 66 Kreisen 216 Gemeinden mit 286 Gehöften verfaulend. Gegen den Stand vom 15. August ist das eine Zunahme von 78 Gemeinden mit 100 Gehöften. Von den 29 westpreussischen Kreisen sind nicht weniger als 23 verfaulend. — Eine Verschlimmerung kann also selbst bei schrankenloser Öffnung der Grenzen nicht eintreten, vielmehr sogar dient die Zufuhr ausländischen Viehes zu einer Aufbesserung und Verbesserung des deutschen Viehstandes.

Maßnahmen der Kommunen.

Der Sonneberger Gemeinderat hat auf Antrag des einzigen sozialdemokratischen Vertreters einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, der Fleischteuerung durch Öffnung der Grenzen entgegenzuwirken. Der weitere sozialdemokratische Antrag, dänisches Fleisch seitens der Stadt einzuführen, wurde abgelehnt, da keine Kühlanlagen vorhanden seien.

In Tilsit, der zweitgrößten Stadt Ostpreußens, beherrscht der Freisinn die Stadtverordnetenversammlung. Unsere Genossen hatten den Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird: die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh, die Aufhebung der Einfuhrzölle und des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes. Obwohl allgemein der Notstand zugegeben wurde, fand der Antrag doch nicht Annahme. Man meinte, er komme zu spät. Schnelle Hilfe tue not, und daher mühten Seefische an die Bevölkerung verkauft werden. Ein Redner erklärte, durch den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten würde eine noch schlimmere Katastrophe entstehen, die Zölle könnten nicht aufgehoben werden, da die Leute sich auf sie eingerichtet hätten. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag stimmte nicht ein einziger der freisinnigen Stadtverordneten für ihn.

Im Göttinger Stadtverordnetenkollegium beantragten unsere Genossen, den Magistrat zu ersuchen, an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe zu richten, um Maßnahmen zur Abwehr der sich immer mehr verschärfenden Lebensmittelteuerung zu treffen; ferner wird der Magistrat ersucht, selbst Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, der Teuerung entgegenzuwirken. Der Magistrat ist dem sofort nachgekommen. Dem schon bereits zu derselben

Sitzung legte er einen Antrag vor, der dem entsprach, was die Interpellation unserer Genossen verlangte.

### Protestkundgebung gegen die Teuerung.

Der Protest der Arbeiterschaft von Oldenburg-Ostfriesland gegen die Teuerung und den Lebensmittelmangel kam in 10 teilweise sehr stark besuchten Versammlungen zum scharfen Ausdruck. In allen Versammlungen wurde festgestellt, daß trotz der vorwiegend ländlichen Verhältnisse die Preise sämtlicher Lebensmittel sich in fast nichts von denen der Großstädte unterscheiden! So hat zum Beispiel Rühringen-Wilhelmshaven zurzeit die höchsten Fleischpreise in Deutschland! — Die Versammlungen gaben unzweideutig ihre Empörung über das herrschende Wirtschaftssystem in scharfen Resolutionen Ausdruck.

In drei überfüllten Versammlungen protestierten am Freitag in Garburg und Wilhelmshurg (17. hann. Wahlkreis) etwa 3500 Personen gegen die höhnvolle Behandlung der Teuerungsfälle durch die Reichsregierung. Alle drei Versammlungen verliefen ruhig.

Gegen die Fleischnot und gegen die Lebensmittelteuerung fand am Freitagabend in Götlich in dem größten der dortigen Säle eine imposante Demonstration statt. Lange vor Beginn der Versammlung wurde das Lokal wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt, so daß noch eine zweite Versammlung veranstaltet werden mußte. Eine dem Vortragsthema entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

In Bremen protestierte die Arbeiterschaft am Freitagabend in acht stark besuchten Versammlungen.

In Chemnitz fanden neun Versammlungen in der Stadt und der Umgebung statt. Die zahlreichen Zuhörer protestierten gegen die Wucherpolitik der Regierung.

In Königsberg protestierte eine Versammlung, die von circa 8000 Personen besucht war. Weitere Protestversammlungen wurden noch in Romet, Tilsit, Gumbinnen, Kasenburg, Wehlau, Osterode und Groß-Heidekrug (Kreis Königsberg) abgehalten.

In 19 Landorten des 11. badischen Reichstagswahlkreises (Rannheim-Weinheim) fanden am Sonnabend und Sonntag Volksversammlungen statt, die sich mit der Teuerung beschäftigten. Der Besuch war allgemein ein guter. Referenten wie Diskussionen vertraten die Forderung auf Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr ausländischen Viehes und Fleisches.

Die Dortmunder Arbeiterschaft hatte für letzten Sonntag eine große Demonstrationssammlung unter freiem Himmel geplant. Aber den ganzen Tag regnete es in Strömen, so daß man sich kaum hätte verwandern dürfen, wenn nur einige hundert Mann gekommen wären. Trotz des tolen Regens waren dennoch wohl an 3000 Personen herbeigeeilt, die in zwei großen Sälen untergebracht werden mußten. Daß trotz des Regens eine solche Beteiligung zu verzeichnen war, zeigt, wie groß die Not geworden ist. Die Versammlungen nahmen eine scharfe Resolution zur Teuerung an; auch anwesende Zentrumsleute stimmten für die Resolution.

### Das Heimarbeiterproletariat demonstriert.

Der Hunger treibt das Heimarbeiterproletariat auf die Straße. Trotz der denkbar ungünstigsten Witterung strömten am Sonntagvormittag die Heimarbeiter des Weininger Oberlandes (Bezirk des Heimarbeiterechts in der Spielwaren- und Christbaumindustrie aus dem Thüringer Walde) nach Sonneberg, um in einer Massenversammlung gegen Fleischwucher und Lebensmittelteuerung zu protestieren. Die Versammlung war überfüllt. Das Referat des Genossen Wächter-Hüttenfeinach wurde mit draufendem Beifall aufgenommen. Nach der Versammlung zogen trotz strömenden Regens 6—700 Personen in geschlossenem, wohlgeordnetem Zuge durch die Straßen der Stadt vor das Rathaus, wo sich die Menge nach einer kurzen Ansprache des Landtagsabgeordneten Genossen Wehder auflöste. — Die Demonstration machte den denkbar besten Eindruck. Polizei war nirgends zu sehen.

## Du sollst nicht töten!

Über die Verhandlungen über die Todesstrafe auf dem „11. Deutschen Juristentag“ in Wien schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“:

„Dem Volke ist auf dem Tage der fünfzig Juristen große Ehre widerfahren; mit der „vollständigen Rechtsüberzeugung“ wollte nämlich der Herr Professor Kahl sein Sittengebot stützen und darauf soll sich der Juristentag berufen, wenn er die „These“ ausspricht: Du sollst töten! Sonst reden sie von dem „Laien“ zwar recht verächtlich, aber da sie die Wutjustiz rechtfertigen trösten, steigt er plötzlich zur „vollständigen Rechtsüberzeugung“ empor! Denn wohlgekannt: nur auf diese Popularität des Hängens gründete der Referent des Juristentages sein Gebot, sonst wäre auch er für die Aufhebung der Todesstrafe. Aber sie sei eben so beliebt, daß ihre Befestigung das Rechtsgefühl des Volkes erschüttern würde; man würde ihre Aufhebung, wörtlich, als den „gewaltsamen Abbruch eines historischen Bestandes“ empfinden. Ein „historischer Bestand“ waren auch die Hegenprozesse, die Folter, das Prügeln; mit derselben Begründung hätte man auch ihre „Beibehaltung“ verlangen können! Es muß den Freunden des Galgens der Verstand schon ganz ausgegangen sein, wenn sie nun nichts anderes wissen, als sich auf die Beliebtheit des Hängens im Volke zu berufen!

Nun kennen wir die Verhältnisse, unter denen der Berliner Professor die Seele des Volkes erforscht, freilich nicht, aber daß seine persönliche „Beobachtung, Umfrage und Erfahrung“ ausreichend sein könnte, um über die „überwiegende Volksüberzeugung“ Klarheit zu schaffen, ist natürlich ausgeschlossen. Es ließen sich auch umfänger Beweise dafür anführen, daß die Verleumdung, die die Anhänger der Todesstrafe dem Volke zufügen, indem sie es beschuldigen, daß es noch dem Galgen schreie, unzutreffend ist und wohl nur beweise, was sich die Herren eben unter „Volk“ vorstellen . . .

Es ist überhaupt unglücklich, was diese Professoren der Welt — oder richtiger: dem Juristentag — an „Argumenten“ vorzutragen sich noch immer gestatten. Die Todesstrafe soll eine nützliche und sachgemäße Strafe sein, weil sie „abschreckend“ wirkt. Daß die Mordstrafbarkeit in Staaten, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, nicht zunimmt, in Staaten, wo sie besteht, nicht abnimmt: das beweise nicht, daß die Drohung mit der Todesstrafe nicht abschrecke, weil sich die „positive Funktion der Abschreckung als innerer Vorgang vollzieht“. Aber wie können sich die Wutjuristen anmaßen, diesen inneren Vorgang so gut zu kennen, daß sie auf ihn ihre ganze Beweisführung aufbauen? Es gibt übrigens einen sichereren Beweis, daß der Staat an diese Abschreckungswirkung der Todesstrafe selbst nicht glaubt. Der bloße Paragraf im Gesetze vermag die abschreckende Wirkung doch nicht auszulösen, auch die Zeitungsmeldung, daß irgendwo jemand hingerichtet worden ist, nicht. Sondern die Abschreckung würde mit voller Gewalt von dem Hängen selbst ausgehen; das Wahrnehmen der schauerlichen Strafe ist es, was erschrecken und abschrecken würde. Also müßte der Staat eigentlich dafür sorgen, daß die Hinrichtungen in voller Oeffentlichkeit vor sich gehen, daß von ihrem Sichtbarwerden der Schrecken ausgehe, der in dem Töten des Verbrechers durch die gesellschaftliche Gewalt liegt — wie man es einstmals auch hielt, als man die Abschreckungstheorie den Antikenen immer auch praktisch demonstrierte. Aber dennoch birgt der Staat die Hinrichtung überall ins Dunkel, und auch die fanatischsten Abschreckungsprofessoren werden öffentliche Hinrichtungen nicht empfehlen. Warum? Weil die nicht abschrecken, weil sie das Ver-

brechen erst hervorzurufen würden! Weil der verbrecherische Mensch durch die öffentliche Hinrichtung nicht erschreckt und abgeschreckt, wohl eher zu der an sich gar nicht unlogischen Schlussfolgerung verleitet würde: Wenn andere töten dürfen, kannst du es auch! Die Logik dieses Verbrechers wäre schlüssiger als die des Professors.

Aber mit diesen Professoren ist ja nicht zu diskutieren, sie erfassen den eigentlichen Kern der Frage gar nicht. Das stärkste Argument Kahls war, daß Lucheni, der die Kaiserin Elisabeth ermordet hat, nicht umgebracht worden ist. Nun war diese Ermordung ein entsetzliches Verbrechen; aber warum? Weil eine harmlose, schuldlose alte Frau getötet wurde! Aber das gleiche entsetzliche Verbrechen wäre die Ermordung jeder braven und alten Frau, wie wir es bei manchen Raubmorden in den Großstädten wahrnehmen; für den Professor ist aber Luchenis Tat deshalb das schrecklichste Verbrechen, weil das Opfer eine Fürstin war! Wenn dieser „Gedanke“ der Herren Kahl und Binding von „Millionen geteilt wird“, so beweist das nur, daß Servilismus nicht bloß eine Eigenschaft deutscher Professoren ist. Beweist aber die Tat Luchenis nicht eher Verrücktheit denn „schrecklichen Verbrechertum“? Was wissen wir überhaupt von den Mördern? Wir sehen die Tat, manchmal vielleicht die ökonomischen Ursachen; aber ob die Vernunft der menschlichen Kreatur, die den Umkreis des natürlichsten Sittengesetzes verlassen hat, nicht getrübt, nicht angefaßt ist, das ist unserer oft großfälligen Wahrnehmungen angewiesenen Untersuchung unerschöpflich. Warum sträubt sich das menschliche Gefühl gegen die Todesstrafe? Weil sie mit unseren geläuterten Auffassungen von Menschentum unvereinbar ist, weil sie eine Barbarei ist! Auch das Prügeln war nach Anschauung vieler Juristen eine rationale Strafe, und wenn es auf manche Exemplare des „gebildeten Bürgerlums“ ankäme, auf das sich Herr Professor Kahl so nachdrücklich beruft, müßte man es ungesäumt wieder einführen. Warum hat es die fortschreitende Kultur überall abgeschafft? Weil es den Auffassungen unserer Zeit von der Würde des Menschen widerspricht! . . .

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. September 1912.

### Wozu soll das Arbeitswilligengesetz dienen?

Die „Alln. Volksztg.“ läßt sich auf den von der „Kreuzzeitung“ gegen das Zentrum erhobenen Vorwurf, daß es keine Mitwirkung bei der Agitation für die Einführung eines Arbeitswilligengesetzes versage, aus den „führenden Kreisen“ der christlichen Arbeiter folgende Antwort schreiben:

Die christlichen Arbeiter können sich allerdings beim Zentrum bedanken, aber nicht für das angebliche Gewährleisten der sozialdemokratischen Terroristen, sondern dafür, daß es bisher einen „Arbeitswilligenschutz“ im Sinne der „konservativen Korrespondenz“ abgelehnt hat. Die von diesem Organ publizistisch vertretenen Kreise möchten durch den sogenannten Schuß der Arbeitswilligen in letzter Linie das berechnete Aufwärtsstreben der Arbeiter hemmen resp. unmöglich machen; auf Umwegen soll der gewerkschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter das Maßrät gegeben werden. Einen solchen Arbeitswilligenschutz müssen die christlich organisierten Arbeiter aber im Interesse ihrer Selbsterhaltung ablehnen und sie haben darüber auch niemals Unklarheit aufkommen lassen. Wenn das Zentrum, getreu seiner sozialpolitischen Tradition, einer Einengung des Koalitionsrechtes der Arbeiter nicht zustimmt, so befindet es sich in voller Uebereinstimmung mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die bestehenden Strafbestimmungen genügen, um Auswüchse der Koalitionsfreiheit, wie den sozialdemokratischen Terrorismus zu ahnden, wenn die bestehenden Gesetze nur immer zur Anwendung gelangen.

Was uns an dieser Entgegnung besonders interessiert, ist das Eingeständnis, daß auch die „führenden Kreise“ der katholischen Arbeiter sich völlig darüber klar sind, zu welchem Zweck die konservativen und die nationalliberalen Scharmacher den sogenannten „Arbeitswilligenschutz“ fordern, nämlich die gewerkschaftliche Selbsthilfe zu zerstören und den Kampf der Arbeiter um die Besserung ihrer Wirtschaftslage zu verhindern. Man hofft, in das „Arbeitswilligengesetz“ solche Bestimmungen hineinzubringen zu können, daß den Arbeitern, wenn nicht formell, so doch tatsächlich, jeder Streik unmöglich gemacht, die Betriebe der Unternehmer unter sicheren polizeilichen Schutz gestellt und jedes Eingreifen der Leiter der Gewerkschaftsorganisationen in die Lohnkämpfe verhindert wird. Der Arbeiter der Betriebe soll wieder völlig isoliert und der Willkür seines „Arbeitsherrn“ ausgeliefert werden.

### Amtsrichter Knittel auf Pistolen gefordert.

Die „Germania“ bestätigt die von uns bereits mitgeteilte Meldung, daß der Amtsrichter Knittel vom Hauptmann Kammler auf Anordnung des militärischen Ehrenrats eine Forderung auf Pistolen erhalten habe. Die „Germania“ ist ungeheuer entsetzt darüber, daß ein vom Gericht und von ärztlichen Sachverständigen als böserartiger Geisteschwacher gekennzeichnete Mann vom militärischen Ehrenrat einen solchen „Befehl“ erhalten habe. Auch die übrigen Zentrumsblätter verurteilen das Vorgehen des Ehrenrats in der schärfsten Weise. So schreibt die „Schlesische Volkszeitung“:

„Solange die Zentrumspartei gegen den Duellunfug aufgetreten ist — sie hat das bekanntlich noch vor kurzem in entschiedener Weise getan — so lange wurde uns entgegengedehnt, es sei nicht immer möglich, in Ehrensachen den öffentlichen Gerichtsweg zu beschreiten und hier Sühne zu finden; bei diesen Ausnahmen müsse eine andere Institution, das Duell, eintreten. Im vorliegenden Falle ist aber das Gericht bereits angerufen worden und hat das Urteil — allerdings nicht im Sinne des Klägers — gefällt. Und trotzdem soll zur Waffe gegriffen werden. Hier liegt eine Mißachtung gegen einen gefällten Rechtspruch vor; man erkennt einfach das ergangene Urteil nicht an und will nun durch ein aller Kultur und Zivilisation höhnsprechendes Verfahren zu seinem „standesgemäßen“ Rechte gelangen. Das ist ein skandalöser, das Rechtsgefühl breiter Volksteile verletzender Vorgang, der schnellstes Eingreifen dringend erheischt. Auf Befehl des Ehrenrats soll Hauptmann Kammler zur Waffe greifen. Hier liegt gerade das, was den meisten Widerspruch hervorzurufen muß. Nicht eine Einzelperson, sondern eine militärische Institution will das gesprochene Recht unter eine unmoralische „Rechtsform“ beugen. Ein Mann, den jedermann bedauern muß, da er nach dem Gerichtsurteil „böserartig geisteschwach“ ist, wird gezwungen, sein Leben im Duell aufs Spiel zu setzen. Schlimmer kann kaum die Verwirrung der sittlichen Begriffe illustriert werden, als bei dieser unmoralischen Prestion.“

Die „Germania“ fragt, was denn nun weiter werden solle; denn wenn Knittel die Satisfaktion verweigere, so wird er vermutlich gezwungen werden, seinen Offiziersrock auszugeben. Deshalb sei die Militärverwaltung verpflichtet, unverzüglich „die öffentliche Meinung zu beruhigen und das Nötige zu veranlassen“.

Andernfalls sei es unabweislich, daß diese Angelegenheit im Reichstage alsbald den Gegenstand einer Interpellation bilden werde.

Wir sind gespannt, ob diese Forderung der Zentrumspreste wirklich die „nötigen Schritte der Militärverwaltung“ nach sich ziehen wird. Sollte das geschehen, so bedeutete das einen Eingriff in die Befugnisse des Ehrenrats, das heißt einer Institution, deren Entschiede sonst innerhalb der Armee unbedingt respektiert werden müssen. Aber selbst wenn das geschehe, wäre das keineswegs ein Einschreiten gegen den Duellunfug an sich. Denn daß der Hauptmann Kammler nach Gerichtsurteil ein Geisteschwacher ist, hat ihn ja nach seiner eigenen Erklärung und nach der Meinung seiner Vorgesetzten — er tut ja bis zum heutigen Tag noch Duell! — nicht gehindert, seine beruflichen Obliegenheiten auszuführen. Es ist also keineswegs ausgeschlossen, daß es innerhalb des Offizierskorps noch andere Kammler gibt, denen ihre „Geisteschwäche“ und „Böserartigkeit“ nicht gerichtlich attestiert wurde, die aber intellektuell und moralisch keineswegs höher stehen, als der Original-Kammler. Wenn diese Kammler aber einen anderen Mittel, d. h. einen Amtsrichter, der Referatsoffizier ist, zum Duell forderten, so müßte er sich unbedingt schicken, widrigenfalls er aus dem Offizierskorps ausgeschlossen würde.

Selbst wenn es also das Zentrum zur Belohnung für seine reaktionären Handlungsdienste durchsetzte, daß zugunsten Knittels ein militärisches Ausnahmerecht gewährt würde, so würde damit an dem haarsträubenden Duellunfug selbst nicht das geringste geändert werden!

### Konservative Wahlpraktiken.

Das Kapitel konservative Wahlpraktiken ist geradezu unerforschlich; und ferner ist es geradezu erstaunlich, auf welche Mittel die konservativen Wahlmacher verfallen, um die Wahlfreiheit aufzuheben. Der „Berliner Volkszeitung“ wird von einem Leser folgender charakteristische Vorfälle gemeldet:

In einem Gutshofe des Dramburger Wahlbezirks mit neunundzwanzig eingeschriebenen Wählern hatte der Gutsherr, der zugleich Amtsvorsteher ist, den Lehrer des Ortes zum Protokollführer ernannt. Als dieser zur vorgeschriebenen Zeit das Wahllokal — selbstverständlich ein Zimmer der Wohnung des Gutsherrn — betrat, fand er außer dem Gutsherrn niemand darin vor. Auf seine erstaunte Frage, wo die Weisiger seien, erklärte der Wahlvorsteher, daß er keine Weisiger ernannt habe, da sie beide bei der geringen Wählerzahl die Sache allein erledigen könnten. Der Protokollführer erklärte aber, daß das nach § 12 des Wahlgesetzes unstatthaft sei, und daß er unter diesen Umständen das Amt des Protokollführers nicht übernehmen wolle. Schließlich fragte der Gutsherr telefonisch bei dem zuständigen Landrat an, ob es unbedingt notwendig sei, Weisiger zuzuziehen. Der Landrat erklärte, daß mindestens ein Weisiger im Wahllokal anwesend sein müsse, worauf sich der Wahlvorsteher endlich bequimte, einen Weisiger herbeizuschaffen. Gegen Mittag traten die 20 Wähler geschlossen in das Wahllokal und gaben ihre Zettel ab. Da keine Wähler mehr zu erwarten waren, wurde die Wahlhandlung um 12 Uhr geschlossen und der Wahlvorstand löste sich auf. Alle 20 Stimmen waren für den konservativen Kandidaten abgegeben worden.

Die Prüfung der Wahl des früheren Abg. Pauli ergab eine Menge solcher Verstöße, in einzelnen Orten wurde die Wahlhandlung schon um 1/11 Uhr geschlossen und bei den noch nicht erschienenen Wählern einfach bemerkt: „Ist krank“, „Ist verzogen“. In diesem Fall hat der Reichstag allerdings, wie bekannt, einen diesen Streich durch die agrarische Rechnung gemacht.

### Arbeitszwang für Hilfsbedürftige.

Die Ausführungsbestimmungen zur Unterstützungswohnstipendie regeln, wie halbamtlich gemeldet wird, auch das Verfahren für die Anordnung des Arbeitszwanges. Es wird dazu ausgeführt:

„Da angenommen werden darf, daß in vielen Fällen der Hinweis auf den durch das Gesetz ermöglichten Arbeitszwang genügen wird, den von der Armenverwaltung unterstützten Arbeitsscheuen zur Sorge für die eigene Person oder den säumigen Rührpflichtigen zum Unterhalt seiner der Armenpflege anheimgefallenen Angehörigen zu veranlassen, so werden die Armenverwaltungen in ihrem eigenen Interesse die betreffenden Personen zunächst zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufzufordern haben. Ob sie dies schriftlich oder zu Protokoll oder durch Vermittelung der Volksgemeinschaften tun wollen, bleibt ihnen überlassen. Die Armenverwaltungen können ferner von der Befugnis Gebrauch machen, eine Unterstützung mittels Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten innerhalb oder außerhalb eines Armen- oder Krankenhauses zu gewähren. Erweisen sich diese Maßnahmen als erfolglos, so hat der Armenverband das Recht, bei dem Kreis- (Stadt-) Ausschuss den Antrag auf Unterbringung des Unterstützten in einer öffentlichen Arbeitsanstalt oder in einer staatlich als geeignet anerkannten Privatanstalt zu stellen.“

So wenig dagegen einzuwenden ist, daß Personen, die böswillig eine Unterhaltspflicht verweigern, obwohl sie zu ihrer Erfüllung fähig sind, dazu gezwungen werden, so bedenklich erscheint die Befugnis, Hilfsbedürftige einer Arbeitsanstalt, also dem Arbeitshaus überweisen zu können. Das ist lediglich darauf berechnet, Hilfsbedürftige davon abzuschrecken, eine Unterstützung zu beantragen. Besonders die ländliche Armenpflege, die so gut wie alles zu wünschen übrig läßt, wird eine solche Bestimmung begrüßen, um sich so weit als nur irgend möglich von ihren Verpflichtungen zu befreien. Ausführungsbestimmungen dieser Art schlagen jedem sozialen Empfinden direkt ins Gesicht.

### Nottschrei eines Militärinvaliden.

Man schreibt uns: Vor kurzer Zeit wurde in der Presse über den Lebenswandel des verhungerten Veteranen Druz von „amtlicher Stelle“ berichtet, daß der Mann ein Landstreicher, Bettler und dergleichen mehr gewesen sei. Welche Gründe aber den Mann veranlaßt haben könnten, ein solches Zummern zu führen, darüber schweigt man sich aus. Man stellt es eben so dar, als ob es sich um einen Menschen handelte, an dem die Welt nichts verloren hätte. Folgender Fall soll zeigen, wie es mit der Versorgung in Wirklichkeit aussieht. Hier handelt es sich allerdings nicht um einen Kriegsveteranen, sondern um einen Militärinvaliden, dem schließlich auch nichts weiter übrig bleiben wird, als den Wanderstab zu ergreifen und betteln zu gehen.

In dem kleinen vorpommerschen Fischerdorf Hollendorf, Kreis Greifswald, wohnt der Militärinvalid und frühere Oberheizer der kaiserlichen Marine in Kiel, Karl Sankh, bei seinen alten Eltern. Er diente bereits 8 Jahre, als er plötzlich von Krämpfen befallen wurde. Als Ganzinvaliden entlassen, erhielt er eine monatliche Pension von 15 R. und für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsschein 12 R. Seine Gesuche um Erhöhung der mehr als lärglichen Pension, wurden immer wieder abschlägig beschieden, mit der Motivierung, er möge durch leichte Beschäftigung sich etwas hinzu verdienen. In seinem Militärpaß ist ihm von der Militärbehörde selbst bescheinigt worden, daß er für den Staats-Zivildienst untauglich ist, aber im Privatdienst kann er sich eine Beschäftigung suchen! Welcher Arbeitgeber würde einen

kranken Menschen, bei dem an manchen Tagen drei, ja sogar viermal Krampfanfälle auftraten, in Beschäftigung nehmen? Selbstverständlich waren alle seine Bemühungen, eine solche Beschäftigung zu erlangen, vergebens. Die Untersuchungsbehörde, die sein erstes Gesuch um Erhöhung der Pension zu prüfen hatte, forderte Bescheinigungen von den Arbeitgebern, an welche sich der Invalide vergebens um Arbeit gewandt hatte. Mehrere solche Bescheinigungen wurden eingesandt. Trotzdem wurde die Erhöhung abgelehnt. Darauf erneuerte Schulz seine Bitte bei der letzten Instanz, dem Reichsmarineamt. Dieses veranlaßte eine vierwöchentliche ärztliche Untersuchung im Militärlazarett in Stettin. Das Ergebnis dieser Untersuchung (die Anfälle sind dort häufiger ausgefallen als sonst) wurde dem Reichsmarineamt eingeschickt und — wiederum wurde Schulz abgewiesen. Seit 1905 ist der Invalide erkrankt und seit 1908 kämpft er um Erhöhung seiner Pension; die ersten drei Jahre hatte er um Pensionserhöhung nicht nachgesucht, weil er immer hoffte, die Krankheit würde sich bessern.

Unter diesen Umständen blieb nichts weiter übrig, als sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Gezuhr war Schulz zum Militär gekommen, krank war er wieder heimgeschickt; sein gelerntes Handwerk (er ist Metallarbeiter) hat er aufgeben müssen, um sich mit einem Krüppelgeld von 27 M. durchzuschlagen! Jetzt liegt er seinen alten Eltern, die selbst für sich zu sorgen haben, zur Last, und soll er von diesem Gelde geleidet und gut gepflegt werden, zumal er einer guten Pflege bedarf; ohne Begleitung kann er nie ausgehen. Wenn nun die alten Eltern nicht mehr am Leben sind, was soll der kranke Mensch mit diesem Gelde bei fremden Leuten anfangen? Es würde ihm nichts übrig bleiben, als es zu machen wie der verhungerte Veteran Drey!

### Das dankbare Vaterland.

In Aachen, der alten Kaiserstadt, erschien dieser Tage in einer Volkshalle in der Peterstraße ein 64jähriger Kriegsveteran, Teilnehmer an der Belagerung von Metz, an den Schlachten bei Gravelotte, bei Amiens, bei St. Quentin, an dem Gefechte bei Papaume usw. Der Greis, der vor vierzig Jahren das Deutsche Reich „mit Schmieden“ half, bezieht heute einen „Ehrensold“ von rund 10 M. pro Monat. Wie seine Papiere ausweisen, hat er in letzter Zeit einen Unfall erlitten und mehrere Krankheiten durchgemacht. Völlig erwerbslos und kaum arbeitsfähig, präsentierte er einen von der städtischen Armenverwaltung ausgestellten Schein auf einen Teller Suppe. Bei seiner Vorlage war dem Alten nichts anderes übrig geblieben, als die Hilfe mitleidender Menschen in Anspruch zu nehmen, dabei war er mit der Polizei in Konflikt gekommen, und so kam es, daß ihm die Stadt Aachen großmütig zu einem Teller Suppe verhalf. Doch damit war die Generosität der Stadt gegenüber dem alten Krieger noch nicht erschöpft. Man wies ihn an, daß er am nächsten Tage in die städtische Rehrkolonne eintreten könne. Das war mittags kurz nach 12 Uhr. Am Nachmittag ging der Veteran wieder zur Armenverwaltung, um sich für den Abend und den folgenden Vormittag nochmals einige Suppenmarken auszubitten. Er war wohl der Meinung, daß man ohne Nahrung nicht arbeiten könne. Da kam er aber schon an. Es wurde ihm erklärt, daß er erst gearbeitet haben müsse, bevor er auf weitere „Unterstützungen“ Anspruch erheben könne. Und der Alte ging. Er trat zum zweiten Male in die Rehrkolonne ein zum Kampfe gegen den Kakerlak Schmutz. Als er sich nach einem Arbeitstage wieder bei der Armenverwaltung stellte, bekam er zwei Scheine für — vier Teller Suppe. Der zweite Schein lautete aber, damit der Veteran nicht etwa ausschweifend würde, erst auf den nächsten Tag.

Da sage noch einer, Deutschland Sorge nicht für seine Invaliden! Das Gegenteil ist der Fall: Fünf Teller Suppe für vier Tage!

### Ich bin der Herr Major!

Der militärische Dünkel offenbarte sich dieser Tage in Freiburg i. B. in recht drastischer Weise. In einer Klage zwischen dem freisinnigen Landtagsabgeordneten Hinz und dem bürgerlichen Redakteur Güller war der Major a. D. Schinzinger, konservativer Reichstagsabgeordneter bei der letzten Reichstagswahl, als Zeuge geladen. Während der Zeugenvernehmung dieses konservativen Majors a. D. spielte sich folgende ergötzliche Szene ab:

Hinz: Herr Schinzinger... — Zeuge Schinzinger: Major Schinzinger! — Rechtsanwalt Straub (Verteidiger Hinz): Der Herr Zeuge Schinzinger... — Zeuge Schinzinger: Major Schinzinger, bitte! — Rechtsanwalt Straub: Es geht nicht, wenn ich Herr Zeuge Schinzinger sage. Ich möchte mir jede Bezeichnung hierüber verbitten! — Zeuge Schinzinger: Der Majortitel ist mir von Seiner Majestät dem König verliehen worden! — Der Vorsitzende stellt fest, daß die Anrede Herr Zeuge genüge.

### Das Herz in den Hosen.

Unter dieser Epithete gibt die reichslandische Zentrums- und Sozialdemokratische Presse eine Korrespondenz aus Straßburg an die „Kölnische Volkszeitung“ über die jüngste Landesversammlung der elsass-lothringischen Sozialdemokratie wieder, in der es heißt:

„Der Delegierte Voigt hat von der Energie einzelner Sozialdemokraten im Landtag eine weniger gute Meinung (als Abg. Fuchs); was der Zentrumsredner zu den Kaiserworten über die eventuelle Einverleibung des Landes in Preußen sagt, hat ihm besser gefallen, als der Kommentar des Abg. Pezotes. Er habe nachträglich gehört, daß eine Verabredung mit den Liberalen vorlag, wonach nicht stark aufgetragen werden sollte, weil eine Auflösung des Landtages befürchtet wurde. Abg. Döhle versichert, eine solche Verabredung sei nicht getroffen worden. Tatsächlich aber befanden sich die Sozialdemokraten damals eine gewisse Angst, einzelne fragten beim Zentrum an, wer dort spreche, und ahneten dabei, man möge nur gemacht tun, denn man könne nicht wissen, was geschehen würde.“

Die Zentrums- und Sozialdemokratische Presse will also glauben machen, die sozialdemokratische Kammerfraktion in Elsaß-Lothringen habe bei Gelegenheit der bekannten Ausrückung Wilhelms II. erkläre, wenn das so weitergeht, die elsass-lothringische Verfassung in Scherben, ihre Kritik im Parlament absichtlich auf einen milden Ton gestimmt, aus Furcht vor der Landtagsauflösung. Daran ist, wie schon auf der Landesversammlung vom 1. September dieses Jahres in Straßburg festgestellt wurde, kein wahres Wort. Der Gewährsmann der „Kölnischen Volkszeitung“ verwechselt hier wohl den einen oder anderen Sozialdemokraten mit dem lothringischen Zentrumsabgeordneten Abg. Weber, der bei jenem Anlaß allerdings von Person zu Person Stimmung für ein möglichst zahnlos Auftreten machte — in auffälligem Gegensatz zu dem sonst zur Schau getragenen oppositionellen Mienenbau. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Elsaß-Lothringen, die den Gnadenfonds des Kaisers, den Dispositionsfonds des Statthalters und schließlich das ganze Budget ablehnte, der Angst vor der Landtagsauflösung zu bezichtigen, ist der schlechteste Wig, den die unfaßbar übertriebene reichslandische Zentrums- und Sozialdemokratische Presse machen kann.

### Ausgewiesenen.

Die Frau eines österreichischen Bergarbeiters war während des Bergarbeiterstreiks von einem Hausbewohner, mit dem sie in Un-

frieden lebte, wegen Streikbrecherbeleidigung zur Anzeige gebracht worden. In der Verhandlung vor der Strafkammer in Essen hat der angeblich Beleidigte aber selbst um ein mildes Urteil. Das Gericht erkannte auf 20 M. Geldstrafe, die auch bezahlt wurden. Monate sind seitdem verstrichen, plötzlich erhielt der Mann von der Polizeibehörde in Horst (Emscher) einen Ausweisungsbefehl aufgestellt. Die neun Kinder des Ehepaars sind noch unter 14 Jahren.

### Wie ein schwerkranker Soldat behandelt wurde.

Im Mai dieses Jahres war in Arns (Ostpreußen) der Soldat Geyer vom Feldartillerieregiment Nr. 96 an Blinddarmentzündung erkrankt. Er sollte zur Operation nach Königsberg transportiert werden. Mit dem Transport des Schwerkranken wurden die Unteroffiziere Fesche und Sombolinski beauftragt. Die Begleiter legten sich aber im Zuge hin und schliefen, so daß sie das rechtzeitige Umsteigen versäumten, was zur Folge hatte, daß der Kranke 3 1/2 Stunden auf einer Station liegen bleiben mußte. Er wurde hier auf eine Bank gelegt, worauf die beiden Unteroffiziere einen Spoziergang nach der Stadt antraten und den Kranken seinem Schicksal überließen. Er wand sich vor Schmerzen, so daß die Bahnhofswirtin sich seiner annehmen mußte. Dafür wurde sie später von den beiden Unteroffizieren angefahren; sie bekam zu hören, daß sie sich in die „dienstlichen Angelegenheiten“ nicht einzumischen hätte. Die Frau hatte dem Kranken Tee zu trinken gegeben. Dem Soldaten wurde aber von den menschenfreundlichen Vorgesetzten verboten, den Tee zu trinken! Er sowohl wie die Wittin wurden verhöhnt. Schließlich wurde der Kranke transportiert fortgeführt. Nach elf Tagen starb der Soldat, und nach dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Verspätung auf dem Bahnhof den Tod verursacht hat. Das Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Fesche zu fünf Monaten Gefängnis und erkannte zugleich auf Degradation. Der andere Unteroffizier wurde freigesprochen, da er nicht die Aufsicht gehabt hat, sondern nur zur Unterstützung beigegeben war.

### Achter skandinavischer Arbeiterkongreß.

Stockholm, 6. September. (Fig. Ver.) In der Militärfrage konnte die zehnjährige Kommission nun hinsichtlich der antimilitaristischen Agitation einig werden; dazu liegt eine einheitliche Kommissionsresolution vor. Diese Resolution schließt sich den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse an und fordert die Freiheit für jedes Land, über die Form seiner antimilitaristischen Agitation selbst zu entscheiden. Zu der Frage aber, wie Kriege zu verhindern sind, hat sich die Kommission in zwei gleichstarke Gruppen geteilt. Zur ersten Gruppe gehörten neben den Schweden Branting und Thorsson sämtliche dänischen Kommissionsmitglieder. Der Resolutionsentwurf dieser Gruppe beruht auf die Forderungen der internationalen Sozialistenkongresse, obligatorische Schiedsgerichtsentscheidungen bei Streitigkeiten der Nationen untereinander herbeizuführen und fordert von den skandinavischen Parteien, daß sie bei drohenden Konflikten sofort einig zusammenwirken und alle Nachmittel der Arbeiterklasse in Anwendung bringen, um die Forderung der schiedsgerichtlichen Entscheidung zurückzusetzen. Die zweite Gruppe bestand aus drei norwegischen Antimilitaristen, einem schwedischen Jungsozialisten und einem Finnländer. Diese Kommissionsgruppe fordert Festlegung der anzuwendenden Mittel, um die schiedsgerichtliche Erledigung zu erzwingen. Und zwar sollte teils der Generalsireif, teils der Militärstreif in Anwendung kommen.

Auf dem Kongreß wurden die beiden Gruppen von Branting-Schweden und Bonnebe-Kristiania vertreten. Der Antragsteller und Vertreter des General- und Militärstreifs, Bonnebe, ist Reserveleutnant der norwegischen Armee und vom Kasernenhof direkt zum Kongresslokal gereist, um seinen antimilitaristischen Neigungen dahin Ausdruck zu geben, daß die Ausübung des Kriegshandwerks durch einen Streik verweigert werden muß. Branting konnte die überwiegende Mehrheit des Kongresses von der Sinnlosigkeit der Anwendung großer Worte und Drohungen überzeugen. Die von ihm vertretene Resolution der Gruppe I fand nach einem hitzigen Geplänkel zwischen den beiden Richtungen mit großer Mehrheit Annahme. Mit gleicher Mehrheit wurde die Militärstreifresolution der Gruppe II abgelehnt.

Am Donnerstag früh wurde sodann die zurückgestellte Diskussion über den ausgezeichneten gewerkschaftlichen Vortrag Dians über die gewerkschaftliche Taktik und Organisationsformen fortgesetzt. Auch hier standen sich zwei Richtungen gegenüber, obgleich die zweite (syndikalistische) Richtung nur aus wenigen Personen bestand. So weit diese auf dem Kongreß sich zu erkennen gab, stand sie auf dem Boden parlamentarischer Aktion, lehnte also in diesem Punkte den anarchischen Syndikalismus ab. Aber sie akzeptiert die syndikalistischen Kampfmittel, Sabotage, Generalstreik usw., und lehnte das gewerkschaftliche Unterstützungsweesen ab. Vertreten wurde diese Auffassung von Trau-mäl-Norwegen, der seinen Landsmann Dians scharf bekämpfte. Daneben lief noch ein schwedischer Streit einher über die Aufgaben der Landesorganisation und ihrer Unterstützungspflicht. Der Vorsitzende der schwedischen Metallarbeiter, Johansson-Stockholm, bekämpfte die nationalzentralisierte Unterstüttung, er will vielmehr durch internationale Berufsverbände die Unterstüttung sichern, wobei er unter anderem die Frage offen läßt, wie sich diejenigen helfen sollen, für die solche Verbindungen nicht geschaffen werden können. Sowohl Cohen-Berlin wie der Vorsitzende der dänischen Maschinenbauer traten ihm entgegen. Cohen vertrat die deutsche Auffassung, daß internationale Unterstüttung nur gewährt werden kann, wenn alle nationalen Quellen erschöpft sind. Hansen warnte mit großer Schärfe seinen Kollegen Johansson vor einer Separierung der schwedischen Gewerkschaften, die nur mit einer schweren Enttäuschung der schwedischen Metallarbeiter enden würde. In der Abstimmung fiel der syndikalistische Antrag durch, während der Antrag Johanssons, die Frage offen zu lassen und nur für eine intensive Agitation und Aufklärungsarbeit einzutreten, nur 29 Stimmen erhielt. Die Resolution der Kommission (Dians Zeitläge), die die gleichen gewerkschaftlichen Auffassungen, wie sie auch im wesentlichen in Deutschland bestehen, vertritt, wurde daraufhin mit weit überwiegender Mehrheit angenommen.

Es folgte eine Resolution zur Einwanderungsfrage, die sich dem Beschluß des Stuttgarter internationalen Kongresses anschließt. Weiter wurde beschlossen, die skandinavischen Arbeiterkongresse nur nach Bedarf einzuberufen. Nach den üblichen Abschiedsreden wurde der Kongreß Donnerstag nachmittag geschlossen.

### Rußland.

#### Die revolutionäre Flotte.

Petersburg, 8. September. In einem Plottententative drückt der Marineminister sein tiefes Bedauern über

die Notwendigkeit der Verhängung des Kriegsstandes über Sevastopol aus. Gegenüber Verrätern und Pflichtvergessenen sei kein Verzeihen möglich. Schmerzlich sei es dem Kaiser gewesen, zu erfahren, daß in dem ihm so teuren Flotte der Keim der Unordnung entstanden sei; doch sei die Anstchtung nur (1) in einige Schiffe gedrungen. Der Minister erklärt schließlich, er sei glücklich, den gewissenhaft ihre Pflicht erfüllenden Mannschaften den kaiserlichen Dank übermitteln zu können.

### Türkei.

#### Dezentralisation?

Wien, 9. September. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der gestern abgehaltene Ministerrat beschlossen, die den Albanesen zugesagten Reformen im ganzen Reiche durchzuführen. Die Malissoren sollen einen neuerlichen Angriff auf Durazzo versucht haben. Nach einer Zeitungsmeldung ist eine serbische Bande in der Gegend von Penidze aufgetaucht.

Aus Limesch bei Saloniki sowie aus Kratovo und Palanka wird das Erscheinen von bulgarischen Banden gemeldet.

#### Ein türkisch-bulgarischer Zwischenfall.

Sofia, 9. September. Gestern wurden zwei von ihrem Patrouillengang zurückkehrende Unteroffiziere des bulgarischen Grenzpostens Karostere (Kreis Peshkoper) von türkischen Soldaten des gleichnamigen türkischen Postens aus dem Hinterhalt getötet. Der Leichnam des einen der beiden Getöteten ist noch nicht aufgefunden worden. Wie man annimmt, wurde er auf türkisches Territorium geschafft. Die Regierung hat den Gesandten in Konstantinopel, Sarafow, beauftragt, energische Schritte zu unternehmen, damit Kämpfe an der Grenze nicht mehr vorkommen, und zu verlangen, es solle der dringende Auftrag erteilt werden, daß nach der Leiche des getöteten Unteroffiziers Nachforschungen angestellt und die Täter einer exemplarischen Bestrafung zugeführt werden.

#### Die Tripolitaner und der Frieden.

Konstantinopel, 9. September. Die Blätter veröffentlichen ein Telegramm der Notabeln von Tripolis, in dem erklärt wird, daß der Widerstand der Araber nicht eine Folge der Ermütigung seitens des Komitees sei. Die Notabeln werfen dem Komitee vor, Tripolis ohne Verteidigung gelassen zu haben, und verlangen, über die Friedensverhandlungen unterrichtet zu werden, deren Bedingungen nur tripolitanische Notabeln würdigen könnten; andernfalls würden sie sich dem Frieden nicht unterwerfen.

### Marokko.

#### Eroberung von Marrakesch.

Casablanca, 9. September. Ein Telegramm des Obersten Rangin von gestern meldet, daß eine Abteilung Gums unter dem Befehl des Majors Simon, nachdem sie die ihr entgegnetretenden feindlichen Abteilungen bei Sidi bu Aricha, 22 Kilometer nördlich von Marrakesch, zurückgeschlagen, am 7. September in der Nacht in den Palmenhainen von Marrakesch angekommen sei. Mehrere Abgesandte der treu geliebtenen Raids machten die Mitteilung, daß eine allgemeine Bewegung gegen El Giba sich zeigen würde, sobald französische Truppen eintreffen würden. Die Abteilung erreichte am 8. September, 8 Uhr früh, Dar el Machen und fand unsere Landsleute befreit, dank der Unterstützung des Raids El Gblai.

El Giba hat vor der ausbrechenden Gegenrevolution die Flucht ergriffen, verfolgt von dem Gewehrfeuer der Franzosen und der Bevölkerung.

### Japan.

#### Rüstungswahnsinn.

Tokio, 8. September. Der Vorschlag, die Truppen in Korea um zwei Divisionen zu vermehren, begegnet starkem Widerspruch, auch innerhalb des Kabinetts. Einmal hält man ihn für unnötig, besonders mit Rücksicht auf die freundlichen Beziehungen zu Rußland, wo die Truppenvermehrung mißverstanden werden könnte. Sodann weist man darauf hin, daß das Budget für 1913 gar nicht erhöhte Ausgaben für Meer und Flotte tragen könnte. Für die Marine werden dreizehn große Einheiten verlangt, von denen jährlich zwei auf Stapel gelegt werden sollen, und zwar sieben Heberdreadnoughts vom größten Typ und mit vierzehnzölligen Geschützen ausgerüstet, und sechs mächtige Kreuzer. Von den Dreadnoughts sollen fünf im Lande und zwei im Auslande gebaut werden; die Kreuzer werden sämtlich auf Privat- und Staatswerften in Japan gebaut.

### Amerika.

#### Die Kämpfe in Mexiko.

New York, 8. September. Dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Mexiko ist ein Schreiben von General Zapata zugegangen, in dem mitgeteilt wird, daß die Aufständischen den Vormarsch gegen Mexiko begonnen hätten. Dem Schreiben lag eine Proklamation bei, worin es heißt, die Anhänger Zapatas beabsichtigen, sämtliche an der Regierung befindlichen Staatsmänner außer Kadero und seinen Angehörigen abzuführen. Die Unterzeichner der Proklamation erklären, daß sie die Ordnung aufrechterhalten und die Fremden und ihr Eigentum achten würden.

#### Bedrohende Intervention?

Beverly (Massachusetts), 9. September. Von zuständiger Seite wird festgestellt, daß eine Intervention in Mexiko niemals wahrscheinlicher war als gegenwärtig. Fast wolle jedoch nicht handeln, bevor nicht eine Sondertagung des Kongresses ihm die Ermächtigung dazu erteilt habe. Die Lage in Südamerika ist höchst beunruhigend. Man fürchtet, daß einzig die Landung amerikanischer Truppen in den Häfen des Golfs, die eine Intervention darstellen würde, die bestehenden Schwierigkeiten lösen kann.

### Aus der Partei.

#### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Strafsents der Parteipresse.

Zu einer Geldstrafe von 50 M. und zu den Kosten verurteilte das Amtsgericht Tauberbischofsheim den Verantwortlichen der „Mannheimer Volksstimme“, weil er den leitenden Personen bei der Hissaktion für die Hochwasserbeschädigten im Taubergrund vorgeworfen hatte, sie hätten sich Unregelmäßigkeiten in der Verwendung der Hilfsgelder zuschulden kommen lassen. Das Gericht urteilte mild, da die „Volksstimme“ einer falschen Weisung zum Opfer gefallen war. Von 300 000 Zentnern Heu, die an die Ralleitenden zur Verteilung gelangten, mußten 8 Proz. als Verlust abgedacht werden; dieses Heu war nämlich von den Bauern verschleudert und teilweise auch zu Unrecht mitgenommen worden. Diese Tatsache führte zu dem Verzicht, es schlie eine größere Geldsumme,

# Gewerkchaftliches.

## Terrorismus.

In dem Organ des Verbandes selbständiger deutscher Installateure, Klempner und Kupferschmiede vom 28. August dieses Jahres befindet sich auf der ersten Seite folgende Verrufserklärung:

„Streik herrscht in Bochum und Breslau. In beiden Plätzen suchen die Gesellen einen Sondertarifvertrag vor Ablauf des allgemeinen hantewerblichen Tarifvertrages zu erzwingen. Wir bitten deshalb, keine Gesellen von diesen Plätzen einzustellen und Arbeitswillige zu verweisen an die Herren Kollegen G. Broolmann in Bochum, Wittener Str. 35, und Herrn Obermeister Renzel, Breslau, Schiefmeyerstr. 12.“

Verband selbständiger deutscher Installateure, Klempner und Kupferschmiede, E. V.  
Es folgen dann die Namen von 63 Klempnergesellen aus Bochum. Es sind dies aber nicht alle Streikenden, und merkwürdig ist es, daß die Gesellen von Obermeister Broolmann nicht mitaufgeführt sind. Der obengenannte Unternehmerverband gehört auch zu denen, die nicht genügend über den Terrorismus der Arbeiterverbände jammern können und auch nach Arbeitswilligenschuß verlangen. Für sich selbst betrachten sie jedes Mittel im wirtschaftlichen Kampfe als erlaubt.

## Berlin und Umgegend.

Achtung, Lithographen und Steindrucker! In Amsterdam streiken die Kollegen. Es wird uns von dort gemeldet, daß der Steindrucker Georg Freund auf dem Wege nach Berlin ist, um Streikbrecher zu holen. Wir bitten, jedes Engagement zurückzuweisen.

Die Verwaltung.

## Gegen das Wüten der Streikbrecher in Adlerhöf

wandte sich am Sonntag eine von über 1000 Personen besuchte Protestversammlung, in der Genosse Reumann referierte. In der Diskussion schilderte Genosse Vehrennd die Entwicklung des Streiks bei der Firma Jüst u. Co. Er betonte, daß die Streikenden jederzeit geneigt seien, mit der Firma Frieden zu schließen, wenn man ihren berechtigten Forderungen entgegenkommen bewiese. Große Empörung rief es unter den Anwesenden hervor, als Genosse Ligner bekannt gab, daß als ein ziemlich übel zugerichteter Passant bei Herrn Dr. Vriest erschien, um sich verbinden zu lassen, dieser ihn zuerst fragte, ob er auch 4 M. bei sich habe; die Wunde müsse vernäht werden. Der Patient wurde, als er die Frage des Arztes bezüglich des Geldes verneinte, von diesem nach Anlegung eines Rotverbandes entlassen.

Von den Versammelten wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im Lokal von Wolfstein von über 1000 Personen besuchte Versammlung erhebt energischen Protest gegen die bestehenden gefährlichen Zustände in den Straßen unseres Ortes, die es ermöglichen, daß von einem gewissenlosen Gesindel friedliche Passanten überfallen, gemißhandelt und mit Revolverkugeln traktiert werden. Die Versammelten erblicken in den Vorgängen bei der Firma Jüst die Propagierung eines Systems, das von einem gewissenlosen Unternehmertum inszeniert, und von den herrschenden Klassen unterstützt, dazu führen soll, der organisierten Arbeiterkraft das Streikrecht illusorisch zu machen und das Streikpostensystem unter Strafe zu stellen. — Sie versprechen, nicht eher zu ruhen, als bis auch der letzte Mann und die letzte Frau den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zugeführt worden sind und dafür zu sorgen, daß auch in jedem Arbeiterhaushalt nur die Arbeiterpresse Eingang finden darf.“

Nach einem anfeuernden Schlusswort des Genossen Klotz, das in ein Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie ausklang, war die imposante Versammlung beendet.

## Tarifbewegung in der Eisenindustrie.

Die im Metallarbeiter-Verbande organisierten Arbeiter der Eisenindustrie stehen in einer Tarifbewegung. Es haben schon mehrere Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, deren Ergebnis Vehrennd vom Metallarbeiter-Verbande in einer gestern abend stattgefundenen Versammlung unterbreitete.

Im Tarifentwurf der Arbeiter wird verlangt: neunstündige Arbeitszeit (wie bisher), Sonnabends 8 Stunden, Lohnarbeitern werden 8 1/2 Stunden bezahlt. Ueberstunden werden nur im Notfall gemacht und sind dann mit 25 Prozent Aufschlag zu bezahlen, Sonntagsarbeit mit 50 Prozent. Ueberstunden werden nicht gemacht solange die Möglichkeit besteht, neue Arbeiter einzustellen. Wenn Ueberstunden gemacht werden, dürfen dieselben nur eine Woche lang im Monat gemacht werden. Der Mindestlohn bei den einzelnen Kategorien soll betragen:

Für Arbeiter 80 Pf., Oualdrücker 85 Pf., Gärtler, Klempner, Schleifer, Gravure, Pfeilere und Guillocheure 75 Pf., Silberpolierer 70 Pf., Galvanisierer 65 Pf., Krayer und Hilfsarbeiter 65 Pf., Arbeiterinnen 60 Pf.

Dieser Mindestlohn muß gleichviel ob im Lohn oder Akkord gearbeitet wird, unter allen Umständen bezahlt werden. Bei Akkorden, die nach dieser Vereinbarung mit den Arbeitern kalkuliert und denen Mindestlöhne zugrunde gelegt worden sind, die aber nachträglich von den einzelnen Arbeitern nicht erreicht werden, braucht der Mindestlohn nicht gezahlt werden.

Diese Forderungen wollen die Unternehmer nur teilweise bewilligen. Sie lehnen denselben folgende Zugeständnisse entgegen: Drücker 72 1/2 Pf., Oualdrücker 77 1/2 Pf., Gärtler 65 Pf., Klempner 65 Pf., Schleifer 70 Pf., Gravure und Pfeilere 67 1/2 Pf., Silberpolierer 60 Pf., Schmittarbeiter (selbständige) 65 Pf., Presser und Flecher 60 Pf., Galvanisierer (selbständige) 60 Pf., Krayer, die schon einige Zeit als solche gearbeitet haben, 50 Pf., Hilfsarbeiter über 19 Jahre 40—50 Pf., Arbeiterinnen 25 Pf. Die Forderung, daß bei Akkordarbeiten, die länger wie 10 Stunden wöchentlich dauern, für diese Zeit 10 Pf. Aufschlag zum festgesetzten Lohn gezahlt werden sollen, lehnen die Arbeitgeber ab, doch wollen sie 50 Pf. pro Stunde zulassen. Einen Tarif lehnen die Arbeitgeber ebenfalls ab, doch wollen sie, daß Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern stattfinden sollen, wobei Vertreter beider Organisationen hinzugezogen werden. Die neunstündige Arbeitszeit bleibt, Sonnabends acht Stunden, jedoch ohne Vergütung der anfallenden Stunde. Was die Ueberstunden betrifft, so wollen sie für dieselben zwar den Zuschlag bezahlen, aber nur länger arbeiten lassen, wenn es durchaus nötig ist.

Die Akkordlöhne sollen von Fall zu Fall in den Betrieben selbst geregelt werden. Die Verhandlungen mit den Unternehmern wurden vorläufig abgebrochen und sollen Mittwoch wieder aufgenommen werden.

Die Mitteilungen Vehrennds wurden mit stürmischen Protestrufen entgegengenommen und in der Diskussion zeigte sich eine geschlossene Opposition gegen diese Vorschläge. Von sämtlichen Rednern wurde die sofortige Niederlegung der Arbeit gefordert.

Vehrennd griff nochmals ein und erbat die Versammelten dringend, von einem vorzeitigen Entschluß abzuhalten, es sei unbedingt nötig, erst noch die Mittwochssitzung abzuwarten.

Dessgleichen traten die Vertrauensmänner der einzelnen Betriebe, sowie die Mitglieder der Verhandlungskommission in einer schnell einberufenen Sitzung der Ansicht Vehrennds bei.

In der nach beendeter Diskussion vorgenommenen Abstimmung lehnte die Versammlung das von den Unternehmern gemachte Angebot einstimmig ab. Nur einem längeren Zureden seitens des Referenten und anderer Redner gelang es, die Abstimmung über einen eventuellen Streik nach bis zum Mittwochabend zu vertagen.

Verantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Reutlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

## Deutsches Reich.

### Mitgliedererwerb des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern brachte dem Verband wiederum das zweite Quartal. Derselbe betrug 26 722, die Gesamtzunahme des ersten und zweiten Quartals beträgt 49 037, wovon 10 350 übergetretene Stukateure sind. Von den 21 Gauen partizipiert der Gau Leipzig im höchsten Maße an der Steigerung; Berlin folgt an vierter und der Gau Bremen an letzter Stelle. Nach Berufen geordnet steht die Organisation am 30. Juni zusammen aus 196 832 Maurern, 1968 Fliesenlegern und Terrazzoarbeitern, 2491 Kupfern, 10 211 Stukateuren, 6094 Zementierern und Betonarbeitern, 1292 Holzern und Steinholzlegern, 111 531 Hilfsarbeitern und 14 288 Erdarbeitern. Heut dürfte die Mitgliederzahl auf 370 000 angewachsen sein; sie betrug am 30. Juni 344 725.

### Die Former und Gießereiarbeiter

in Hagen und Schwelm in Westfalen befinden sich im Abwehrkampf gegen den Unternehmerarbeitsnachweis. Der Arbeitsnachweis wurde, entgegen dem Versprechen der Unternehmerorganisation in rigoroser Weise gegen die Arbeiter gehandhabt, deshalb wurde die Sperre über den Arbeitsnachweis und die Gießereien verhängt. Daß die Sperre nicht, wie von einem der bedeutendsten Betriebe durch folgendes Zirkular bestätigt, das sie an die anderen Betriebe sandten:

Gießereiwerk Wittmann Aktiengesellschaft.

Hagen i. W., 20. Juli 1912.

Wie Ihnen bekannt sein wird, ist über den Bezirk Hagen-Schwelm des Arbeitgebervereins seitens der Arbeiterorganisationen die Sperre verhängt worden und macht sich aus diesem Grunde der Abgang, besonders der jüngeren unberbeiteten Former, fühlbar. Wir bitten eventuell solche Leute, die zurzeit von uns bei Ihnen Arbeit suchen sollen, nicht einzustellen.

Auf beistehender Liste sind die Namen derjenigen verzeichnet, die vorläufig gekündigt haben.

Hochachtungsvoll

(Stempel der Firma.)

1. Anlage.

Auf der Anlage sind die Arbeiter verzeichnet, die lieber anderwärts arbeiten, als sich von dem Geschäftsführer des Arbeitgebervereins, einem Leutnant a. D., schuriegeln zu lassen.

Auch die Urabschriebe der Unternehmer werden nicht nützen.

Wollen sie Ruhe und Frieden haben, so sollen sie aus ihrem Mahregelungsbureau einen wirklichen Arbeitsnachweis machen und nicht die Freizügigkeit der Arbeiter beschränken.

### Die noble Firma Krupp.

Ein Modellstecher, der bei der Firma Krupp auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Alheimhausen beschäftigt war, erhielt zwei Monate nach seiner Entlassung unterm 28. August nach seinem jetzigen Wohnort in Hilden bei Düsseldorf das nachstehende Schreiben von der Firma zugesandt:

„Auf Ihre Postkarte vom 15. v. M. erwidern wir, daß wir Ihren rückständigen Lohn aus der Lohnperiode 1.—15. 6. 1912 im Betrage von 6,10 M. sowie die für event. Wohnungskosten einbehaltenen 5 M. oder insgesamt 11,10 M. für Miete pro Monat Juni 1912 vereinbart haben. Bei Ihrer am 5. Juni cr. erfolgten Entlassung wurde verlesenlich die Miete für Juni 1912, während welcher Zeit Sie die Wohnung noch innehaben, nicht einbehalten. Da die Miete für den Monat 11,26 M. betrug, bleiben noch 0,16 M. ungedeckt. Dieser Betrag erhöht sich für zu erzielende eine Scheide und einen Schlüssel um 1,05 M. Zur Vermeidung von Weiterungen bitten wir, uns den Betrag von 1,21 M. baldigst einzusenden.“

Achtungsvoll

Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft.

Friedrich-Alfred-Hütte.

(Name unleserlich.)

Die Firma Krupp hindert also ihr Millionenvermögen nicht, einen Arbeiter nach zwei Monaten wegen — 16 Pfennigen rückständiger Miete zu mahnen. Die zu erzielende Festscheide sprang bei einer Explosion entzwei, ist also nicht einmal erloschlich.

### Die Arbeiter der Kunst-, Marmor- und Sandsteinindustrie

in Mainz haben neue Tarife abgeschlossen. Die dadurch bewirkte Aufbesserung der Stundenlöhne in der Kunst- und Sandsteinindustrie beträgt 5 Pf., eine weitere Erhöhung von 2 Pf. die Stunde wird am 1. April 1913 eintreten. In der Marmorindustrie, in der eine Aufbesserung der Stundenlöhne von 3—5 Pf. erzielt worden ist, wird vom 1. April 1913 ein weiterer Pfennig pro Stunde bezahlt werden. Der Tarif wurde mit Ausnahme einer Firma von sämtlichen Unternehmern anerkannt. Auch mit der Stadtverwaltung sind Unterhandlungen wegen Anerkennung des Tarifs für städtische Bauten eingeleitet.

Der Streik der Glasarbeiter in M. a. n. d. am Deister ist nach viertägiger Dauer mit einem sehr guten Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Anfänglich erklärte die Firma, daß sie nichts bewilligen könne; als sie aber sah, daß die Streikenden ihre Wertgegenstände aus der Fabrik kassierten, ihre Papiere und den Lohn für die noch zu berechnenden Akkordarbeiten verlangten, erklärte sie sich zu weiteren Verhandlungen bereit und bewilligte die Forderungen in allen wesentlichen Teilen, so daß die Streikenden damit zufrieden sein konnten. In einem bis zum 1. Juli 1914 laufenden Tarifvertrag wurden die Erzeugnisse sicher gestellt.

In R. u. H. i. K. l. n. stehen die Glasarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Verhandlungen werden durch die Unternehmerorganisation in die Länge gezogen, um den Arbeitern nichts zu bewilligen. Die Glasarbeiter sind es aber satt, sich zum besten halten zu lassen und werden am Sonnabend, den 7. September, die Forderungen einreichen, wenn die Verhandlungen bis dahin nicht zum Abschluß gelangt sind. Es werden alle Glasarbeiter ersucht, Drüht streng zu meiden und keinerlei Arbeitsangebote an diese Firma zu richten.

Gegen eine sonderbare Auslegung des Tarifvertrages haben die Zimmerer Darmstadt Stellung genommen. § 4 des Tarifvertrages ist gestrichelt, für Gesellen, die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter und Junggesellen im ersten und zweiten Jahre nach beendeter dreijähriger Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung, einen geringeren Lohn zu vereinbaren. Die Zimmermeister in Darmstadt legten die Bestimmungen nun dahin aus, daß auch Gesellen, die infolge ihrer Körpergröße nicht an dem gemeinschaftlichen Holztransport teilzunehmen und daher nach Ansicht der Meister ebenfalls „in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind“, darunter fallen. Die Zimmerer wehrten sich sofort dagegen mit dem Erfolg, daß mit drei Meistern eine Einigung erzielt wurde. Zwei andere wollen aber von der willkürlichen Maßnahme nicht Abstand nehmen, so daß sich noch die Schlichtungskommission mit der Sache beschäftigen wird. Wie sind neugierig, wie die Frage gelöst werden wird. Die Schlichtungskommission wird doch nicht etwa entscheiden, daß alle Zimmerer, welche das Gardemaß nicht erreicht haben, in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind. Soll dann vielleicht ein ausnahmsweise großer Geselle, welcher mit mehreren kleinen Gesellen zusammenarbeitet, nur der Luchtigste sein? Welch wunderbare Blüten treibt doch die Profittucht!

### Streik der Gummiarbeiter in Höchst im Odenwald.

Seit 15 Wochen kämpfen die Arbeiter der Reith-Werke A.-G. in Höchst im Odenwald um ihr Koalitionsrecht. Der Streik ist dadurch entstanden, daß die Firma die Vertrauensleute des Verbandes mahngelagte. Die Firma versucht, mit den herbeigekommenen zum größten Teil recht heruntergekommenen Streikbrechern den Betrieb mühsam aufrecht zu erhalten. Es ist verständlich, daß die von diesen Leuten hergestellten Deden und Schläuche in der Qualität recht viel zu wünschen übrig lassen. Der Fabrikarbeiterverband wird weitere Schritte einleiten, bittet die Arbeiterfabrik aber schon jetzt, beim

Einkauf von Gummi auf das Fabrikat dieser Firma zu achten. Hergestellt wird der sogenannte „Reith-Pneumatik“, außerdem aber auch noch Deden und Schläuche mit beliebigen Aufdruck. Alle diese Fabrikate tragen aber den Stempel (V).

## Husland.

### Der Sieg der Marmorarbeiter von Carrara.

Rom, 7. September. (Fig. Ver.) Der Streik in den Marmorbrüchen von Carrara hat mit einem vollständigen Siege der Arbeiter nach fast zweiwöchiger Dauer geendet. Die Stadtverwaltung verpflichtet sich, von der Regierung die gesetzliche Ermächtigung zu erlangen, die kommunale Ausführungsgabe von Marmor um 30 Prozent, nämlich um 2 Lire pro Tonne zu erhöhen. Es ergibt sich daraus ein Mehrertrag, durch den der Jahresfonds für die Altersversicherung auf 350 000 Lire steigt. Die Arbeiter selbst werden keinen Beitrag leisten, und die Versicherung dehnt sich auch auf die außerhalb der Gemeinde von Carrara wohnenden Arbeiter aus, soweit sie in den Marmorbrüchen arbeiten. Diese durchaus gerechte und billige Forderung kommt nicht weniger als zehntausend Arbeitern zugute.

## Jugendbewegung.

### Die proletarische Jugendbewegung

hat im letzten Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der Jahresbericht der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, der sich in einer 56 Seiten starken Broschüre präsentiert, weist auf allen Gebieten einen bedeutenden Fortschritt auf. Die Zahl der Jugendausschüsse ist von 454 auf 574 gestiegen. Der Abonnementstand der „Arbeiter-Jugend“ hob sich von 65 500 auf 80 086, also um 14 582 gleich 22,2 Proz. Die Zahl der getroffenen Veranstaltungen zur körperlichen und geistigen Ausbildung der arbeitenden Jugend hat sich gegen die des Vorjahres nahezu verdoppelt. Das gleiche gilt von der Beteiligung der Jugend an den Veranstaltungen. Der von den Behörden gegen die Bewegung geführte heftige Kampf wird in kurzen Zügen veranschaulicht. Die Tätigkeit der neuartigen bürgerlichen Jugendbewegung, die staatliche „Jugendpflege“ und der Bund „Jugenddeutschland“, die sich als die positive Bekämpfung der freien Jugend darstellt, wird einer kritischen Würdigung unterzogen. Einsichtige Gegner, die vorurteillos die Tätigkeit der proletarischen Jugendausschüsse verfolgen haben, konnten der hier geleisteten energischen und zielbewußten Arbeit Anerkennung und Lob nicht verweigern. Einige solcher „Anerkennungen aus Segners Mund“ sind in dem Bericht wiedergegeben.

Ein Anhang enthält „Richtlinien für die Arbeit der Jugendausschüsse“ und bildliche Proben von künstlerischen und anderen Veranstaltungen der Jugendausschüsse.

## Letzte Nachrichten.

### Demission des serbischen Ministeriums.

Belgrad, 9. September. Das Kabinett hat gestern abend seine Demission gegeben. Wegen Bildung eines starken Kabinetts wurden Verhandlungen zwischen den beiden radikalen Gruppen eingeleitet.

Das Bekanntwerden des Ausfuhrverbots von Futtermitteln hat in allen beteiligten Kreisen, besonders aber in Ausfuhrkreisen große Bestürzung hervorgerufen. Da man kein zwingendes Motiv für diese Maßregel sieht, glaubt man bestimmt am Vorabend erster Verwickelungen auf dem Balkan zu stehen. Man spricht nur noch vom Krieg.

### Gärung in der russischen Marine.

Petersburg, 9. September. (B. S.) In Sewastopol unternahm im Gefängnis der Marineunterstützungsoffizier Schubin einen Selbstmordversuch. Schubin wurde verhaftet, weil er in der Vorunteruchung gegen die Zugehörigkeit zum revolutionären Bunde verdächtigen Matrosen ungenügenden Eifer zeigte. Es verlautet sogar, Schubin und einige andere Offiziere seien selber der Teilnahme an der revolutionären Bewegung überwiesen. Gegen alle Teilnehmer an den letzten Bewegungen wird nach dem Kriegsbrecht vorgegangen. Im Marineministerium herrscht steigende Bestürzung über diese Vorfälle. Die Mannschaften aller Schiffe werden zur Erleichterung der Bewachung mit besonders zuverlässigen Elementen durchseht.

### Sozialisten in China.

Peking, 9. September. (B. S.) Eine Gruppe von Sozialisten in Tientsin hat an den Minister des Innern ein Gesuch um geschickte Anerkennung ihrer Partei gerichtet. Das Ministerium verhält sich diesem Ansuchen gegenüber ablehnend. Zur Begründung führt der Minister des Innern an, daß die chinesische Regierung, die das Eigentum eines jeden schützen müsse, mit der sozialistischen Partei nicht patieren könne. Der Führer der chinesischen Sozialisten erklärte dem gegenüber, daß die Gruppe seiner Parteigenossen in Tientsin eine falsche Taktik eingeschlagen hat. Kraft der Konstitution steht allen Chinesen jetzt das Koalitionsrecht zu, ohne hierzu einer vorherigen Genehmigung zu bedürfen. In Hanau haben die Sozialisten eine ziemlich starke Partei gebildet und betreiben eine lebhaft propagandistische Tätigkeit. General Liang hat die Bildung öffentlicher sozialistischer Vereinigungen bei Todesstrafe untersagt.

### Traubs Gemeinde leistet Widerstand.

Dortmund, 9. September. (B. S.) Das Presbyterium der hiesigen St. Reinoldi-Gemeinde wurde vom Konsistorium aufgefordert, die durch Ausschreibung Pfarrer Traubs freigewordene Stelle auszufüllen. Das Presbyterium wird aber nicht eher zu der Sache etwas tun, bis der letzte Schritt, Traub der Gemeinde zu erhalten, geschehen und die Antwort auf eine an den König zu richtende Eingabe erfolgt ist.

### Hochwasser in Süddeutschland.

Frankfurt, 9. September. (B. S.) Aus Heidelberg wird gemeldet: Der gestrige Niederschlag, der 61,1 Millimeter betrug, ist der größte, den die Gegend in den letzten 20 Jahren gehabt hat. Der Neckar ist gestern um 80 Zentimeter gestiegen. Die Personenschiffahrt ist eingestellt. In der Stadt und in der Umgebung verursachte der Regen sehr großen Schaden. Keller wurden überflutet, Mauern untergraben und es traten Dammrutsche ein. Durch den Austritt der Gebirgsbäche aus ihren Betten droht weiter große Gefahr. Der Schaden kann dadurch noch beträchtlicher werden. Auch aus den schwäbischen Neckarstädten wird ebenfalls starkes Hochwasser gemeldet. Die Täler sind fast sämtlich überflutet. Besonders der württembergische Ort Badnang hat durch den Austritt der Nurr stark gelitten. Man befürchtet, daß die Flüsse weiter steigen werden.

### Eine Massenvergiftung.

Wien, 9. September. (B. S.) Das große Pestbattell, welches zur Begrüßung der Gäste am Eröffnungstag des Deutschen Juristentages am 3. September im Sophienpark stattfand, hat, wie nachträglich bekannt wird, eine große Anzahl Vergiftungen im Gefolge gehabt. Nach dem Genuss von Fischfleisch sind etwa 150—200 Teilnehmer an dem Banquet unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Die Vergiftungsfälle werden dadurch erklärt, daß sich in dem Eis, in dem die Fische gekühlt wurden, Bakterien entwickelt hatten. Alle Vergifteten befinden sich außer Gefahr.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Unsere Taktik bei der nächsten preußischen Landtagswahl.

Von E. D. Bernstein.

Können und sollen wir bei der nächsten Landtagswahl die Zusammensetzung des preußischen Dreiklassenhauses ändern?

So stellt sich kurz zusammengefaßt die Frage, die Genosse Eisner mit seinem im „Vorwärts“ wiederholt kritisierten Vorschlag aufgeworfen hat. Sie schließt eine wesentliche Veränderung der 1903 und 1908 von uns beobachteten Taktik ein. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß wir bei Festhaltung an jener Taktik wohl zu den erkämpften Mandaten noch hier und dort eins dazu erobern können, daß aber diese Gewinne nicht so groß sein werden, eine nennenswerte Verschiebung in der Stärke der Parteien herbeizuführen. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, daß der Kampf der bürgerlichen Parteien untereinander zu einer solchen Verschiebung führt, wenn wir zu ihm in der 1903 und 1908 beobachteten Taktik verharren. Sofern wir also ein Interesse daran haben, daß sich das Stärkerverhältnis innerhalb der bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus wesentlich verschiebt, wird die Frage der Änderung der Wahltaktik unabwendbar.

Genosse Paul Girsch hat einen Teil der Ausführungen, die ich in den „Sozialistischen Monatsheften“ zum Eisnerschen Vorschlag gemacht habe, dadurch zu entkräften gesucht, daß er mir Zitate aus früheren Aufsätzen von mir über die Parteien und Wahltaktik entgegenhält, die anscheinend jenen Ausführungen widersprechen. Es ist ein ganz nettes Bombardement, das er da aufführt. Aber so amüsant sich auch die Abschlagung des Bernstein von 1912 durch den Bernstein von 1903, 1908 bis 1910 liest, überzeugen kann sie den nicht, der sich gegenwärtig hält, daß wir heute einer ganz anderen politischen Konstellation gegenüberstehen, als in den bezeichneten Jahren.

Unser verstorbener Wilhelm Liebknecht erklärte einmal auf einem Kongreß, und der Ausspruch ist seitdem von vielen Genossen wiederholt worden, er würde seine Taktik innerhalb 24 Stunden 24mal ändern, wenn sich die Verhältnisse ebenso oft änderten. In diesem drastischen Satz steckt sicher ein richtiger Gedanke.

So würde vor wenigen Jahren noch der Einwand Girsch's sehr starken Eindruck auf mich gemacht haben, daß die von Eisner vorgeschlagene und von mir bedingt unterstützte Parole, überall schlechthin für die Liberalen gegen Zentrum und Konervative zu stimmen, das Zentrum an die Konervative „herandrängen“, Zentrum und Konervative „zusammenzujagen“ würde. Aber kann diese Möglichkeit heute noch einen bestimmenden Einfluß ausüben, wo bei den Reichstagswahlen vom 12. Januar dieses Jahres das Zentrum in einer Reihe von Wahlkreisen seine Wähler anwies, schon im ersten Wahlgang für Konervative zu stimmen, um nur diese statt Liberale gegen Sozialdemokraten in die Stichwahl zu bringen? Es wird nicht viel Leute in unserer Partei geben, die dem Zentrum objektiver gegenüberstehen, als meine Benignität. Man gehört nicht umsonst zur alten Garde der Partei, die in den Jahren des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes monche politische Fehde Seite an Seite mit dem Zentrum gekämpft hat. Gerade weil die Erinnerungen daran noch so stark in mir sind, habe ich mich lange dagegen gestäubt, das Zentrum als die Schutztruppe der preußischen Junker zu behandeln. Aber wenn das Kind im Brunnen liegt, braucht man nicht mehr zu fragen, ob es in den Brunnen fallen kann. Nachdem das Zentrum zu seinem Verhalten von 1910, wo es bei den Wahlrechtsverhandlungen im Abgeordnetenhaus den Konservativen

zuliebe für den Fortbestand der indirekten Wahl und damit zugleich für die öffentliche Wahl der Abgeordneten stimmte, nun auch bei der Reichstagswahl den Konservativen die stärksten Liebesdienste geleistet hat, die man einer Partei überhaupt nur leisten kann, hieße es, die Augen dem Licht des Tages verschließen, wollte man sich verhehlen, daß wir unsere politischen Kämpfe fortan gegen das Zentrum und nicht neben ihm zu kämpfen haben werden.

Ein weiterer Umstand, der zu dieser Erkenntnis zwingt, ist die Entwicklung, welche die von Zentrumsarbeitern geführten christlichen Gewerkschaften in neuerer Zeit genommen haben. Zwischen ihnen und den Gewerkschaften, die in der Sozialdemokratie ihre Vertreterin erblicken, haben sich gerade in den Provinzen, welche früher die demokratischen Vertreter des Zentrums stellten, die Gegensätze so zugepunkt, daß als politische Rückwirkung eine sehr bedeutende Verschärfung der Gegnerschaft von Zentrumsanhängern und Sozialdemokraten eingetreten ist. Auch das kann unsere Wahltaktik nicht unberührt lassen.

Andere Umstände, die für diese Folgerung sprechen, übergehe ich. Die beiden vorgeführten Tatsachen beweisen, denke ich, zur Genüge, daß unsererseits sich nichts gehäutet haben muß, um die Eventualität, von der Genosse Girsch schreibt, heute anders einzuschätzen als in früheren Jahren. Die Voraussetzungen sind andere geworden.

Zweitens. In den Jahren 1903 und 1908 kämpfte unsere Partei den Wahlkampf namentlich mit dem Ziel, Freie in den Ball des Dreiklassenwahlsystems zu legen, der Arbeiterschaft erst einmal überhaupt Vertretung im Dreiklassenhaus zu erobern. Im übrigen wollten wir demonstrieren. Wo wir an die Liberalen herantraten, geschah es mit der Forderung, Gegenseitigkeit zu üben und sich auf das Reichstagswahlrecht zu verpflichten. Die Freisinnigen lehnten das erstere, die Nationalliberalen auch das letztere ab. Nachdem das geschehen war, d. h. nach Ablehnung unserer in sehr entgegenkommender Form gestellten Forderungen uns von den Liberalen unsere Taktik aufzuklären zu lassen, wäre in der Tat, „politische Entmannung“ gewesen. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn wir ohne Anfrage bei den Liberalen, lediglich auf Grund selbständiger Entscheidung die Parole ausgeben, gewisse Wahlkreise ausgenommen, überall ohne Umschweife für die Liberalen zu stimmen. Ein solche Taktik kann wohl fehlerhaft sein, Unmännlichkeit aber wäre das letzte, was man ihr nachsagen könnte.

Ganz im Gegenteil. Es kann unsere Genossen nur mit Stolz erfüllen, wenn wir ohne alles Verhandeln, so daß wir in jedem Moment Herren unserer Entscheidung bleiben, freihändig unsere Stimmenmacht in der Weise in die Waagschale werfen, daß der konservativ-kerikalen Koalition der möglichst große Abbruch geschieht. Zugleich aber ist von allen Methoden, unsere Stimmenmacht behufs Änderung der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses zu verwenden, dies jedenfalls diejenige, bei der wir am meisten ausrichten werden.

Wieviel, das ist freilich eine noch offene Frage, ich habe das in meinem Artikel rückhaltlos anerkannt. Aber wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bei der vorigen Landtagswahl 600 000 Wähler unserer Parole folgten und uns sagen können, daß wir diesmal voraussichtlich mindestens 800 000, wenn nicht gegen eine Million Wähler in Bewegung setzen werden, dann können wir nicht mehr daran zweifeln, daß wir über die Macht verfügen, in recht vielen Wahlkreisen den Ausschlag über die agrarische Politik der Regierung die Aussichten der Liberalen auf Gewinne in der ersten und zweiten Wählerklasse selbst in Mittel- und Kleinstädten sehr erhöht hat. Erinnerung man sich doch, daß bei der Reichstagswahl dieses Jahres die Mandate der beiden konservativen

Fractionen und Anhang zusammen um rund 50 Proz. zusammen geschmolzen sind. Warum soll ähnliches nicht bei der Landtagswahl möglich sein? Sicher werden in einer großen Zahl von Wahlkreisen die Liberalen diesmal aus eigener Kraft den konservativ-kerikalen näher auf den Fels rücken, als bei früheren Wahlen. Es kommt dann nur auf unserer Stimmen an, die Niederlage der letzteren perfekt zu machen. Wir können also sehr wohl dazu beitragen, daß die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses sich wesentlich ändert.

Aber sollen wir es auch? Was würde durch die mögliche Änderung erreicht werden? Heute verfügt in preußischen Landtag die konservativ-kerikale Koalition über mehr als 300 Stimmen gegen 100 liberale, 19 polnische und 6 sozialdemokratische Stimmen. Da wäre es übertrieben, zu erwarten, daß ihre Mehrheit gleich auf den ersten Hieb zu einer Minderheit werden wird. Nicht unmöglich ist dagegen, daß den Konservativen samt Anhang zwischen 30 bis 40 und dem Zentrum zwischen 10—15 Proz. ihrer Mandate abgenommen werden. Das hieße eine Übertragung von gegen 80 Stimmen von der Rechten auf die Linke, und die gäbe dem preußischen Landtag ein sehr anderes Gesicht.

Seine Abstimmungen werden freilich noch nicht liberaler werden. Aber es käme ein frischer Zug in seine Debatten, der draußen den Widerstand gegen die Herrschaft der jetzigen Mehrheit außerordentlich kräftigen würde. Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg, sagt ein englisches Sprichwort. Und das ist richtig. Erfolg gibt Mut, steigert das Ansehen und wird so zur Ursache neuer Erfolge. Es ist ganz unmöglich, daß eine durch unsere Unterstützung bewirkte Stärkung der bürgerlichen Linken nicht die Haltung dieser Linken in radikalem Sinne beeinflussen wird.

Gewiß macht die indirekte Wahl die Durchführung der hier skizzierten Taktik bei uns schwieriger, als sie anderwärts war. Darüber sind wir einig. Es mag sorgfältig nachgeprüft werden, ob — die Zustimmung des preußischen Parteitages vorausgesetzt — diese Taktik mit solcher Kraft durchgeführt werden kann, daß eine große Wirkung voraus zu sehen ist. Ein genaues Eindringen in die Einzelheiten der Statistik der vorigen Landtagswahl wird die nötigen Anhaltspunkte dafür liefern. Sicher ist, daß die materielle Stärkung der bürgerlichen Linken eine Kräftigung ihrer politischen Haltung nach sich ziehen muß. Was Eisner hierüber schrieb, war keine Phantasie, keine Spekulation der Schreibstube, es war die Feststellung einer in verschiedenen Ländern gemachten Erfahrung. Das bayerische, das belgische und als Gegenstück das französische Beispiel sprechen in dieser Hinsicht Bände. Niemand gibt sich dem Wahne hin, daß unsere Unterstützung der Liberalen zu Sozialdemokraten machen werde. Aber es ist in Preußen schon viel gewonnen, wenn sie sie nur zur energischen Verfechtung einer wahrhaft liberalen Politik anfeuert und in Stand setzt. Wie vieles ist darin nicht noch bei uns zu tun. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß die Kirchen- und Schulgesetzgebung noch völlig die Sache der Landtage ist. Aber auch in der Wahlrechtsfrage kann die im Vorhergehenden entwickelte Taktik nur günstige Wirkung haben.

Der Kampf gegen das Wahlrecht in Preußen wird weder bloß außerhalb des Parlaments noch lediglich durch parlamentarische Aktion entschieden werden. Außerparlamentarische und innerparlamentarische Aktion müssen da einander unterstützen. Zur letzteren gehört auch die Taktik bei den Wahlen. Was in bezug auf diese hier entwickelt wird, ist nichts Unerhörtes. In den Jahren 1897 und 1898, die ja für unsere Politik in Preußen die große Umwälzung herbeiführten, hat unser Ignaz Auer sehr nachdrücklich, und hat mit einigem Vorbehalt auch August Bebel die Ansicht vertreten, daß eine wesentliche Verschiebung der Parteifräfte im Landtag nur durch eine solche Taktik zu erzielen sei. So

## Kleines feuilleton.

### Theater.

Freie Volkstheater (im Thalia-Theater): Des Pfarrers Tochter von Strelsdorf. Von Max Dreher. Kein Geringerer als Fritz Reuter hat uns an mecklenburgische Gestalten vom Schilke dieses geschäftstüchtig-welteliebigen, dabei rückwärtsfahrenden Dorfparators glauben gelehrt. Und gerade so straffe, aber dummsüßige und Strecker abholde Naturen müssen seine Kinder sein; wenn schon deren sonst edlig aufstrebende Charaktereigenschaften die Einflüsse einer milden, ausgleichenden mütterlichen Erziehung vermissen lassen. Gesundheit, Unbekümmertheit und freischöpliche Atmosphäre sind aber bei Pfarrers zuhause, das muß man sagen. Und daß sich dieser Luftzug von der Bühne über den Zuschauer verbreitete, hierfür sorgte Direktor Witte. Wild mit den Darstellern. Ja wir belamen die lustige Komödie diesmal sogar vollständig ohne Striche zu sehen. Insbesondere sind wir der Regie dankbar, daß sie die Szene des Hinauswurfs aufgemacht hat, die wunderbar echt gelang und darum eben der Komik des Ganzen die Krone aufsetzte. Wobei denn abermals erweislich wurde, wie sehr zu ihrem Vorteil sich alle der künstlerischen Leitung des Vereins unterstellten Vorstellungen vom Durchschnitt anderer Darbietungen abzuheben pflegen. Manche kleine Unbedenken werden ja sicher bei Wiederholung des Spiels zugunsten untadeliger Durcharbeitung verschwinden. So möchte Rosa Halbins Küstermädchen Friedchen noch überzeugender als Sonnenschein hervortreten; Elli Jungl-Branden hätte für Frau Rodmann weniger Schminke, dagegen mehr geldprohige Dämlichkeit einzufließen; Hans Pantius könnte die Gegensätze im Charakter des Privatdozenten, sodann aber zum Professor und Prinzessinnenlehrer emporgelockenen Erwin Dohse noch schärfer markieren; Wenderly Lebius brauchte weniger einen alten höheren Militär als den geschäftsklaunen, dabei furchtlosen humorvollen Landpfarrer hervorzulehren — und überhaupt sollten manche Darsteller, z. B. Emil Sondermann (Weheimrat Fried) keinen Augenblick außer Acht lassen, daß gewisse äußerliche Mittel, womit in einer Possie billige Wirkungen erzielt werden, im Spiel der ungleich höher zu bewertenden Komödie wenig am Platze sind. Dessen ungeachtet wurden durchweg recht achtungswürdige schauspielerische Leistungen geboten. Am stärksten sprach wohl Paul Waukens Regierungsdamemeister Jürgen an, zumal in der Schlußszenen, wo der Künstler, dem kraftvolle Naturmenschen vorzüglich zu liegen pflegen, durch elementaren Ausbruch seiner Glühempfindungen den Oberton für das besiedelnde Element der Komödie fand. Auch Toni Wilkens, seine reizende Partnerin, zeigte sich als Veltina im Wachstum ihres schauspielerischen Könnens und Leistens. Zweifellos wird die von ihr vertretene Liebhaberintelle erst noch an innerem Gehalt gewinnen, wenn an Stelle von Referierlichkeit dort, wo es angebracht ist, spontane Aus-sich-herausgehen gesetzt wird. Fritz Junker-manns Student Thomas konnte, obwohl draufgängerisch-musensohnhafter, doch kaum humorvoller gegeben werden. Marie Eisen-

hut darf als Räte gewiß großzügig genannt sein — bis auf einen gewissen Gefühlsstimm, dessen diese Darstellung zuweilen erlangen. Der Pastor (Lebius) und sein spekulativer Antipode, der Senator Rodmann (Theodor Stolzenberg) waren, einige belanglose Neufährlichkeiten abgerechnet, doch trefflich in der Charakteranlage. Die gelungene Aufführung verdrehte im Hause eine Freiheitsstimmung, die gern und willig mit einmütigem Beifall quittierte. o. k.

### Musik.

Die Kurfürstener (in der Nürnberger Straße am Zoo) hatte unter Direktor Moris so ehrenwerte künstlerische Anläufe genommen, daß man beim Herborziehen der Erinnerungen an sie nicht nur ihren Krach bedauern, sondern auch ihre Reuegestaltung mit einigem Vange betrachten muß. Direktor Viktor Balff, in Berlin als erfolgreicher Operettendirektor bekannt, nahm sich ihrer an und eröffnete sie am Sonnabend, ersichtlich mit einem guten Eindruck auf das Publikum.

Das Haus, durch seine klugen Treppenanlagen ausgezeichnet, im übrigen aber nur wieder ein „Kangtheater“, wurde neu hergerichtet (vom Hohenzollern-Kunstgewerbehaus). Ein geschmackvoller Vorhang ist durch einen ganz schlichten ersetzt. Die helle Färbung des Zuschauerraumes wich einer pompejanisch-roten, die aber durch ihre Einförmigkeit brüderlich wirkt. Das Personal ist größtenteils neu, zum Teil aber auch von früher übernommen. Die Eröffnungsvorstellung war Wilhelm Kienzls musikalisches Schauspiel „Der Kuh-reigen“, nach der Wiener Aufführung von Ende 1911 und nach sonstigen Aufführungen für Berlin neu.

Der Erfolg konnte leicht gefährdet werden. Ein „Führer“ war ausgedehnt worden, der wegen „unbegreiflich abfälliger Urteile über meine Opern komponierenden lebenden Kollegen“ den Komponisten veranlaßte, sich an die Presse mit einem energischen Protest zu wenden. Das ist's aber nicht allein: der „Führer“ zeigt überdies einen so gekünstelten, forcierten Stil, daß man sich fragen muß, ob dies bloß Schuld des Verfassers ist oder nicht vielmehr eine unter dem Druck von Verleger und Publikum entstandene Mode, die erst recht einen Protest verdient.

Und nun ist gerade das vorliegende Werk das Gegenteil von Kunststiel und Forcierung. Schon das Liedchen gehört zu den besten „Libretti“. Richard Watta hat eine Erzählung von R. S. Warrick dramatisiert oder vielmehr lyrisiert — vielleicht zu sehr. In der französischen Revolutionszeit lassen sich schweizerische Söldner durch die Erinnerung an das Auphörn hindrücken, das bei Todesstrafe verboten dem Wohlstand zu singen („zu Strohhalm auf der Schwanz“). Der Anführer wird durch das Interesse einer Marquise für ihn begnadigt und sogar befördert. In die Liebeständelei hinein tönt die Revolution. Die Aristokraten warten im Kerker tanzend ihrer Hinrichtung. Der Marquis ist bereits abgetan; der Schweizer will die Marquise durch Feitrat retten, sie aber geht lieber aufs Schafott, als ihrer alten Welt untreu zu werden.

Die magere Handlung ist zu einer breiten szenischen Schilderung ausgedehnt. Im Illustrierten der Szenen und in volksliedartigen Weisen leistet der Komponist wohl sein Bestes. Uebernommen hat er

nur einige historische Revolutionslieder; im übrigen hat er, wie man sich ausdrückt, „den echten Ton des Volksliedes getroffen“. Welches? Das aus der Reuezeit mit seinem marsch- und tanzmäßigen Rhythmus. Fragt sich nur, ob die nächste Gestalt unseres Volksliedes, dessen gegenwärtiges Darniederliegen beklagt wird, nicht eine Rückgewinnung einer Kunstmusik sein wird, die über die Kienzls hinausragt. Einstweilen haben wir ein sehr sympathisches Epigonenwerk vor uns, bei dem man kaum weiß, wie man die allseits tüchtige Durcharbeitung genug loben kann. Es ist in seiner Feinsinnigkeit über die doch etwas gar sehr populär-triviale Art des seinerzeit breit einschlagenden „Evangelimannes“ hinaus und hält sich von dem kranpshofsten Bemühen des „Don Quixote“, der alten Großen Oper ein würdiges Grabmonument zu errichten, fern. So entzückend melodisch und so padend leitmotivisch nun auch die Musik durchgeführt ist: ihr Reichtum hat doch bald ein Ende, und statt einer Steigerung fühlt man ein Abfallen.

Daß die Inszenierung zum Teil hinter den Ansprüchen des Werkes zurückbleibt, mag erstlich auf ein vorläufiges „Bed“ des neuen Unternehmens zurückgehen; manches jedoch, besonders den etwas schematisch starken Schluß, könnte eine sorgfältigere Regie doch wohl überwinden. Gesungen und gespielt wurde im ganzen sehr gut; und mit dieser allgemeinen Anerkennung müssen wir uns angefaßt der zahlreichen Mitwirkenden begnügen. ss.

### Humor und Satire.

Verteidigung. „Wie id den Zeugen vermöbelte, war id wejen Betrunktheit dienstuntauglich. Et kann also keene Körperverletzung im Amt vorliegen.“

Unter Grobbräuen. „Jetzt hon i für zehn Mark Lof' kauft und g'winnt grad so an Delbild.“ — „Do hätt' ich g'scheiter an Regalator g'wunna!“ — „No, i denzmir halt, host an amol was für d' Kunst to!“ (Simplicissimus.)

### Notizen.

„Berliner Konzerthaus-Orchester“ nennt sich eine Instrumentalkapelle, die Franz v. Blon, der bekannte Dirigent, jetzt gegründet hat. Die Konzerte sollen im Centre der ehemaligen Wilschens Kapelle gehalten sein und der Pflege guter Musik dienen. Außerdem werden Sinfonieabende mit hinzugezogenen Solisten veranstaltet. Einen lang gebundenen Wunsch erfüllend soll das Orchester den Arbeitervereinen bei allen ihren Musikveranstaltungen zur Verfügung stehen. In allen freien Abenden spielt es im Clou. Am 21. September beginnt das Orchester dort seine Tätigkeit.

Weltsprache Jdo. Im Amphitheater Wilschlet der Sorbonne zu Paris fanden vom 1. bis 4. September fünf Sitzungen des leitenden Ausschusses der Weltpracheunion (Jdo) statt. Für die Herausgabe ausführlicher allgemeiner und technischer Wörterbücher sowie für die Bereicherung der Jdo-Literatur wurde die finanzielle Grundlage geschaffen. Der Ausschuss wurde von 15 aus 23 Mitglieder erweitert, die Sprachakademie von 9 auf 11. Für das Jahr 1913 ist ein internationaler Weltprachekongreß in Kopenhagen vorgesehen.

wie damals steht es in diesem Punkt auch heute noch. Nur daß wir ein viel schwerer wiegendes Pfund als damals zu vergeben haben. Darum ist der Eisnerische Vorschlag ernsthafter und vorurteilsloser Prüfung wert. Möge er für den kommenden Preussentag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dann wird sich noch mehr darüber sagen lassen. Darum hier nur noch das eine. Auch ohne Verhandeln, ohne Kompromiß wird die Unterstützung der Liberalen durch uns sowohl im Parlament wie auch schon im Wahlkampf mit Notwendigkeit dieser Art auf deren Verhalten haben, die überhaupt zu erzielen ist. Das liegt in der Natur der Sache, ergibt sich aus der Psychologie der Menschen und Parteien und macht die freihändige Unterstützung so sympathisch. Sie ist sicher die würdigste Art des Eingreifens in den Kampf der bürgerlichen Parteien, die würdigste, großartigste, und weil wir eben dabei in jeder Hinsicht die Freiheit der Entscheidung behalten, im letzten Grunde auch die zweckmäßigste Taktik. Wie viel durch sie zu gewinnen ist, wird die Erfahrung zeigen. Aber im voraus steht das eine fest: wir haben dabei nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen.

## Der 45. britische Gewerkschaftskongreß.

Reut. Port., 6. September 1912.

Nach kurzer Debatte nahm der Kongreß Freitag folgende Resolution über den Minimallohn an:

„Dieser Kongreß beauftragt das Parlamentarische Komitee, Schritte zu tun, um auf dem Wege der Gesetzgebung einen Minimallohn von 30 Schilling die Woche für alle erwachsenen Arbeiter zu erhalten.“

Eine interessante Debatte entspann sich darauf über die Resolution betreffend die

### gesetzliche Erzwingung freiwilliger Verträge.

Die Resolution lautet:

Nach Ansicht dieses Kongresses sollten die Lohnsätze, die Arbeitszeit und andere Bestimmungen, die in den zwischen Gewerkschaften als Vertretern der Arbeiter und den Vertretern der Arbeitgeber in einer Industrie abgeschlossenen Verträge enthalten sind, in Bezug auf alle Personen, die Arbeiter in der betreffenden Industrie beschäftigen, gesetzlich erzwingbar sein, und das Parlamentarische Komitee wird hiermit beauftragt, entsprechende Schritte zu tun.“

Parlamentarischer Mitglied Robert (Buchdrucker) führt zur Begründung aus: Diese Resolution erscheint uns erstmalig auf der Tagesordnung. Während der letzten wirtschaftlichen Kämpfe fanden wir häufig, daß Verträge, die die Gewerkschaften mit den verantwortlichen Arbeitgebern geschlossen hatten, von anderen Unternehmern, die dem Verband der Arbeitgeber nicht angehören, nicht eingehalten wurden. Ferner sind Fälle vorgekommen, daß sich Arbeitgeber der Pflicht, die Verträge einzuhalten, dadurch zu entziehen suchten, daß sie aus dem Arbeitgeberverband austraten. Der in dem Antrag enthaltene Vorschlag stellt einen Versuch dar, diesem Uebelstand ein Ende zu bereiten. Es wird vielleicht eingewendet werden, daß die Resolution den Reim der obligatorischen Schiedsgerichte enthält; das ist jedoch nicht der Fall. Wir wollen gesetzlich festlegen, daß kein Arbeiter schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen annehmen kann, und daß es keinem Arbeitgeber gestattet werden soll, schlechtere Löhne zu zahlen und schlechtere Arbeitsbedingungen zu geben, als sich die Gewerkschaften erobert haben. Ich messe der moralischen Seite dieser Frage große Bedeutung bei. Wir als Gewerkschafter müssen peinlichst darauf achten, daß wir die eingegangenen Verträge einhalten. Das wird unsere Macht und unseren Einfluß stärken. Ueber die praktische Ausführung des Vorschlags, der in dieser Resolution und in der von der Arbeiterpartei eingebrachten Vorlage enthalten ist, möchte ich ausführen, daß die Verträge bei der Regierung hinterlegt werden sollten, die über die Beachtung derselben zu wachen hätte.

Stinner (Buchdrucker): Die oft gehörte Behauptung, daß die Gewerkschaften die Verträge brechen, ist nicht wahr. Im allgemeinen sind es nicht die Arbeiter, die die Verträge brechen, sondern die Arbeitgeber. Käme das Parlament den gemachten Vorschlag an, so würde die Werbestraft der Gewerkschaften verstärkt werden, da es dann ganz klar sein würde, daß sie es sind, die der Arbeiterpartei eines Berufs ansässige Löhne und eine menschenwürdige Behandlung verschaffen.

Wramley (Tischler): Wir sind ganz damit einverstanden, daß die freiwillig geschlossenen Verträge gesetzlich erzwingbar sein sollen, aber wir bestritten, daß wir uns durch ein Gesetz, wie es in dem Antrag verlangt wird, zu sehr die Hände binden würden. Man muß bedenken, daß die Arbeitgeber Verträge brechen können, ohne das geschriebene Wort zu brechen; sie brauchen nur die Arbeitsmethode zu verändern, um in vielen Fällen die Verträge nichtig zu machen. Was nützte uns dann das Gesetz? Wir befürchten auch, derart gebunden zu werden, daß es uns unmöglich sein wird, unseren Kollegen in anderen Berufen zur Hilfe zu kommen, wenn diese um die Existenz kämpfen?

Die Resolution wurde mit 484 000 gegen 1 192 000 Stimmen abgelehnt.

Eine wichtige Debatte entspann sich über ein Rezirkular, das gestern morgen von den Versicherungs-Kommissionären verabschiedet wurde. Ein Dringlichkeitsantrag wurde angenommen, um die Angelegenheit zu diskutieren. Die vom Parlamentarischen Komitee eingereichte Resolution lautet:

„Dieser Kongreß gibt über das gestern morgen von den Versicherungs-Kommissionären veröffentlichte Memorandum Nr. 19, das von den Reserve- und Ueberweisungswerten handelt, seiner größten Beforgnis Ausdruck wegen der darin enthaltenen Erklärungen, und schlägt die baldige Abhaltung einer Versammlung aller anerkannten Kranken- und Alterskassen vor, die sich mit der ganzen Frage befassen soll.“

Zur Erklärung möge hier angeführt werden, daß die englische Kranken- und Invalidenversicherung von der Voraussetzung ausgeht, daß alle Versicherungsmitglieder 16 Jahre alt sind. Um nun die Risikolos auszugleichen, kreditiert die Regierung jeden Versicherten mit einem sogenannten Reservewert (reserve value), der natürlich bei den älteren Personen am höchsten ist und der bei der Feststellung der Zahlungs- und Leistungsfähigkeit der Kassen die wichtigste Rolle spielt. Nun haben die großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften im Verein mit den Arbeitgebern in den letzten Monaten riesige Anstrengungen gemacht, um die Arbeiter in die von den Gesellschaften gegründeten Kassen zu locken oder zu zwingen. Erst in den letzten paar Wochen sind die Gewerkschaften auf dieses Treiben aufmerksam gemacht worden und jetzt versuchen sie, ihre Mitglieder zu bewegen, aus den Kassen der Lebensversicherungsgesellschaften auszutreten und den Kassen der Gewerkschaften beizutreten. Das erwähnte Memorandum der Versicherungs-Kommissionäre legt nun das Gesetz in der Weise aus, daß der Kasse, der eine Person zuerst beitrete, ein Anspruch auf den Reservewert des auscheidenden Mitgliedes zusteht. Das würde für viele von den Gewerkschaften gegründeten Kassen der Vorkontostellen bedeuten. Zwar möchte es noch das Gericht entscheiden, welcher Kasse der Reservewert gehört. Praktisch hat diese Einschränkung aber keine Bedeutung; denn wie können die Gewerkschaften gegen die Milliarden der Lebensversicherungsgesellschaften einen Kampf unternehmen?

Die obige Resolution wurde von Seddon (Kadettenangehöriger) begründet, von Dunan (Bergarbeiter) unterstützt und danach einstimmig angenommen. Die besondere Konferenz wird am 18. September in London stattfinden. Die Situation ist zweifelsohne sehr ernst; Seddon drohte in ihrer Rede, die Gewerkschaften würden sich weigern, etwas mit der Versicherung zu tun zu haben, wenn die Regierung den erwähnten unerhörten Zustand nicht aus der Welt schaffen würde.

## In einer Resolution, in der die Verstaatlichung des Bodens, der Bodenschätze, Bergwerke, Eisenbahnen und Kanäle

gefordert wurde, führte Baldwin (Bureauangestellter der Eisenbahnen) aus: Durch Verträge haben es unsere großen Eisenbahngesellschaften so weit gebracht, daß sie heute fast das ganze Verkehrsnetz des Landes beherrschen. Wir eilen der Amerikanisierung unserer Industrie entgegen. Schon haben die Eisenbahngesellschaften das Handelsministerium in der Tasche. Unsere erlauchtete liberale Regierung hat eine Vorlage eingebracht, die diesen großen kapitalistischen Gesellschaften nicht allein die Macht gibt, den Reisenden und Händlern höhere Fahrpreise und Frachttarife zu diktieren, sondern auch die Macht, sich jeder wirksamen parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Das System ist eine Gefahr für das Volk und die Industrien. Im Auftrage meiner Gewerkschaft habe ich kürzlich die europäischen Länder bereist, in denen die Eisenbahnen verstaatlicht sind. In allen Ländern, deren wirtschaftliche Beschaffenheit ähnlich wie die Großbritanniens ist, habe ich gefunden, daß sich das System der staatlichen Eisenbahnen in jeder Hinsicht bewährt hat. Die niederen Fahrpreise und Frachten der kontinentalen Staatsbahnen lassen sich mit den hohen Preisen, die unsere Privatbahnen ihren Kunden abnehmen, überhaupt nicht vergleichen. Aber das wichtigste ist, daß die Zahl der Unfälle auf den kontinentalen Staatsbahnen bei weitem nicht so hoch ist wie auf unseren Privatbahnen.

Willigan (Dacharbeiter): Ich bin dagegen, daß man in der Resolution die Verstaatlichung des Bodens verlangt. Wir haben als Gewerkschaften kein Recht unseren Mitgliedern den Kollektivismus aufzudrängen, den die große Mehrheit von ihnen verwirft. Wir dürfen unseren Mitgliedern nicht vorauweilen.

Smilie (Bergarbeiter): Der Kollektivismus bedeutet etwas mehr, als die Resolution fordert. Ich möchte hier eine Bemerkung des Vorredners richtig stellen. Die große Mehrheit der Gewerkschafter und sicherlich die große Mehrheit der intelligenten Gewerkschafter tritt für den Kollektivismus ein. Die Bergarbeiter zudem sind es müde geworden, immer nur kollektivistische Resolutionen anzunehmen. Sie werden im kommenden Jahre eine rege Propaganda zugunsten der Verstaatlichung der Bergwerke entfalten. Sie beschränken sich auf diese Propaganda, weil sie mit diesem Erwerbszweig am besten vertraut sind. Sie sind jedoch bereit, ihre Kollegen in anderen Berufen bei der Propaganda anderer kollektivistischer Forderungen zu unterstützen. Wir müssen danach trachten, daß die großen Monopole so bald wie möglich in die Hände der Allgemeinheit kommen. Während des Bergarbeiterstreiks verschworen sich die Eisenbahngesellschaften mit der Regierung, um dem Streik das Maßkrat zu brechen. Die Erfüllung der in der Resolution enthaltenen Forderungen wird nicht den Himmel auf Erden schaffen. Zur Befreiung der Arbeiterklasse ist vor allen Dingen notwendig, daß wir die politische Macht ertingen. Die Resolution wurde mit 1 798 000 gegen 10 000 Stimmen angenommen.

### Der Syndikalismus.

Die wichtigste Debatte des Tages und des ganzen Kongresses war die, die sich über eine Resolution des Parlamentarischen Komitees entspann. Die Resolution lautete:

„Dieser Kongreß bekräftigt aufs neue seine Unterstützung der unabhängigen politischen Aktion der Arbeiterklasse als Hilfsmittel im wirtschaftlichen Kampf für eine gerechtere Verteilung des produzierten Reichtums und verlangt auch einen größeren Anteil an der nationalen und lokalen Vertretung angesichts der beständig fortschreitenden Zentralisation sozialer und wirtschaftlicher Fragen in den Händen der Regierung und der lokalen Behörden.“

Seddon (Kadettenangehöriger) begründete die Resolution im Namen des Parlamentarischen Komitees und führte aus: Das Parlamentarische Komitee hatte die Pflicht, eine derartige Resolution einzubringen, um in Bezug auf eine gewisse Propaganda der letzten Monate Klarheit zu schaffen. Der Erfolg der Arbeiterpartei im Jahre 1908 veranlaßte viele Leute, zu glauben, daß die Gewerkschaften ausgespielt hätten. Jetzt hat die Reaktion eingesetzt und die Enthusiasten, die zu viel von der parlamentarischen Aktion einer kleinen Partei hofften, sind verzagt und befürchten den Generalstreik, die Taktik des Syndikalismus. Der Syndikalismus ist die Politik der Verzagtens; es ist der Stammesinstinkt, der in ihm zur Erscheinung kommt, und er ist dem sozialen Geiste, der unsere Bewegung beherrscht, fremd. Wir können die politische Macht nicht in den Händen der Besitzenden lassen. Wir haben nicht nur politische Interessen zu Hause, sondern auch im Ausland. Gegenwärtig haben wir den reaktionären Minister des Äußeren, den England je gehabt. Es muß die Aufgabe unserer Vertreter im Parlament sein, einen entscheidenden Einfluß auf die gegenwärtige Politik zu erlangen, um einen dauernden Frieden und herzliche Freundschaft zwischen den Völkern herbeizuführen. Es ist nicht wahr, daß uns die politische Aktion nichts genützt hat. Ich erinnere nur an das Pensionsgesetz, an die Einziehung der Dienstboten und Angestellten in das Unfallversicherungsgesetz, Maßnahmen, die direkt den Anstrengungen unserer Vertreter geschuldet sind. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so liegt das an dem Verhalten der Arbeiter selbst, die Liberale und Tories im Parlament schänden anstatt ihre eigenen Vertreter. Das beste Mittel, um auf politischem Gebiete mehr Erfolge zu erzielen, ist die Verstärkung der Arbeitervertretung. Bis diese schließlich die Vollvertretung beherrscht.

Sexton (Dacharbeiter, Parlamentarisches Komitee): Die Ideen des Syndikalismus werden von jungen Leuten propagiert, die es eilig haben. Diese Elemente sind in jeder Bewegung nötig. Aber ich möchte doch unsere jungen Freunde fragen womit sie die unabhängige politische Aktion der Arbeiterpartei im Parlament erregen wollen. Sie sprechen von der direkten Aktion, vom Syndikalismus. Nach meiner Ansicht könnten die Gewerkschaften von den Produktionsmitteln nur Besitz ergreifen, indem sie physische Gewalt anwenden. Aber um Gewalt anwenden zu können, müssen wir erst die Mittel dazu besitzen. Diese können wir uns aber nur auf konstitutionellem Wege verschaffen.

Kahlor (Buchdrucker): Als Gewerkschaftsvertreter bin ich von der Macht und Wirksamkeit des Streiks überzeugt. Können wir, wenn wir logisch sein wollen, leugnen, daß ein Streik der gesamten Gewerkschaften wirksam sein wird, als ein teilweiser Streik? Die politische Bewegung darf die Hilfe, die ihr durch die wirtschaftliche Aktion werden kann, nicht außer acht lassen. Ich bin weder Syndikalist, noch ein junger Mann, der es eilig hat. Ich glaube jedoch, daß wir auf politischem Gebiet nicht die Fortschritte gemacht haben, die wir hätten machen können. Die Bergarbeiter mühten mehr als 20 Jahre agitierten, um den gesetzlichen Achtstundentag zu erreichen.

Ablett (Bergarbeiter): Die von dem Parlamentarischen Komitee eingebrachte Resolution ist höchst unbestimmt abgefaßt, so daß fast jedermann für sie stimmen kann. Auch die Syndikalisten und industriellen Unionisten, zu denen ich mich zähle, sind nicht gegen jede politische Aktion. Sie können keinerlei Beweis für die gegenteilige Behauptung beibringen. Wir sind nur der Ansicht, daß die Aktion unserer Vertreter im Parlament desirabel sein sollte. Wir wollen diesen Gewerkschaftskongreß zum Parlament des Landes machen. Wenn man und junge Leute, die es eilig haben, nennt, könnten wir gut antworten, daß die Gegenpartei aus politischen Motiven besteht, die nur abgetane Resolutionen drescheln können.

Turner (Ladengehilfen): Diese geschickt abgefaßte Resolution läßt es zu keiner Entscheidung über die Frage des Syndikalismus kommen. Die große Masse der Arbeiter glaubt noch an die politische Aktion, wie sie noch so manchem anderen Übergläubigen luhldigt. Was die politische Aktion der Arbeiterpartei nicht, sehen wir in Australien. Dort, wo die Arbeiterpartei am Ruder ist, ist es ihr noch nicht gelungen, ein einziges ihrer Grundprinzipien durchzusetzen. Dort hat die Arbeiterpartei gar die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Ich bin bereit, unsere Vertreter im Parlament zu unterstützen, aber unser Hauptkampf ist wirtschaftlicher Natur.

Parlamentarischer Mitglied Roberts (Buchdrucker): Was jetzt hat noch niemand gegen die Resolution gesprochen. Wenn wir nicht

mehr geleistet haben, so kommt das daher, daß wir im Parlament noch zu schwach sind. Gehen Sie und organisieren Sie in den Wahlkreisen, dann wird es bald anders werden. Ich bin ein Gegner des Generalstreiks. Die meisten Leute verstehen nicht, wie groß die Widerstandsfähigkeit der Besitzenden Klassen noch ist. Mit dem Londoner Streik vor Augen will man vom Generalstreik als der Politik der Gewerkschaften sprechen. Wenn der letzte Streik etwas bewiesen hat, so hat er gezeigt, daß es für die Arbeiter weit vorteilhafter gewesen wäre, wenn nur ein Teil von ihnen gekämpft hätte.

Parlamentarischer Mitglied Brace (Bergarbeiter): Ablett vertritt niemand als sich selbst. Ich bin der offizielle Redner der Bergarbeiter zu dieser Resolution. Man hat hier von der Wirksamkeit der direkten Aktion gesprochen. Wir Bergarbeiter hätten lange vor der Annahme des Achtstundengesetzes einen Achtstundentag erhalten können, wenn wir damals wie im Anfang dieses Jahres einen gewaltigen Versuch gemacht hätten. Wir taten es nicht, weil wir wußten, daß dann die Arbeitgeber bei der nächsten wirtschaftlichen Krise über uns herfallen würden, um uns den Vorteil wieder zu entreißen. Den gesetzlichen Achtstundentag, den wir durch die politische Aktion erlangen haben, können sie uns nicht so leicht entreißen.

Stuart (Postbeamter): Was auch der Syndikalismus im Auslande bedeuten mag, in diesem Lande ist er in der Hauptsache ein Protest gegen die Untätigkeit und Knechtschaft der Arbeiterpartei. Ich befürchte, daß die Annahme dieser Resolution nicht viel ändern wird und daß unsere Parlamentarismilglieder nach wie vor auf den Rednertribünen der liberalen Partei erscheinen werden.

Wilson (Seelente): Ich bin Syndikalist und auch Anhänger der parlamentarischen Aktion. Man kritisiert hier den Syndikalismus. Was ist Syndikalismus? Sexton ist wahrlich der letzte, der die Syndikalisten angreifen sollte. Die Syndikalisten haben keine Organisation in Liverpool aufgebaut. Ich will die Parlamentarismilglieder nicht kritisieren, ich weiß, wie schwer ihre Arbeit ist. Ich möchte aber dagegen protestieren, daß Leute wie Snowden im Lande umhergehen und erklären, daß die Gewerkschaftsbewegung keinen Zweck mehr hat. Als Protest dagegen sollten die Delegierten gegen die Resolution stimmen.

Friend (Buchbinder): Ich bin Gegner des Generalstreiks, der nur dazu führen kann, daß Arbeiterblut vergossen wird und daß sich unsere Position verschlechtert. Die herrschende Konfusion rührt hauptsächlich daher, daß die Arbeiterpartei im Parlament ihren erklärten Grundsätzen nicht treu geblieben ist.

Connor Kessid (Dacharbeiter): Wilson sagt zuerst, daß er Syndikalist sei und dann verlangt er, man solle ihm das Wort bestreiten. Eine nette Konfusion. Die Opposition scheint mir hauptsächlich von Delegierten zu kommen, die einmal im Parlament gesessen oder die einmal hineinwollten oder die die Hoffnung aufgegeben haben, je hineingewählt zu werden. Stuart hat sich über den Prinzipienmangel der Arbeiterpartei beklagt. Ich entsinne mich, als er in Dundee landbidierte. Wir gingen, um ihm zu helfen. An der Station sagte uns ein Wählager: „Vergeht nicht, dies ist ein trauriger Arbeiterkampf; verachtet uns deshalb nur mit dem Schwanz der roten Fäule. Und da sehen wir unseren Freund Turner als Kritiker des Parlamentarismus, er, der jahraus, jahrein mit der Wähe in der Hand vor dem Parlament erscheint, damit dieses Schaugebilde für die Lobengebüßen erlasse. Ich protestiere gegen das zur Mode gewordene unerantwortliche Prüfeln mit dem Streik. Wichtiger als der Enthusiasmus in den Massenversammlungen ist das Organisieren und Disziplinieren unserer Leute.“

Smilie (Bergarbeiter): Ich bin ein alter Mann, der es eilig hat. Ich fühle noch immer wie früher, daß es zu langsam voran geht. Es ist bedauerlich, daß die Frage des Syndikalismus nicht direkt zur Diskussion gestellt worden ist. Niemand scheint zu wissen, was der Syndikalismus ist. Wir haben deshalb auch kein Recht, ihn zu verdammen oder gutzuheißen. Es scheint mir jedoch, daß viele den Syndikalismus mit der Zentralisation der Gewerkschaften verwechseln. Ich trete für die Zentralisation der Gewerkschaften eines Berufes ein und gehe sogar so weit, die Zentralisation der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu verlangen. Von dem Generalstreik, von dem die Syndikalisten reden, haben wir lechthin in Großbritannien ein Beispiel haben. Unser Bergarbeiterstreik kam wohl der Idee der Syndikalisten sehr nahe. Was hat nun der Generalstreik gezeigt? Hat er dem Kapitalismus weh getan? Die einzigen Menschen, die hungerten, waren Angehörige unserer eigenen Klasse. Wir fanden am Rande des Bürgerkrieges, in dem das Blut unserer eigenen Klassenangehörigen vergossen worden wäre. Von Anfang bis zu Ende haben die Kohlenbesitzer nur Gewinn aus dem Kampfe gezogen. Das ist nicht die Art, dem Kapitalismus zu Leibe zu gehen. Ablett hat die Arbeiterpartei angeklagt, daß uns diese in unserer Kampfe nicht beigegeben sei. Jedermann weiß, wie ich mir die Arbeiterpartei wünsche; aber es ist ungerecht, sie in dieser Sache zu kritisieren, wo sie uns als treuer Freund durch die dick und dünn gefolgt ist. Mögen die jungen Leute sagen, was sie auf dem Herzen haben aber sie dürfen keine falschen Anklagen erheben.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: für die Resolution 1 698 000, gegen: 48 000.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Die gegenwärtige Situation im Wirtschaftsleben wird mehr noch als in den Vormonaten dieses Jahres durch das Wort Hochkonjunktur gekennzeichnet. Das Gesamtbild der meisten Industrien aller großkapitalistischen Staaten, die Beschäftigung und die Abschlußziffern der einzelnen Betriebe, die Verhältnisse am Weltmarkt und an den Börsen — alles steht im Zeichen der Hochkonjunktur. Die verarbeitenden Industrien spüren diese günstigen Zeiten am ehesten — in der Verteuerung der notwendigen Rohmaterialien. Kohlen, Eisen, Stahl, Zinn, Zink, Blei, Silber, kurz alle mineralischen Rohstoffe erfahren auf dem Weltmarkt wesentliche Preissteigerungen, die sich auf die Zwischen- und Fertigfabrikate ausbreiten. Die Ursache der hohen Preise, die lebhafteste Nachfrage, hält weiter an.

Die Beschäftigung der Industrie muß als eine besonders gute bezeichnet werden. Das trifft nicht nur für deutsche Verhältnisse zu — obgleich hier die Verhältnisse am günstigsten liegen — sondern auch für Nordamerika, England, Frankreich, Belgien, selbst Rußland und Italien. Die Werte sind bis zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Das wird sowohl vom amerikanischen Stahlmarkt als auch von sämtlichen größeren Montanbetrieben Deutschlands berichtet. So sollen z. B. die Rheinischen Stahlwerke, eines der bedeutendsten reinen Werke, bis zum zweiten Vierteljahr 1912 mit Aufträgen versehen sein. An den reichlichen Aufträgen sind vor allem die Kohlen-, Eisen- und Stahlbetriebe, der Maschinenbau, die elektrische und chemische Industrie beteiligt. Auch die Textilindustrie ist in einzelnen Zweigen wenigstens besser beschäftigt als im Vorjahre. Geragt wird nur über die Lage des Baugewerbes. Aber auch hier ist zwischen den einzelnen Gegenden und Großstädten Deutschlands zu unterscheiden. In Pommern, Posen, Preußen, Hannover, Königsberg wird rege gebaut. In anderen größeren Städten allerdings hält ein schlechterer Geschäftsgang an. Das trifft vor allem für Groß-Verlin zu. Durch eine Terrain- und Spekulation, die den wahren wirtschaftlichen Verhältnissen zuwider steht, liegt ein Ueberangebot von großen und teureren Wohnungen zustande gekommen. Der Stillstand in der Bautätigkeit ist wesentlich dem Umstand zuzuschreiben, daß die großen Geldinstitute den Bauunternehmern den Kredit entzogen, nachdem sie ihn lange Zeit hindurch reichlich gewährt hatten. Eine Reihe von Berliner Bauverträgen sind dadurch entstanden, daß die Banken ihre Verpflichtungen gegenüber Baukredit- und Baugesellschaften lösten, die nun ohne jegliche Mittel in Konkurs fielen. Während bei den Zwangsverkäufen Verlierer und Handwerker mit ihren Forderungen stets ganz ansaufen, retten die Großbanken als Gläubiger der ersten Hypothekensitzung wenigstens ihr Kapital, oft auch die Zinsen. Immerhin sollen die Verluste der Bau- und Baugesellschaften stark interessierten Schaffhausen'schen Bank so groß sein, daß eine Ermäßigung der Dividende von 7/8

auf 6 Proz. angekündigt wird. Infolge des Stillstandes auf dem Baumarkt einzelner Städte hat sich dann dort auch Arbeitslosigkeit eingestellt.

Die übrigen Industrien können von Rekordziffern berichten. So ist die Roheisenproduktion Deutschlands im August um 1,1 Millionen Tonnen gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme von 18 Proz. Ähnliche Produktionssteigerungen lassen sich für Kohle angeben. Erhöhte sich doch allein die Ausfuhr von Steinkohle gegen August 1911 um 8,1 Millionen Tonnen. Der Kapitalbedarf der Industrie hält daher weiter an. Neben der Montanindustrie sind daran besonders die Petroleum- und die Elektroindustrie beteiligt. Durch die weitere Ausdehnung von Ueberlandzentralen und des elektrischen Antriebes für Vollbahnen steigt die Nachfrage nach Elektrizität. So will die Wamt für elektrische Unternehmungen in Gütlich, die an der Gründung und Finanzierung mehrerer deutscher und schweizerischer Gesellschaften beteiligt ist, ihr Kapital von 80 auf 75 Millionen Frank erhöhen. Auch die Petroleumindustrie begegnet immer größerer Nachfrage nach ihrem Produkt. Weltproduktion und Einfuhr in Deutschland sind erheblich gestiegen. Innerhalb der Montanindustrie hat die Braunkohlenförderung eine ungewöhnliche Steigerung erfahren. Ihr prozentualer Anteil an der Gesamtkohlenförderung ist in den letzten Jahren gewachsen, während der Steinkohle zurückging. Zur Hausheizung wird fast ausschließlich nur noch Braunkohle in Breitetform verwendet; aber auch für industrielle Zwecke ist der Verbrauch gestiegen. Infolge der Zunahme des Konsums haben die Aufseher des Mitteldeutschen Braunkohlenkonglats an Bedeutung gewonnen. Gegen die „Kingsfreen“ droht nun das Syndikat mit seiner vorzeitigen Auflösung (April 1914). Inzwischen rüsten die Werke durch Fusionen. Die Verschen-Weisenfelder Braunkohlen-Aktiengesellschaft erwirbt 75 Proz. der Gewerkschaft Elbe II, um dort zwei neue Breitetwerke zu errichten. Die Braunkohlenwerke Leonhardt-Aktiengesellschaft nehmen die Braunkohlen-Aktiengesellschaft „Vereinsglück“ zu Neuelbwig in sich auf.

Von der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage haben die Arbeiter allerdings kaum einen Gewinn. Abgesehen davon, daß die Arbeitslosigkeit außer der im Baugewerbe abgenommen hat, sind in einigen wenigen Industrien auch die Löhne etwas gestiegen. So weisen die kürzlich veröffentlichten Zahlen der Vergarbeiterlöhne für das zweite Vierteljahr 1912 ein geringes Steigen auf, aber ohne noch immer die Höhe der Löhne von 1907 zu erreichen. Die gegenwärtige Teuerung drückt aber trotz dieser geringen Besserung die Lebenshaltung wesentlich herab. Es ist daher kein Wunder, daß eine lebhaftere Wanderung innerhalb Deutschlands und über die deutschen Grenzen hinaus eingetreten ist. Die elend entlohnten Grubenklaven Schlesiens wandern nach Westdeutschland. Die Vergarbeiter des Saargebietes verlassen die französischen Hütten und suchen höhere Löhne in Rheinland-Westfalen. Und selbst aus diesem Gebiet mit der relativ noch am leichtesten Beschaffung wandern die Arbeiter nach Holland, Belgien, Frankreich, ja selbst Spanien, weil ihnen dort zum Teil besserer Lohn, zum Teil billigerer Lebensverhältnisse winkt.

Auch die Verhältnisse am Geldmarkt spiegeln den starken Kapitalbedarf der Industrie wider. Geld ist selten und teuer. Der Privatbankfuß wurde im August mehrfach erhöht. Die Bank von England setzte ihren Zinssatz von 8 auf 4 Proz. herauf. Die Deutsche Reichsbank ist bisher bei ihrem Satz von 4 1/2 Proz. stehen geblieben. Da im Herbst aber, vor allem infolge des Ernteumfanges, die Geldnachfrage steigt, ist wohl in nächster Zeit auch eine Erhöhung des Reichsbankzinsfußes zu erwarten. Verfügbares Kapital flieht in den Zeiten erhöhter Beschäftigung und guter Abschlüsse von Werken allein den Aktiengesellschaftsunternehmungen zu. Die Kurse der Wertpapiere zeigen daher weiter steigende Tendenz, während die Staatsrenten fallen. Trotz der dauernden Aufkäufe der preussischen Staatsbank, der Seebank, fielen in der letzten Woche die Staatspapiere wiederum. Den früheren Anlaß dazu boten die pessimistischen Ausführungen des früheren Finanzministers Wermuth über die Reichsfinanzen.

## Verbandstag der Gärtner.

Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein hält gegenwärtig seine zehnte ordentliche Generalversammlung in Berlin ab. Nachdem am Sonntag eine feierliche Veranstaltung in den Räumen des Gewerkschaftshauses stattgefunden hatte, wurden am Montag die Verhandlungen der Generalversammlung eröffnet.

Ueber die Tätigkeit der Organisation gibt ein ausführlicher, gedruckter

### Geschäftsbericht

Ausschluß, der sich auf die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1912 erstreckt. Wir entnehmen dem Bericht folgendes: Der Verein hat in der verfloffenen Geschäftsperiode eine von Jahr zu Jahr gesteigerte Mitgliederzahl zu verzeichnen. In dieser Aufwärtsbewegung sind alle Bezirke beteiligt, aber nicht alle Orte zeigen eine zunehmende Entwicklung. Die Mitgliederzahl des Vereins ist im Laufe der Geschäftsperiode von 5068 auf 7218 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 2185 Mitgliedern oder 43 Prozent. Auf die einzelnen Branchen verteilen sich die Mitglieder so: Landschaft 2077, Handelsgärtner 2091, Privatgärtner 1108, Staats- und Gemeindegärtner 800, Blumen- und Kranzbinderei 125, Baumschulen 288, Gemüsegärtner 128, außerhalb des Bezirks 340, nicht festgestellten 288. — Die verfloffene Geschäftsperiode war reich an Lohnbewegungen. Im Jahre 1910 wurden in 25 Orten 24 Bewegungen geführt, die sich auf 447 Betriebe mit 2008 Beschäftigten erstreckten. 13 Bewegungen mit 920 Beteiligten fanden ihre Erledigung ohne Arbeitseinstellung. In 10 Fällen kam es zu Streiks, an denen 610 Personen beteiligt waren. Außerdem kommt eine Ausperrung mit 84 Beteiligten in Frage. — Im Jahre 1911 wurden in 91 Orten 58 Bewegungen geführt, die sich auf 821 Betriebe mit 3882 Beteiligten erstreckten. 49 Fälle waren Angriffsbewegungen. Davon wurden 34 ohne Arbeitseinstellung erledigt, während es in 15 Fällen zu Streiks kam. Von den Abschwebbewegungen wurden 2 ohne Arbeitseinstellung und 7 durch Streik erledigt. Von den 34 Angriffsbewegungen ohne Streik endeten 25 erfolgreich und 9 mit teilweisem Erfolg. An den 15 Angriffsstreiks waren 967 Personen beteiligt. 11 Streiks waren erfolgreich, 3 hatten teilweisen, 1 keinen Erfolg. Von den Abschwebstreiks waren 4 erfolgreich und 3 erfolglos. — Im Jahre 1912 (bis 30. Juni) wurden in 49 Orten 43 Bewegungen geführt, die sich auf 595 Betriebe mit 2995 Beteiligten erstreckten. 42 waren Angriffsbewegungen, eine galt der Abwehr. Von den erlittenen wurden 25 ohne Streik erledigt, 17 führten zum Streik. 10 dieser streiklosen Bewegungen waren erfolgreich, 4 hatten teilweisen, 2 keinen Erfolg. An den Angriffsstreiks waren 737 Personen beteiligt. Von den Streiks waren 10 erfolgreich, 5 hatten teilweisen, 1 keinen Erfolg. — Zurzeit bestehen 20 Tarifverträge für 420 Betriebe mit 1380 Beschäftigten. Außerdem gibt es eine Anzahl von Verträgen mit Einzelfirmen.

Der Rassenbericht zeigt für die dreijährige Geschäftsperiode eine Einnahme von 302 705,59 M., eine Ausgabe von 257 678,81 M., es bleibt ein Bestand von 45 026,78 M. — Für Unterhaltungs Zwecke wurden ausbezahlt an Arbeitslose 30 553 M., an Reisende 2349 M., an Kranke 6288 M., an Gemüsegärtner 1200 M., Lohnbewegungen im eigenen Bezirk 43 249 M., Streiks in anderen Bezirken 1000 M., Sterbe-, Not- und Umzugunterstützung 4284 M. — Die Agitation erforderte eine Ausgabe von 12 833 M. Für Bildungszwecke wurden 1970 M. ausgegeben.

Der Verein unterhält in 14 Orten Arbeitsnachweise, die im Jahre 1911 3135 Stellen besetzten, während sich 4701 Arbeitsuchende eintragen ließen. Besonders günstig steht der Arbeitsnachweis in Düsseldorf da. Berlin nimmt wohl die ungünstigste Stellung auf dem Arbeitsmarkt ein. Durch starken Zugang von außerhalb ist hier stets eine große Zahl Arbeitsloser vorhanden, die natürlich leidend wirken. — Die Arbeitgeberorganisationen benutzen ihre Arbeitsnachweise nur zu Maßregelungen und Heranziehung von Lohnbrüchern. Besonders trifft das für den Nachweis des Arbeitgeberverbandes Groß-Berlin zu. Die

häufige Entwicklung der Arbeitsnachweise — sagt der Bericht — sollte unseren Arbeitgebern gezeigt haben, daß ein gut funktionierender Arbeitsnachweis, den die Unternehmer mehr bedürfen als wir, nur auf paritätischer Grundlage mit Hilfe von Tarifverträgen möglich ist. Wir schätzen die Einsicht der Arbeitgeber aber nicht so hoch ein, daß wir eine baldige Wendung nach dieser Richtung für möglich halten.

Im Bericht werden auch die gegnerischen Organisationen erwähnt. Der Christlich-nationale deutsche Gärtnerverband gibt für das Jahr 1911 eine Mitgliederzahl von 801 an. Nach den gezahlten Beiträgen berechnet beträgt die Mitgliederzahl aber nur 700. Die Haupttätigkeit des christlichen Verbandes ist nicht die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern die Bekämpfung der sozialdemokratischen Organisation, womit der Allgemeine deutsche Gärtnerverein gemeint ist. Also nicht gewerkschaftliche, sondern politische Tätigkeit ist die Aufgabe des christlichen Verbandes. Das erklärt seine Erfolglosigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet. — Der Verband deutscher Privatgärtner gibt eine Mitgliederzahl von durchschnittlich 2254 für das Jahr 1911 an. Aus der Abrechnung ergibt sich aber, daß wenn pro Mitglied nur 10 Monatsbeiträge gerechnet werden, bloß 1635 Mitglieder vorhanden sein können. Rechnet man mit 12 Monatsbeiträgen, so kommen nur 1363 Mitglieder heraus. Dieser Verband hat immerhin eine größere Anzahl von Herrschaftsgärtnern in seinen Reihen gesammelt, aber eine gewerkschaftliche Tätigkeit entfaltet er nicht, er stellt sich vielmehr den Bestrebungen des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins hindernd in den Weg. Der Verband der Privatgärtner kann ja auch für die wirtschaftliche Besserstellung seiner Mitglieder nichts tun, denn er hat eine Anzahl städtischer Gartendirektoren, Erzeugnisse und Freiherren als Ehrenmitglieder. Den Vorsth des Verbandes führt der städtische Garteninspektor Jung-Nöln. Dieser Verband ist also zu den gelben Organisationen zu rechnen. — Lokale Organisationen ähnlichen Charakters bestehen in verschiedenen Orten.

Nach Eröffnung und Konstituierung der Generalversammlung erhielt der Vereinsvorsitzende Leusch die Wort zum Geschäftsbereich. Seine Ausführungen ergänzten den gedruckten Bericht. Außerdem gab er Anregungen hinsichtlich der Agitation, der örtlichen Verwaltungen und anderer innerer Angelegenheiten der Organisation. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die Organisation in der Zukunft einen weiteren erfreulichen Aufschwung erleben werde.

Der Verbandsvorsitzende Kunze konstatierte in seinem Bericht, daß erhebliche Beschwerden über den Vorstand nicht vorliegen und der Ausschuß sich nur mit Angelegenheiten mehr formaler Art zu beschäftigen hatte.

Rebaltzer Albrecht gab einen Ueberblick über die redaktionelle Haltung und die geschäftliche Lage des Vereinsorgans. „Allgemeine deutsche Gärtnerzeitung“. Neben der Aufklärung der Mitglieder hat das Blatt seine ganz besondere Aufmerksamkeit der Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges gewidmet. Nicht nur Artikel, sondern auch Bilder miserabler Logis wurden veröffentlicht. Infolgedessen sind manche der gekennzeichneten Logis verschounen oder verbessert worden. Gerade die Zeitung sei berufen, die Mißstände auf dem Gebiet des Kost- und Logiswesens zu beleuchten und dadurch das System selbst zu bekämpfen. Auch ferner werde dieser Kampf mit aller Kraft weitergeführt werden.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht

gestaltete sich zu einer sehr ausgedehnten, doch wurden Angelegenheiten von allgemeinem Interesse nicht erörtert. Die meisten Redner erklärten sich mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Soweit es in wenigen Einzelfällen nicht geschah, gaben örtliche Angelegenheiten den Anlaß zu einer gewissen Anzustrebenheit. Die Kritik herrschte darin, daß der Kost- und Logiszwang entschieden bekämpft werden muß. Es wurde anerkannt, daß die „Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung“ in dieser Hinsicht erfolgreich vorgegangen ist. — Ueber die Haltung gegenüber den Christlichen waren die Ansichten verschieden. Während auf der einen Seite die Meinung ausgesprochen wurde, der christliche Gärtnerverband habe gar keine Bedeutung und verdiene deshalb keine Beachtung, war man auf der anderen Seite der Meinung, daß die Christlichen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auch unter den Gärtnern eine lebhaftere Agitation entfalten, der man mit einer Gegenagitation begegnen müsse. Aus diesem Grunde und weil im genannten Industriegebiet die Zahl der in städtischen Anlagen beschäftigten Gärtner ständig wächst, wünschte ein Redner die Anstellung eines Vereinsbeamten in Essen. Ferner wurde bemerkt, daß sich in Köln eine gelbe Organisation der in Blumengeschäften Angestellten gebildet hat, die sich zu einer Pentrolorganisation dieser Branche über ganz Deutschland auszubehnen bemüht, einer Absicht, der man rechtzeitig entgegenzutreten müsse.

Nachdem die Diskussion erschöpft war, ging der Vorsitzende Busch in seinem Schlusswort auf die Einzelheiten der Debatte ein, die er vom Standpunkte des Vorstandes beleuchtete.

Ein Antrag des Vorstandes: „Für die Hauptverwaltung ist ein Hauptkassierer anzustellen“, wurde angenommen. — Abgelehnt wurde ein von Damburg gestellter Antrag, welcher verlangt, daß Ausschußmitglieder kein Amt im Ortsverband oder in der Agitationsleitung bekleiden dürfen.

Dem Bericht der Mandatsprüfungskommission zufolge sind die Mandate der anwesenden 34 Delegierten als gültig zu erachten. Der Hauptverwaltung wurde einstimmig Entlohnung erteilt.

## Soziales.

### Gegen die Landkrankenassen.

Bekanntlich haben die Einzelstaaten das Recht, die durch die Reichsversicherungsordnung neu geschaffenen Landkrankenassen generell auszuscheiden. So das nicht geschieht, kann trotzdem die Gründung einer Landkrankenasse unterbleiben, wenn das Versicherungsamt nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Bedürfnis für eine Landkrankenasse verneint und das Oberversicherungsamt der Pächterentscheidung zustimmt. In Königsberg i. Pr. wandten sich die gesamten Ortskrankenassenverbände mit einer Eingabe an das Versicherungsamt, worin sie ersuchten, von der Errichtung einer Landkrankenasse Abstand zu nehmen. Sie wiesen auf die Unzulänglichkeit dieser Einrichtung hin und besonders darauf, daß die Landarbeiter und Hausgewerbetreibenden in Königsberg schon jetzt durch Ortsstatut versicherungspflichtig sind und bei den Ortskrankenassen angehört seien. Die Gründung einer Landkrankenasse würde nicht nur für die Versicherten, sondern auch für die Arbeitgeber zu vielen unangenehmen Streitfragen führen. Das Versicherungsamt verlei nunmehr die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten, die eventuell der Landkrankenasse unterstellt sein würden, zu einer Versammlung ein, bezugs Neuerung über das Bedürfnis für eine Landkrankenasse. In dieser Versammlung erklärten sich sämtliche erschienenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die Errichtung einer Landkrankenasse. Insbesondere auch die Arbeitgeber erklärten, daß sie einer solchen Kasse, die ihnen keine Rechte gewährt, nicht mit Vertrauen gegenüberstehen könnten. Da nunmehr das Versicherungsamt die Bedürfnisfrage zweifellos verneinen wird, wird eine Landkrankenasse in Königsberg nicht errichtet werden und die landkrankenassenspflichtigen Personen kommen damit in die allgemeine Ortskrankenasse. In Betracht kommen 10—15 000 Personen.

Es kann nur empfohlen werden, überall, mindestens in den größeren Städten, in ähnlicher Weise vorzugehen.

## Aus Industrie und Handel.

### Kapitalerhöhung der A. G. O.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft wird ihr Kapital um 25 Millionen Mark auf 155 Millionen Mark erhöhen. Ursprünglich betrug das Kapital der A. G. O. 5 Millionen. Die erste Erhöhung erfolgte um 7 Millionen im Jahre 1887, die letzte um 80 Millionen

im Oktober 1910. Auf je 7 alte Aktien wird den Anteilbesitzern eine neue zum Kurse von 210 Proz. angeboten werden. Da die Aktien heute auf 268 stehen, gewinnen die Aktionäre durch dies Kapitalerhöhung über 1 Million Mark. Für die Gesellschaft stellt sich die Kapitalerhöhung durch den Verkauf zu dem höheren Kurs tatsächlich auf mehr als 55 Millionen Mark.

### Entwicklung des Warenhausbetriebes in Preußen.

Die preussische Regierung übermittelte der Kommission für Handel und Gewerbe des preussischen Abgeordnetenhauses, die über den Antrag Hammer zur Reform der Warenhaussteuer zu beraten hatte, Material über die Erträge der Warenhaussteuer in Preußen. Dieses Material gestattet einen guten Ueberblick über den Umfang der preussischen Warenhäuser. Im Jahre 1905 hatte Preußen 87 steuerpflichtige Warenhausbetriebe mit einem steuerpflichtigen Umsatz von 176 120 000 M. Der steuerpflichtige Ertrag belief sich auf 9 420 000 M. oder 5,3 Proz. vom Umsatz. Mit Ausnahme des Jahres 1909, wo die Zahl der Betriebe um 8 Proz. sank, ist eine ununterbrochene Vermehrung der Warenhausbetriebe zu verzeichnen. Im Jahre 1911 haben 108 Betriebe einen Umsatz von 296 800 000 M. mit einem Ertrage von 13 790 000 M. oder 4,8 Proz. des Umsatzes. Im ganzen stieg die Zahl der steuerpflichtigen Betriebe um 21,8 Proz., der Umsatz um 67,9 Proz., der Ertrag um 46,4 Proz. Bis zu dem Umsatz von 1 Million Mark sind die einzelnen Gruppen verhältnismäßig schwach besetzt. In der Umsatzgruppe 500 000 M. bis 800 000 M. gibt es drei Warenhäuser mit einem Umsatz von 1 750 000 M. Der steuerpflichtige Ertrag beläuft sich auf 851 000 M. oder 30 Proz. vom Umsatz. Im ganzen sind in der Gruppe bis zu 1 Million Mark 36 Warenhäuser vertreten mit einem Umsatz von 27 150 000 M. und einem steuerpflichtigen Ertrage von 2 288 000 M. In den höchsten Stufen von 1 Million bis 8 Millionen Mark sind im ganzen 41 Warenhäuser vertreten mit einem steuerpflichtigen Umsatz von 255 250 000 M. und einem steuerpflichtigen Ertrage von 10 475 000 M.

Wie man aus den Zahlen sieht, wachsen die Zahlen des Umsatzes der großen Warenhäuser recht beständig. Während im Jahre 1910 einzelne Gruppen in ihrem Ertrage zurückgingen, so daß das Gesamtergebnis zurückgedrückt wurde, zeigt das letzte Jahr bei den Warenhäusern mit hohen Umsatzzahlen wieder hohe Erträge. 44 Warenhäuser hatten bis 5 Proz., 40 hatten 5 bis 10 Proz. und 22 mehr als 10 Proz. Ertrag.

Wenn man für die Ertragsfähigkeit der großen und kleinen Warenhäuser auch keine bestimmten Regeln aufstellen kann, so ergibt sich doch eins mit Gewißheit, daß der Detailhandel sich in seiner Entwicklung zum Großbetriebe bezieht. Warenhäuser sind kapitalistische Betriebe, die den Warenverteilungsprozess mit Hilfe des Großbetriebs regeln. Die Konsumvereine haben in vielen Warengruppen die gleichen Aufgaben wie die Warenhäuser. Auch sie wollen mit Hilfe des Großbetriebs dem Detailhandel neue Wege weisen. Allerdings besteht ein großer Unterschied zwischen dem Warenhaus und dem Konsumverein. Ist das Warenhaus ein Großbetrieb zum Zweck, profitable Geschäfte zu machen, so sieht der Konsumverein von dieser Tendenz ganz ab. Alle Vorteile, die ihn der Großbetrieb gewährt, kommen den Anhängern des Konsumgenossenschaftlichen Geschäfts, den Mitgliedern der Genossenschaft, vollinhaltlich zugute. Die Entwicklung der Warenhäuser zeigt, daß der Konsum sich bei der Bedarfsdeckung des Großbetriebs mit Vorliebe bedient. Um so eher wird der Konsument die Vorteile des Großbetriebs wahrnehmen, wenn ihm die ganzen Vorteile des Großbetriebs selbst zugute kommen.

## Aus aller Welt.

### Schwere Katastrophen bei Sportveranstaltungen.

Ein furchtbares Veroplanungslück ereignete sich am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Flugfelde von Saint-Adrien im südlichen Frankreich. Auf dem Flugfelde waren Flugveranstaltungen angefangen worden und es hatte sich eine große Zuschauermenge dazu eingefunden. Als der Flieger Beard sich auf seinem Eindecker erheben wollte, verlor er die Herrschaft über seine Maschine und anstatt aufzusteigen, sankte der Apparat mit voller Geschwindigkeit in die dicht gedrängte Zuschauermenge hinein. Der Propeller, der sich in rasender Umdrehung befand, löste auf der Stelle vier Zuschauer und verwundete sieben bis acht andere zum Teil sehr schwer. Es wurden einer Person beide Hände abgeschlagen. Die Zuschauer gerieten in wahnsinnige Aufregung. Einige hatten die Geistesgegenwart, sich auf den Boden zu werfen, sodas der Apparat über sie hinwegfuhr.

Fast gleichzeitig ereignete sich bei einer anderen sportlichen Veranstaltung ein noch schwereres Unglück. Auf der Radrennbahn in Newark im Staate New Jersey fand am Sonntagnachmittag ein Motorradrennen statt. Der bekannte amerikanische Fahrer Eddin Pascha verlor, während seine Maschine mit 90 englischen Meilen Geschwindigkeit durch die Bahn raste, die Kontrolle über sein Rad, wurde herabgeschleudert und getötet. Die Maschine durchbrach sodann das Eisengitter des Zuschauerraumes, löste sechs Personen und verwundete viele schwer. Im Wogen sprang die Maschine dann wieder in die Rennbahn zurück, gerade als der Fahrer Albrighi vorbei fuhr, warf ihn nieder, schleuderte ihn 30 Meter weit durch die Luft, so daß er tot zu den Füßen seiner Frau niederfiel. Der Zuschauer bemühte sich eine Panik. Mehrere Personen wurden in dem Gedränge zu Boden geworfen und verlegt.

### Massenvergiftungen nach Pilzgenuss.

Auch heute wieder werden zahlreiche Todesfälle nach dem Genuss giftiger Pilze gemeldet. In das Posener Diakonissenhaus wurde die aus sieben Personen bestehende Familie eines Gutsbogs eingeliefert, vier Familienmitglieder sind bereits gestorben. Ferner sind in einer Ortschaft bei Onesen drei Personen nach dem Genuss von Pilzen gestorben. Auf dem Gute Widawy sind von 11 erkrankten Personen vier gestorben. In einer Ortschaft im Kreise Kulm erkrankte eine Waldbearbeiterfamilie aus sechs Personen. In einer Ziegelei bei Elbing erkrankte eine aus drei Personen bestehende Arbeiterfamilie. Ein Familienmitglied ist gestorben, während die beiden anderen ebenfalls kaum gerettet werden dürften.

### Doppelter Gattenmord.

Ungeheures Auffsehen hat in New York das Gesändnis der Frau des Mühlenbesizers Wailey herbeigerufen, die vor dem Untersuchungsrichter ausfragte, daß sie ihren Mann in den Keller des Hauses gelockt habe, wo ihn der Direktor der Wailey, Watson, mit einer Art niederschlug. Frau Wailey unterhielt mit Watson ein Liebesverhältnis. Der letztere war antwortend, als sie vor dem Untersuchungsrichter ihre Aussagen machte. Frau Wailey wandte sich am Schluss ihres Geständnisses an ihren Geliebten mit den Worten: Nun komm, laß uns zusammen sterben. Darauf sank sie laut weinend zu seinen Füßen nieder. Watson beugte sich nieder und hob die völlig geknickte Frau zu sich empor und lästete sie. Großes Auffsehen rief es hervor, als Watson die Aussagen der Frau Wailey bestätigte und hinzusetzte, daß er drei Monate vorher seine eigene Frau getötet habe. Er motivierte die schreckliche Tat damit, daß er nicht mehr länger

getrennt von seiner Geliebten leben wollte. Nachdem auch der Gatte der Frau Bailey aus dem Wege geräumt war, hofften sie, sich zu verheiraten.

**Aus der Not eine Tugend gemacht.**

In den Kreisen der amerikanischen Gesellschaft ist es in den letzten Jahren Mode geworden, die bei den Reisen nach dem europäischen Kontinent aufgetauten Schmuckstücke bei der Rückkehr unterzollt ins Land zu schmuggeln. Der amerikanische Leberkönig Nathan Allan, der seit einiger Zeit im Verdacht stand, Diamanten nach Amerika eingeschmuggelt zu haben, hat sich bereit erklärt, um sich von dem Verdacht zu reinigen, freiwillig eine Summe von 250000 Dollar an die amerikanischen Zollbehörden zu entrichten. Nach der von Mr. Allan vorgenommenen Selbsteinschätzung scheint er ja einen halben Juwelierladen eingeschmuggelt zu haben!

**Neue Durchsuchung der Unglückszucht Clarence.**

In Bethune fand eine Konferenz der Grubeningenieure und Arbeiter der Unglückszucht Clarence statt, an der auch ein Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten teilnahm. Es handelte sich darum, darüber Bescheid zu fassen, ob man noch einen weiteren Versuch machen solle, in den brennenden Teil der Grube vorzudringen, um nach etwaigen Leberlebenden zu forschen. Der Vertreter des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, Direktor Weiss, erklärte, daß man sicher sein könne, daß es in dem brennenden Grubenteil keine Leberlebenden mehr gebe. Trotzdem wurde beschlossen, noch einmal eine Rettungskolonie in den Schacht zu schicken, um einen neuen Vorstoß gegen den brennenden Schachtteil zu unternehmen.

Nach den endgültigen Feststellungen sind bei dem Unglück 88 Personen getötet oder verletzt worden, wovon 42 Tote noch nicht geborgen sind.

**Ein schnell Entschlossener.**

Eine ergötzliche Geschichte, die von dem „Acord“ aus Philadelphia gemeldet wird, macht die Kunde in den amerikanischen Blättern. Der Held der Geschichte ist ein Bureaubeamter in Cincinnati, namens Waters. Am letzten Donnerstag vor-mittag um 10 Uhr wohnte Waters der Trauung einer seiner Freunde auf dem Standesamt als Zeuge bei. Eine Stunde später, um 11 Uhr, erschien er schon wieder auf dem Standesamt, um sich von seiner Frau, mit der er seit 24 Jahren verheiratet war, scheiden zu lassen. Um 12 Uhr erschien er abermals in Begleitung einer Frau Croft aus Ohio, die erst am Abend vorher von ihrem Manne geschieden worden war, um mit ihr in den heiligen Ehestand zu treten. Um 8 Uhr nachmittags war die neue Eheschließung bereits vollzogen. Für einen Tag immerhin eine ganz respektable Leistung.

**Kleine Notizen.**

**Revolvententat.** In der letzten Nacht wurde in Düsseldorf die Ehefrau Portwig aus Werfen von dem Arbeiter Witz auf der Straße erschossen. Witz wollte den Schuß auf den Bruder der Frau abgeben. Er traf außerdem einen unbeteiligten Mann, der schwer verletzt wurde. Der Täter wurde verhaftet.

**Tanzvergnügen.** Auf einem Tanzsaal zu Unterröppich (Neuh.) entstand in der vergangenen Nacht eine Schlägerei zwischen polnischen und böhmischen Arbeitern, in deren Verlauf ein

Arbeiter durch Messerstiche getötet, ein zweiter tödlich und mehrere andere schwer verletzt wurden.

**Schwerer Betriebsunfall.** Wie das „Luxemburger Wort“ meldet, stürzten am Sonntagmorgen in dem Betriebe der Gerberie Lambert in Luxemburg sechs Arbeiter in eine Grube. Vier sind tot, zwei konnten gerettet werden.

**Grubenunfall in Frankreich.** Eine Kohlenstaubexplosion, bei der zwei Arbeiter ums Leben kamen, hat sich, wie aus Racon gemeldet wird, in dem Schacht des Kohlenbergwerks Chapelle-sous-Dun ereignet. Von einfüßigen Gesteinsmassen wurden zwei Arbeiter verschüttet, die man nach vielen Mühen nur als Leichen zu Tage fördern konnte.

**Einsturz einer Maschinenfabrik.** Ein Teil der Werkstätten der großen Eisen- und Maschinenfabrik von Riera in Barcelona stürzte am Sonntag aus noch unbekannter Ursache plötzlich ein und begrub neun Arbeiter unter sich. Zwei von ihnen konnten nur als Leichen aus den Trümmern hervorgezogen werden, die anderen sieben wurden schwer verletzt ins Hospital gebracht. Zum Glück geschah das Unglück abends, als die Arbeiter zum größten Teil bereits die Arbeitsstätte verlassen hatten, andernfalls wäre ein unabsehbares Unheil angerichtet worden.

**Marktbericht von Berlin am 7. September 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste. (Kleinhandel)**  
 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—60,00. Linsen 35,00—70,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—6,00. 1 Kilogramm Karpen 1,40—2,40. Kalle 1,60—3,20. Bander 1,40—3,60. Gähne 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Hefe 0,80—1,80. 60 Stück Krebse 3,00—40,00.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
 Frankfurter Viertel 14. Abt. Bez. 156.  
 Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Genosse

**Paul Domke**  
 (Ehrentstr. 79) gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht.  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.**

**Nachruf.**  
 Am 6. September verstarb unser Genosse, der Schlosser

**Gustav Behnke**  
 Reher Str. 16. — (Bezirk 490.)  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung fand bereits gestern Montag, den 9. September, auf dem Innammuel-Friedhof statt.  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokrat. Wahlverein für d. Reichst.-Wahlkr. Niederharnim Bezirk Tegel.**

Am 7. September verstarb unser Genosse, der Arbeiter

**Karl Fritz**  
 Schlieperstr. 45.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 11. Sept., nachm. 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle aus auf dem Gemeindefriedhof statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
**Der Vorstand.**

**Zentralverband der Schmiede.**  
 Zahlstelle Berlin.

**Nachruf.**  
 Dem Mitgliefern zur Nachricht, daß der Kollege

**Oswald Haase**  
 am 3. September verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung fand bereits 17/6 statt.  
**Die Ortsverwaltung.**

Gestern die traurige Nachricht, daß unsere Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

**Therese Weidmüller**  
 geb. Jahnert  
 am 8. d. Mis., nach längerem, schwerem Leiden verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes an Weidenf. Köpcke-Str., aus statt.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
 Für die reichen Kranzspenden und rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Tischlers Ferdinand Krüger, sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten, dem 4. Berl. Reichstagswahlkr., dem 412. Bezirk und den Angehörigen der Brauerei Pagenhofer meinen herzlichsten Dank.  
**Witwe Krüger.**

**Dankfagung.**  
 Für die Unterstützung und liebevolle Teilnahme während der Krankheit und bei der Beerdigung unserer Tochter **Mario** sagen wir allen Kollegen und Kolleginnen des Metallarbeiter-Verbandes unseren herzlichsten Dank.  
 214b **A. Regeler u. Fran.**

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Oskar Wollburg**  
 Trauer-Magazin  
 Berlin N., Brunnenstraße 56.  
 Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

**Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,**  
 Inh.: P. Golletz  
 nur Mariannen-Str. 2.  
 Telefon: Moritzplatz 346.

**Fraack-Verleih-Institut**  
 S. Berg Nachf. Borchardt.  
 Friedrichstr. 115 1, am Oranienb. Tor.  
 Tel.: Nord 7402. 37142

**Fraack, Smoting, Gebroeders,**  
 Chapeau et cetera, für jede Figur pass., vorrätig in verschiedenen Preislagen. Sehr große Auswahl, mäßige Preise.

**Vorjährlige**  
 feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge Smokings auf Seide 30—70 M.

**Versandhaus Germania**  
 21. Unter den Linden 21.  
 Sonntags nur von 8—10 geöffnet.

Wenn nicht 2 schöne Ale  
 Is p. Radn. ger. retour!

Riesensalzmilch, Lachsheringe, Dose 32 Heringe Milchsauce, Goleanaal, Dose 20 norm. Sard., Brather., ca. Del. Sard., Goleher., 40 Sp. Bäckg. oder Rille große Bäckg. 9 Sorten zusammen 2,95 M.  
**E. Napp, Altona-Ottens. 105.**

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Lindenstr. 69 (Laden)

**Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?**  
 Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit.  
 Von H. Beims.  
 Preis 25 Pf.  
 247/19

**Tätowierung**  
 entfernt Dr. Schönemann  
 Spezialarzt für Hautleiden  
 Berlin S., Oranienstraße 139.  
 206/19

**Sofastoffe**  
 Riesenauswahl aller Qualitäten.  
 Woll- Reste! Mocquets.  
 Plüsch- Satteltaschen.  
 Muster bei näherer Angabe franko.  
**Emil Lefèvre, Berlin Süd, 158.**  
 Oranienstr.

*Josefelli*

**JUNO**

**2 PF.**

**QUALITÄTS-CIGARETTE**



**Urbin**

strahlt ja zu schein, sagt Rieke, wenn ick uff meine Stiebeln kieke

In Dosen überall erhältlich  
 Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.**  
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**  
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
 Amt IV, 3014.

**Romane berühmter Männer u. Frauen**  
 Soeben erschienen

**Lassalle**

Ein Leben für Freiheit und Liebe  
 Roman von Alfred Schirokauer  
 Mit 49 Illustrationen, Dokumenten, Briefen usw.

Im Mittelpunkt des Romans steht Ferdinand Lassalle mit seinen kühnen Plänen der Volksbeglückung und ruheloser Liebessehnsucht, die seinen frühen tragischen Tod herbeiführt. Zu ihm gesellen sich die führenden Persönlichkeiten der 60er Jahre. Ein Werk, das in glücklichster Weise fesselnde Erzählung mit geschichtlicher Wahrheit verknüpft.

Bisher erschienen:

<b>Liebe u. Leben, Lady Hamilton.</b> Historischer Roman von Heinrich V. Schumacher	<b>Lord Nelsons letzte Liebe.</b> (Fortsetzung von Lady Hamilton) Roman v. Heinrich V. Schumacher
<b>Der Roman einer Kaiserin.</b> Katharina II von Rußland. Geschichtl. Roman von Eug. Zabel	<b>Grillparzers Liebesroman.</b> Die Schwestern Fröhlich. Rom. aus Wiens klass. Zeit v. J. A. Lux
<b>Ein Liebesidyll Ludwigs XIV.</b> Louise de La Vallière. Historischer Roman von Dora Duncker	

Jeder Band geh. 4 M., geb. 5 M., in Pergament M 7.50  
 Ziehen in allen Buchhandlungen  
**Verlag von RICH. BONG, Berlin W 57**

**Billiges Fleisch!**

Schmackhaftes Mittagessen à Person nur 10 Pf.  
 erhält man durch Verwendung von unserem aus Pflanzen-Eiweiß hergestellten

**Pflanzenfleisch-Extrakt „Ochsena“.**  
 1 Dose à 30 g netto à 10 Pf. ist als Fleisch-Ersatz für 2—3 Personen für eine Gemüsesuppe von Weißkohl oder Rotkohl mit kräftigem, würzigem Fleischgeschmack genügend. Kisten à 108 Dosen à 30 g 10,80 M., 8 Dosen à netto 1 Pfd. zusammen 8 M. franko per Post, 16 Dosen à netto 1/2 Pfd. 8,50 M. Proben 5 Dosen à 30 g zusammen 70 Pf. franko per Post. Zahlung nach Empfang und Gutbefund. Nichtgefallendes nehmen jederzeit unfrankiert zurück. Kochrezepte gratis. „Ochsena“ ist 6 Monate haltbar. In der großen Bäckerei-Ausstellung des Bäckerverbandes „Norden“ im Juni 1912 in Altona wurden täglich unter den Augen des Publikums Kochversuche mit „Ochsena“ gemacht, und wurde wegen der schnellen Herstellungsweise (nur durch Aufgießen von kochendem Wasser) zu einer kräftigen Bouillon und wegen seines hohen Nährwerts als Fleisch-Ersatz zu allen Gemüsesuppen und als delikate Würze zu allen Bratensaucen und Ragouts „Ochsena“ mit der Goldenen Medaille und Ehrenpreis ausgezeichnet.  
 140/12\*  
**Mohr & Co., G.m.b.H., Altona-Ottensen. Abt.: Fleisch-Ersatz-Werke.**

**Möbel** liefert auf Teilzahlung  
 bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**  
 Vorzeiger dieses erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben.  
 Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

**Möbel** kauft man reell Tischlermeister.  
 u. am besten beim  
**Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten.**  
**Gustav Rentel, Tischlermeister, Landsberger Str. 6, am Landsberger Tor**

**Carmen Sylva**  
 Cigaretten  
 Beste Qualitäten

**Am Brunnenstr. 7 Möbel-Lechner** Rosenthaler Platz

**Spezial-Möbel-Haus**  
 auf Kredit und gegen bar.

Anzahlungen auf Stufen u. Rücken R. 20, 35, 50, 75, 100 ufm. Einzelne Möbelstücke von R. 5 Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, deren Konto beglichen, ev. ohne Anzahlung. Herrenschränke, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Rücken, Kleiderauswahl.

Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 50 R. an 5 R. gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags Geschäftszeit 9—10. Bei Gefallen, evtl. Moderner Lieferbares kann bis dahin kostenlos lagern. Beim Kauf braucht nur ein kleiner Teil angezahlt, Anzahlung rest kann bis Lieferung in Teilzahlungen beglichen werden.



Partei-Angelegenheiten.

Zaubstunde! Auf den am Mittwoch stattfindenden Jahlabend der Zaubstunde werden die Mitglieder besonders aufmerksam gemacht, da es sich um Entscheidungen von weittragender Bedeutung handelt, z. B. Neuwahl des Vertrauensmannes u. a.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 232, 233, 235 und 237 findet ein gemeinschaftlicher Jahlabend bei Hennig, Alexandrinenstraße 44 statt. Vortrag des Genossen Sassenbach über: Monarchie und Demokratie.

Einen gemeinschaftlichen Jahlabend halten die Bezirke 236, 240 bis 242 und 249a im Dreddener Garten, Dresdenstr. 45 ab. Vortrag des Genossen Adolf Ritter über: Der Zweckverband von Groß-Berlin und seine Aufgaben.

Fünfter Kreis, 3. Abteilung. Am Mittwoch, den 11. September, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Sengespeid, Reibelstr. 39, gemeinsamer Jahlabend. Vortrag des Genossen Pieck-Steglich: „Reorganisationsfragen“.

Johannisthal. Am Mittwoch, den 11. September, pünktlich 8 1/2 Uhr, im Restaurant Lindenhof „Jugendheim“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichte von den Kreis- und Verbandsgeneralsversammlungen. 3. Diskussion über dieselben. 4. Diskussion über die Reorganisation der Berliner Parteiorganisation. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Rögnitz-Wusterhausen. Der Jahlabend findet nicht am Mittwoch, den 11. September, sondern erst am Mittwoch, den 18. September, statt. Dofür wird am Mittwoch, den 11. September, abends 8 Uhr, im Lokale Wiedhorn eine Volksversammlung zur Feuerungsfrage Stellung nehmen. Das Referat hat Reichstagsabgeordneter Genosse Fuchs übernommen. Sorge jeder Genosse und jede Genossin für guten Besuch der Versammlung.

Alt-Glienitz. Der morgige Jahlabend findet für den I. Bezirk bei Genossen Rige, für den II. Bezirk bei Genossen Viganzi statt. Für den Ostteil Falkenberg wird der Jahlabend erst am Sonntag, den 14. September, abgehalten.

Spandau. Heute Dienstagabend findet von sämtlichen Bezirkslokalen aus eine allgemeine Flugblattverbreitung statt. Pflicht eines jeden Genossen ist zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Von der Brotteuerung.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin berichtet jetzt über die Ermittlungen der Berliner Droipreise aus dem Juli dieses Jahres. Es hat pro Kilogramm Roggenbrot einen durchschnittlichen Preis von nun bereits 30 1/10 Pf. herausgerechnet, das ist um 2 1/4 Pf. mehr als im vorjährigen Juli. Das „Fünfgroschenbrot“ wog im Juli dieses Jahres durchschnittlich nur noch 3 1/10 Pfund. Wie weit soll das reichen, wenn in einer Familie ein Halbduzend Kinder satt gemacht werden wollen? In demselben Monat kostete das Kilogramm Weizenbrot (Schrippen) durchschnittlich 55 1/10 Pfennig, noch um 1 1/10 Pfennig mehr als im vorjährigen Juli, wo der Preis für Weizenbrot ohnedies schon unerträglich hoch stand. Die mit 2 1/2 Pfennig bezahlte „Dreierschrippe“ war im diesjährigen Juli so leicht, daß sie ein Durchschnittsgewicht von nur 45 Gram hatte. „Fünfgroschenbrot“ und „Dreierschrippe“ wiegen in manchen Bäckereien mehr, als diese Durchschnitte angeben. Dafür sind sie aber in manchen anderen Bäckereien um so kleiner und leichter, so daß man sie in einem Hungernotmuseum als Schandwürdigkeit für spätere Geschlechter aufbewahren möchte.

Eine Frucht der zunehmenden Abwendung von der Kirche.

Auf dem bei Friedrichsfelde gelegenen Gemeindefriedhof der Stadt Berlin haben schon seit einer Reihe von Jahren auch diejenigen Beerdigungen, deren Kosten von den Hinterbliebenen bezahlt wurden, alljährlich sich beträchtlich gemehrt. Daß diese Entwicklung sich aus der in weiten Kreisen der Bevölkerung immer mehr wachsenden Abneigung gegen die Kirche erklärt, ist im „Vorwärts“ wiederholt hervorgehoben worden.

Auch das Etatsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912), aus dem jetzt der Magistrat den Verwaltungsbericht des Bestattungsuratoriums veröffentlicht, hat dem Gemeindefriedhof wieder eine Mehrung der bezahlten Beerdigungen gebracht. Diesmal wurden dort 6232 Personen beerdigt, davon auf Kosten der Stadt 3957 Personen (1738 Erwachsene, 2219 Kinder), außerdem als Anatomieleichen 608 Personen (d. h. die Leiche der von der Anatomie zurückgegebenen und dann verbrannten Leichenteile), ferner auf Kosten der Angehörigen 1667 Personen (1318 Erwachsene, 349 Kinder). Gegenüber dem vorhergehenden Jahre, wo auf Stadtkosten 3544 Personen, als Anatomieleichen 666 Personen, auf Kosten der Angehörigen 1434 Personen beerdigt wurden, ergibt sich für 1911 ein Mehr von 413 Beerdigungen auf Stadtkosten und ein Mehr von 233 Beerdigungen auf Kosten der Angehörigen, daneben ein Weniger von 58 Anatomieleichen. In den fünf Etatsjahren 1906-1910 wurden auf dem Gemeindefriedhof 866, 935, 1198, 1208, 1434 Personen gegen Entrichtung der Gebühren beerdigt, hiernach war für das Etatsjahr 1911 mit 1667 solcher Beerdigungen die Zahl ziemlich doppelt so groß wie fünf Jahr vorher. Gegen Gebühren wurden auf diesem Friedhof, der seit 1881 besteht, in den ersten sechs Jahrzehnten 158, 487, 516, 1445, 3451, 5641 Personen beerdigt. Man sieht, wie sehr besonders in den letzten beiden Jahrzehnten 1901-05 und 1906-10 diese Beerdigungen immer zahlreicher geworden sind. Nehmen wir dazu die Beerdigungen aus 1911, so sind da draußen in 31 Jahren zusammen 12395 Personen auf Kosten der Angehörigen beerdigt worden.

Es ist ohne weiteres begreiflich, daß solche Zahlen Anhängern und Förderern der Kirche sehr unerfreulich scheinen. Weil die Kirche mit „geistlichen Waffen“ nichts gegen die Abwendung von ihren Friedhöfen vermag, möchte man der weiteren Mehrung nichtkirchlicher Friedhöfe Einhalt gebieten. Die „dem Volk die Religion erhalten“ möchten, sehen es mit wachsender Sorge, daß nicht nur die Lebenden immer mehr der Kirche fern bleiben, sondern auch die Toten immer mehr den kirchlichen Friedhöfen entzogen werden. Auf dem Gemeindefriedhof der Stadt Berlin ruhen ja neben Konfessionslosen, die sich bereits von ihrer Religionsgesellschaft losgesagt hatten, auch

solche Verstorbenen, die das noch nicht gewollt oder gedurft hatten. Jeder Verzicht auf eine Ruhestätte in dem „geweihten Boden“ eines konfessionellen Friedhofes ist von sehr fühlbarem Einfluß auch auf die Einnahmen der Kirche, da ihr mit den Toten zugleich die Gebühren verloren gehen, die für Beerdigung, Grabpflege usw. zu zahlen wären.

Wir Sozialdemokraten fordern, daß die Stadtgemeinde auf ihrem konfessionsfreien Friedhof die Beerdigungen allgemein unentgeltlich gewähren soll. Die Pastoren samt ihren paar Gläubigen mögen „ihrem Schöpfer danken“, daß diese Forderung noch nicht erfüllt ist. Kommt es einmal dazu, dann werden sie wohl auf ihren Friedhöfen sich allein begraben lassen können.

Vom Wettensfel. Am letzten Renntage in Goppegarten wurden wieder ganz gewaltige Umsätze erzielt. Allein für Eintritt berechneten die Kassen 28 000 M. Am Totalisator wurden 444 260 M. eingezahlt, davon auf Sieg 278 880 M. und auf Platz 165 380 M. Das Omnium-Rennen brachte die höchste Quote, nämlich 100 530 M. (auf Sieg 60 880 M. und auf Platz 39 650 M.) Auch das Renard-Rennen regte die Bettpefulation sehr an, wurden doch nicht weniger als 41 730 M. auf Sieg und 28 250 M. auf Platz gewettet, das sind insgesamt 69 980 M. Der Umsatz bei den Buchmachern soll am Sonntag, so versichern sachverständige Tipser, in die Millionen gegangen sein.

Spiritistenunzug. In den „Königsälen“ an der Ecke der Wozzeck- und Neuen Königstraße tagt an jedem Donnerstagabend von 9 Uhr an der „Christliche Verein erster Forscher vom Diesseits zum Jeneseits“, wahrer Anhänger der christlichen Kirchen. Schon der lange Name verspricht viel, und in der Tat wird hier der bekannten nie aussterbenden Menschenhorde viel „geboten“. Vor mehreren Jahren fanden diese vom „Propheten Johannes“, einem „Ragnelopathen“ aus der Gleimstraße 42, inszenierten und geleiteten Versammlungen öffentlich statt. Damals schritt die Polizei ein und verbot den Unzug, weil sich während der Versammlungen die wildesten Szenen abspielten. Jetzt blüht der Schwindel lustig weiter und die Behörde sieht stillschweigend zu, weil es sich ihrer Meinung nach um eine geschlossene Vereinsgesellschaft handeln soll. Vielleicht tut auch das fromme Aushängeschild ein übriges. Besonders gern werden jüngere Leute angelockt. Die für mystische Dinge in ihrer Unerfahrenheit oft ebensoviel Sinn haben wie alte Rummelstreife und Velschweijern, die sich mit der Beteiligung an solchem Wahnwitz den Himmel zu verdienen hoffen. In jeder Sitzung kommt es vor, daß Frauen oder Mädchen vor Aufregung in Ohnmacht oder gar in Krämpfe verfallen und wild um sich schlagen. Die Gläubigen sind ja an den Rumpstisch gewöhnt, aber empfindliche Nerven von Reulingen, die in diese Versammlungen gelockt werden, halten nicht stand. Darin aber liegt die Gefahr und das Moment eines ganz großen Unfalls. Wir warnen dringend davor, sich mit den Unternehmungen des „Propheten Johannes“ irgendwie einzulassen.

Wegen Unterschlagungen und Veruntreuungen im Amte ist der 37 Jahre alte Bureaudiakar Otto Bräutigam aus der Suarezstraße zu Charlottenburg von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Bräutigam, der als Registrator in der Abteilung IV des Berliner Polizeipräsidiums angestellt war, war früher Zeugfeldweibel. Als solcher bewarb er sich um Anstellung im Polizeipräsidium, die er, nach der Probezeit als Diätar, auch demnachst erhalten hätte, da er seine ihm obliegenden Arbeiten zur Zufriedenheit ausführte. Durch widrige Familienverhältnisse und seinen Reichsinn geriet er aber in Schulden und ließ sich schließlich zu den Veruntreuungen hinreißen. Schon seit geraumer Zeit war es aufgefallen, daß einzelne Aktenstücke, die Schankwirte betrafen, die wegen Kuppel- und ähnlicher Verfehlungen angezeigt waren, verschwanden. Außerdem stellte sich schon wiederholt heraus, daß bares Geld, das anderen Aktenstücken in Briefumschlägen beigelegt war, aus diesen herausgenommen wurde. Nachforschungen, die sofort angestellt wurden, blieben eine Zeitlang ohne Erfolg, bis es jetzt einem Kriminalbeamten gelang, den Bureaudiakar, der in der Registratur die Buchstaben L zu ordnen hat, als den Täter zu überführen. Um diesem seine strafbaren Handlungen nachzuweisen, nahm ein Kriminalkommissar sofort eine Durchsuchung in seinem Arbeitszimmer vor, die verschiedenes Verlastungsmaterial zutage förderte, so daß Bräutigam sofort verhaftet werden konnte. Einem eingehenden Verhör unterzogen, gestand dieser auch ein, daß er, um sich in den Besitz von Geldmitteln zu setzen, die ihm aus den Akten zuteil gewordene Kenntnis für sich verwerlet habe. Er wandte sich an Schankwirte, gegen die Strafanzeige schwebte, und erbot sich ihnen, für sie Eingaben um Niederschlagung der Anzeige zu machen. In vier Fällen gibt er auch zu, die ganzen Aktenstücke vernichtet zu haben, um so die Strafanzeigen hinfällig zu machen.

Bei der ungeheuren Zahl von Straf- und Personalfakten, die im Polizeipräsidium aufbewahrt werden, kann es vorkommen, daß ein Aktenstück vielleicht einmal an eine falsche Stelle gerät und dann erst nach langem Suchen und Umfragen wieder herbeigeschafft wird. Es ist jetzt eine Untersuchung eingeleitet worden, um alle Fälle aufzuklären. Die Registratur ist vor Jahren nach dem dritten und vierten Stock verlegt und mit einem eisernen Gitter verschlossen worden, um sie dem Publikum unzugänglich zu machen.

Zu der Familientragödie in der Barfußstraße, über die wir in der Sonntagsnummer unter „Lezte Nachrichten“ berichteten, wird mitgeteilt, daß Grubn, der seine Frau und seine beiden Kinder zum Fenster hinauswarf und dann selber hinaussprang, in der Charité als Polizeigefangener sich befindet und falls er mit dem Leben davonkommen und nicht als Geisteskranker erklärt wird, wegen Totschlags zur Verantwortung gezogen werden dürfte.

Das Drama hätte viel schlimmere Folgen gehabt, wenn nicht vor dem Küchenfenster ein kleiner Hofgarten gewesen wäre. Alle vier Personen fielen auf den durch die anhaltende Kälte ziemlich weichen Rasen, so daß der Aufprall dadurch erheblich gemildert wurde. Nur die acht Jahre alte Tochter Elisabeth fiel noch mit dem Kopf auf die aus Steinen bestehende Einfriedigung und zog sich dadurch schwere Kopfverletzungen zu. Ihr Verfinden ist auch am bedenklichsten. Das Verfinden der hochschwangeren Frau kann sich durch ihren Zustand später noch sehr verschlimmern. Eine direkte Lebensgefahr besteht bei keiner der vier Personen; es können aber jeden Augenblick Komplikationen eintreten, die den Tod herbeiführen. Vernehmungsfähig sind sie noch nicht.

Verzweiflungstat einer Mutter. Großes Aufsehen erregt in Johannisthal die Verzweiflungstat einer Mutter, die aus Nahrungssorgen gemeinsam mit ihrem jüngsten Kinde in den Tod ging. Es wird darüber folgendes berichtet: Sonntag früh gegen 5 Uhr verließ die eheverlassene Fabrikarbeiterin Anna Penn aus Johannisthal, Roonstraße 15, mit ihrem sechs Wochen alten Kinde Walter die Wohnung, die sie mit ihrer Mutter teilte, und sprang in den Teltowkanal. Als die Mutter später erwachte und das Bett ihrer Tochter leer fand, schickte sie, nichts Gutes ahnend, zu ihren Anverwandten, die sich auch sofort auf die Suche begaben. Sie fanden nachmittags gegen 4 Uhr das Kind zwischen der noch Rubow führenden Kanalbrücke und der Dammstraße von Späth. Die Leiche der P. wurde unweit der Budower Brücke aus dem Wasser gezogen. Die Frau

hinterläßt noch zwei Knaben im Alter von 9 und 11 Jahren. Der Grund der Tat ist in Nahrungssorgen zu suchen. Die Frau war an verschiedenen Arbeitsstätten abgewiesen worden und hatte schon vor einigen Tagen gehungert, daß sie mit dem Kinde in den Kanal gehen werde, falls sie keine Arbeit finde. Diese Äußerungen wurden aber von der Mutter nicht ernst genommen.

Wenn man eine Bierreise tut. In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Fahrgäste einer Autobroschüre, der Tischlermeister Karl Sch. aus der Alvenslebenstraße und der in einem Lokal der Wozzeckstraße beschäftigte Kaiser Jakob W., die auf einer Bierreise gegen 1/2 Uhr nachts den Kurfürstendamm entlang fuhren, ganz unerwartet und zu Unrecht verhaftet. In dem Eckhaus Joachimsthaler Straße 36 und Kurfürstendamm war unmittelbar zuvor ein Einbruch verübt worden. Der Fahrer des Autos, der Chauffeur Otto K. aus der Schwerinstraße 15, wurde nun im Vorbeifahren von einem Schußmann herangewinkt, um ihn bei der Jagd auf die im Hause verhehten Einbrecher beistehen zu sein. Der Chauffeur wie sein Fahrgast Sch. leisteten dieser Aufforderung auch unerschrocken Folge, eine Bereitwilligkeit, die Sch. und seinem im Wagen zurückgebliebenen Zeugen verhängnisvoll wurde. Als nämlich Sch. kurz darauf von der vergeblichen Suche wiederkam, wurde er am Hauseingang von zwei anderen, mittlerweile herbeigeeilten Schußleuten als vermeintlicher Einbrecher verhaftet. Das gleiche Schicksal ereilte den zweiten Fahrgast W., dessen Kaufzustand die argwöhnische Hermandat für eitel Verstellung hielt. Trotzdem der Chauffeur sich für die Unschuld seiner Gäste energisch ins Zeug legte, wurden Sch. und W. zur Polizeiwache in der Marburger Straße 9 und Sonntag früh mittags den inzwischen ebenfalls festgenommenen wirklichen Dieben, die man nachher im Hofe des Hauses schlafend angetroffen hatte, nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium gebracht. Die irrtümlich verhafteten Bierreisenden, deren fröhlicher Kauf einer trüben Ernüchterung Platz machen mußte, wurden erst Sonntag mittags aus der Haft entlassen. Die wirklichen Einbrecher, der Schrittmacher Paul Wolter aus der Wilmstraße und der Kleiner Sultan Meyer aus der Weibtreustraße blieben hinter Schloß und Riegel. Sie hatten in der Wohnung, wo sie den Einbruch verübten, bereits ein umfangreiches Lager von Straußenfedern (Pleurteufen) in Kartons verpackt und aufgestapelt.

Von einem Fuhrwerk überfahren und auf der Stelle getötet wurde gestern mittags die 77 Jahre alte Bädermeisterswitwe Mathilde Simon aus der Großbeerenstraße 74. Als die alte Frau vor dem Hause Nr. 78 in der Großbeerenstraße den Fuhrmann überschreiten wollte, wurde sie von einem mit Dünger beladenen Wagen angefahren, zu Boden geworfen und durch ein Hinterrad tödlich verletzt. Man brachte sie mit einer Kopfverletzung nach der Hilfswache am Tempelhofer Ufer, wo der Arzt aber nur noch ihren Tod feststellen konnte. Die Leiche der Frau wurde beschlagnahmt und dem Schauhaufe zugeführt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag, mittags kurz nach 12 Uhr vor dem Hause Weihenburger Straße 34. Dort wollte der 56jährige Brauereiarbeiter Heinrich Spranger den Fuhrmann überschreiten, bemerkte jedoch nicht, daß ein Straßenbahnwagen der Linie 56 herannahte. Spranger wurde umgeworfen. Blutüberflutet wurde er nach der nächsten Unfallstation gebracht, wo der Arzt schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen feststellte; auch war das linke Ohr des Sp. abgerissen. Der Arbeiter wurde nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus überführt.

Ein Faleotomarder tritt seit einiger Zeit im Leibniz-Gymnasium am Mariannenplatz auf, ohne daß es bisher gelang, den Dieb zu fassen. Während des Unterrichts schleicht er sich auf die Korridore und stiehlt die Garderoben. Sonnabend stibitzte er wieder nicht weniger als vier Ueberzieher und eine Pelzermine. Es sind besondere Vorkehrungen getroffen, um dem Epibuben sein Handwerk zu legen.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt wieder die hiesige Kriminalpolizei. Gestern nachmittags wurde hinter dem Dom die Leiche eines neugeborenen Knaben aus der Spree gefischt. Sie muß schon sehr lange Zeit im Wasser gelegen haben, da sie schon ganz in Verwesung übergegangen war. Das Kind ist wahrscheinlich von der Mutter gleich nach der Geburt nackt ins Wasser geworfen worden. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Schwer zu Schaden gekommen sind am Sonntag zwei Berliner Feuerwehrmänner bei einem kleinen anscheinend ungefährlichen Brande, der in der Handelsstraße „Velle Alliance“, Lindenstraße 101/102 und Friedrichstraße 16, ausgebrochen war. Dort „brannte“ in einer Kiste Salspeterjaure unter nicht einmal bedeutender Dampfentwicklung. Wegen der Gefahr für Gesundheit und Leben wurde die Kiste mit der Säure ins Freie geschafft, wobei Aumungsapparate benutzt wurden. Trotz aller Vorsicht erkrankten in der letzten Nacht unter der Einwirkung der eingeatmeten Dämpfe der Obermaschinist Simon und der Feuerwehmann Hoffmann vom 1. Zuge so schwer, daß sie unzugänglich nach dem Krankenhaus Am Urban geschafft werden mußten. Dem Obermaschinisten S. ging es gestern besser, dem Feuerwehmann S. aber leider schlechter.

Die Berliner Wehr hatte in der letzten Nacht in der Remeler Straße 6 zu tun, wo infolge des Ausströmens von Gas aus einem undichten Gas Schlauch die Gefahr einer Gasexplosion entstanden war.

Kabrennen im Olympiapark, 8. September. In dem Bestreben, die Rennen abwechselnd zu gestalten, hatte die Leitung der Olympiabahn diesmal die „Flieger“, d. h. die Fahrer über die kurze Strecke beborzugt und mehrere mit hohen Preisen dotierte Rennen ausgeschrieben, zu denen die bedeutendsten Fahrer gemeldet hatten. Zu den Ausländern Carapezzi, Dupré, Ellegaard, Hourlier, Kubela, Pouchois, Schilling, Wehrine gefolgt sich Willi Arend, Fr. Hoffmann, Lorenz, Kadel, Ritt, Schürmann, Ladevald, Tegloff, Wegener und andere. Leider erlitten die Rennen, nachdem sie kaum begonnen hatten, eine unliebsame Störung durch einen Regenschauer, der zwar bald aufhörte, aber doch stark genug war, um die Golsbahn unsicher zu machen; um sie wieder abzutrocknen, wurden die nassen Stellen, die im Schatten lagen und von der Sonne nicht beheizten wurden, mit Schwerkloppen aufgewischt und darauf mit Benzin übergoßen, das angezündet wurde und mit den auflodernden Flammen den Zuschauern ein unerwartetes Feuerwerk bot. Die Rennen verliefen spannend und ohne Unfall in folgender Weise:

Großer Preis von Deutschland über 1200 m. 1500, 750, 500, 250, 100 M. Zehn Vorläufe wurden gewonnen von Hourlier, Ellegaard, Dupré, Freimold, Wehrine, Arend, Ritt, Schürmann, Peter, Wegener. Nach zwei Hoffnungs-, drei Zwischen- und zwei Verechtigungsaufläufen erfolgte endlich der Endlauf, der von fünf Fahrern bestritten wurde. 1. Hourlier in 2 Min. 10 1/2 Sek.; 2. Pouchois, 1/2 2.; 3. Ellegaard; 4. Ritt; 5. W. Arend. Arend führt die ersten Runden vor Hourlier und Ellegaard, bleibt dann aber zurück; Ritt hat Ketten Schaden, kann aber noch den vierten Platz belegen. In den Vorläufen etwa 80 Fahrer.

Prämienfahren. 4000 m. 80, 50, 30, 20 M.; außerdem dem Ersten jeder Runde 10 M., dem Zweiten 5 M. 1. Lorenz in 5 Min. 13 1/2 Sek.; 2. Wegener; 3. Finn; 4. v. Rahmer. Etwa 50 Fahrer in einem Lauf.

Preis der Ausländer. 1200 m. Der Sieger bestreitet am nächsten Sonntag ein Match mit dem Gewinner des Preises der Inländer, dessen Preise 600 und 400 M. betragen, den nächsten 75, 50, 25 M. 1. Hourlier in 1 Min. 56 Sek.; 2. Ellegaard, dicht auf; 3. Pouchois; 4. Wehrine; Ritt platziert; Dupré.

Preis der Inländer. 1200 m. Preise wie beim vorigen Rennen. 1. Ritt in 1 Min. 59 1/2 Sek.; 2. Lorenz, dicht auf;

8. Schürmann; 4. Trend. Nicht platziert: Breidenbach, Peter und Wegener.

1. Vorgabefahren. 2000 m. 100, 50, 30, 20 m. 1. R. Müller (190 m Vorgabe), 2. Schürmann (15), 3. P. Schulz (215), 4. Stolz (30). 34 Fahrer im Rennen.

2. Vorgabefahren. 2000 m. 100, 50, 30, 20. 1. Rütt (0), 2. Finn (35), 3. Paffenheim (100), 4. Theis (30). 33 Fahrer im Rennen.

3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Wegen eintretender Dunkelheit mußte der 3. Lauf über 30 km und ein Ländersfahren auf Montag abend verschoben werden.

Die Rennen vom Montag abend nahmen den folgenden Verlauf:

Spree-Preis. 3. Lauf (30 km); 1. Miquel; 2. Demle; 3. Goor; 4. Pawke; 5. Hall. — Gesamtwertung: 1. Miquel; 2. Demle; 3. Goor; 4. Hall; 5. Pawke.

Ländersfahren. 2000 m. 100, 300, 200, 100 m. 1. Rütt-Peter; 2. Schürmann-Breidenbach; 3. Dupré-Bödrine; 4. Housler-Pouchais.

Zeugen gesucht. Am Sonnabend, den 17. August, abends 10 Uhr, wurde ein Mann von 30 Jahren an der Landsberger Allee aus der städtischen Straßenbahn geschleudert. Zeugen, welche den Vorfall gesehen haben, werden gebeten, ihre Adressen an Karl Beckmann, Berlin O., Revaler Straße 13, Seitenflügel I, gelangen zu lassen.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln.

In Anbetracht der gesteigerten Lebensmittelsteuerung beschloß der Magistrat in seiner letzten Sitzung, sich der von Groß-Berlin geplanten wiederholten Petition der Gemeinden Groß-Berlins und des Preussischen Städtetages auf Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermitteln anzuschließen. Die eingesetzte Deputation für Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuerung wird beauftragt, in neue Beratungen wegen Ausbau der vorhandenen Einrichtungen einzutreten. — Mit Rücksicht auf die zu erwartende schnelle Weiterentwicklung der Knabenmittelschule soll das bereits aufgestellte Projekt für den Ausbau des südlichen Flügels des Schulgebäudes an der Renaustrasse so gefördert werden, daß dasselbe bereits am 1. Oktober 1913 in Benutzung genommen werden kann. Das vom Hochbauamt vorgelegte Vorprojekt wurde genehmigt.

Vollständliche Vortragsabende und Konzerte. Der im Vorjahre herausgegebene Programkalender für alle von der Stadt veranstalteten vollständigen Vorträge und Konzerte hat allgemeinen Anklang gefunden, so daß sich der Magistrat, Abteilung für Volksbildungswesen, veranlaßt gesehen hat, einen gleichen Kalender auch für den Winter 1912/13 aufzustellen. Das Programm für den kommenden Winter ist um vier Kammermusikabende vermehrt worden, die die historische Entwicklung dieses Kunstzweiges darstellen und die Kammermusik dem Verständnis des großen Publikums näher bringen sollen. Die Abende werden ausgeführt von der Neuen Berliner Kammermusikvereinigung und führen in vier systematisch aufgebauten Konzerten in die Kammermusik ein. Außerdem wird das unter Leitung des Professor Dessau stehende Berliner Trio zwei seiner von Musikfreunden besonders geschätzten Konzertabende veranstalten. Besonders hervorzuheben möchten wir auch die Aufführung der neunten Sinfonie von Beethoven. Diese Aufführung verspricht unter Mitwirkung des hiesigen Oratorien- und Lehrergesangsvereins, des Bläser-Orchesters sowie erster Solisten einen seltenen musikalischen Genuß. Es ist eine zweimalige Aufführung des Werkes vorgesehen. Neben diesen Konzerten ist die bei den vollständigen Vorträgen, deren Besuch vollkommen kostenfrei ist, besondere Beachtung geschenkt worden. Der größere Teil der Veranstaltungen wird in der hierfür besonders geeigneten Aula des neuen Realschulgebäudes am Boddinplatz stattfinden.

Die Neuköllner Wehr hatte in der Nacht zum Sonntag an zwei Stellen zu tun. Am Weigandufer 29 mußte ein großer Dachstuhlbrand gelöscht werden. Am Weigandufer hatte die Wehr drei Stunden und in der Elbestraße eine Stunde zu tun, um die Gefahr zu beseitigen. Der Dachstuhlbrand am Weigandufer wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Dem Feuer in der Elbestraße 38 fielen Möbel usw. zum Opfer.

### Friedenau.

Übermals hat die Friedenauer Gemeindevertretung ein neues Ruheabblatt dem Antrag ihrer sozialpolitischen Ratsmitglieder eingeleitet. Auf eine Eingabe von — sage und schreibe — fünfundsiebzig Krämerleuten hin, hoben die bürgerlichen Gemeindevertreter, von denen der größte Teil die ganze Woche Sonntag hat, den in einem lichten Augenblick vor den Ferien gefaßten Beschluß betreffend Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wieder auf. Während ihres Aufenthalts an der See oder im Süden haben sich die Dreiklassenmänner die Geschichte noch einmal beschlafen und haben, wie einer der Herren im Ortsblättchen ausplaudert, Angst bekommen, daß insbesondere die jüngeren Angestellten, wenn sie des Sonntags zu viel freie Zeit haben, in den Aneipen verdorben werden. Am meisten Kopfschmerzen jedoch bereitet den Deutschen der Umstand, daß es eine Gemeinde geben könne (gemeint ist Stettin), welches die Einführung der Sonntagsruhe abgelehnt hat. Die Friedenauer an sozialpolitischer Ratsmitgliedern um noch eine Rollenlänge voraus sei. Dies dürfte man unter seinen Umständen zulassen. Die konnte man auch von einer Gemeinde, die sich die vornehmste Gartenstadt von Berlin nennt, in der angeblich die bedeutendsten Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Industrie ihren Wohnsitz genommen haben, die von allen Groß-Berliner Gemeinden mit die elendesten Gemeindeverhältnisse bezahlt, und die noch vor kurzem einem Teil ihrer Arbeiter, die um Lohnaufbesserung petitionierten, die Arbeitszeit um eine Stunde verlängerte, nur um nicht mehr Lohn zahlen zu brauchen, annehmen, daß der über den Ferien gefaßte Beschluß ernst gemeint gewesen sei. Es ist nicht das erste Mal, daß die Gemeindevertretung Beschlüsse gefaßt und im Hundstunde wieder über den Haufen geworfen hat. Wir erinnern an die Wertzuwachssteuer, die erst beschlossen und dann, wie jetzt noch den Ferien, wieder aufgehoben wurde, auch ist die Rathausbau-Kommission, bei der in jeder Sitzung mehrere Beschlüsse in ein und derselben Sache gefaßt und wieder aufgehoben wurden, noch in frischer Erinnerung. Wertmessenwert ist noch, daß es zwei Vertreter der dritten Klasse, dem Herrn Schulz, dem Verleger des Ortsblättchens, und dem Architekten Gausein, vorbehalten blieb, diesen sozialpolitischen Schildbürgerleuten zu begründen. Außer unserem Genossen Richter, der das heuchlerische Getöse der Mehrheit scharf geißelte, traten die Herren Berger und Hoffdrenner warm für den alten Beschluß ein.

### Rossen.

Eine Steuerungsdebatte gab es in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Die Kritik bei Anwesenheit öffentlicher Protestversammlung hatte die Ablehnung einer Petition an das Stadtverordnetenkollegium beschlossen, in welcher inhaltlich dieselben Maßnahmen gegen die Steuerungsänderung verlangt werden, wie in denjenigen, die

bereits in Berlin und einer Reihe Kommunen Gegenstand eingehender Beratungen waren. In der Diskussion hierüber bemerkte Herr Baumeister Fick, Vertreter der dritten Klasse, daß eine Steuerungsänderung, nur sei sie zu mildern, wenn die Frauen der Arbeiter mehr Interesse für die Landwirtschaft hätten. Herr Schneidermeister Stark, ebenfalls Vertreter der dritten Klasse, blies in dasselbe Horn seines Vorgesetzten, nur betonte er noch, daß sich die Arbeiter doch Vieh halten sollten, dann wäre jeder Kostand befreit. Sich an den Reichstag oder Bundesrat zu wenden, halte er nicht für angebracht. Herr Aderbürger Präger, Vertreter der dritten Klasse, meinte, bei der Steuerungsänderung im vorigen Jahr sei er das Kandidat gewesen. Man habe ihm in einer öffentlichen Versammlung den Vorwurf gemacht, er gebe seinen Leuten Ratsstücken. Er kenne fleißige und strebsame Arbeiter, deren Frauen bei sieben Kindern noch auf Arbeit gehen und ein Schwein füttern. Selbstverständlich müsse zur L

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1232. Charlottenstraße 3. Amt III. Amt Norden, Nr. 1067.

Dienstag, den 10. September 1912:  
**Bezirks - Versammlungen**  
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin  
in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusssäle, Wäckerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen R. Bohn.
- Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.
- Tegel: Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1, abends 8 Uhr.
- Moabit: Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Dr. Wiese: „Der Rinderseuchium im Arbeiterhaus“.
- Westen und Schöneberg: Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten: Comeniusssäle, Wilmersdr. 67, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.
- Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Karl Wäde.
- Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 2, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Graewe.
- Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Woldt: „Industriebetriebführung“.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosenthalstr. 3, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.
- Steglitz: Schellhases Festsäle, Hornstraße 15, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Papenfoths Lindengarten, Friedrichshagen, Friedländerstr. 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneweide: Prochowskis Oberschöneweider Vereinshaus, Rathausstr. 13, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Pezells Restaurant, Pichelsdorfer Straße 5, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.

Tagesordnung in allen Versammlungen:  
**Bericht von der Generalversammlung.**  
Mittelsbuch legitimiert.  
Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Achtung! Bauanschläger. Achtung!**  
Donnerstag, 12. September, pünktlich abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

**Monats-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 2. Vortrag des Kollegen Karl Wäde über: Das Koalitionsrecht in Preußen. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch ersucht  
Die Ortsverwaltung.  
124/21

Von der Reise zurück 140/14\* Von der Reise zurück:  
Dr. A. Freudenberg. Dr. Max Jacobsohn, Blumenstraße 4.

**Kios Cigaretten**  
Kürprinz 3 Pfg. Fürsten 4 Pfg. Welt-Macht 5 Pfg. Auto-Klub 6 Pfg. Aero-Klub 10 Pfg.  
Kios-B.Z. Cigarette Stück 4 Pfennig.

**Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer zu Berlin.**  
Außerordentliche General-Versammlung der Vertreter  
am Mittwoch, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 3), wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die stattgefundenen Kongresse.  
2. Hochwichtige Audisprache und Beschlussempfehlung über Zentralisation.  
3. Kassensachen.  
Berlin, den 9. September 1912.  
Der Vorstand.  
H. A. Schmitt, Vorsitzender.



**Land u. Wald am gr. Storkower See**  
mit eigenen Bootstellen  
OR von 7 M. an.  
Terraingesellschaft am Storkower und Scharmützelsee m. B. H., Berlin C. 2, Burg-Strasse 30.

**Spezialarzt**  
f. Haut- und Harnleiden, nerv. Schwäche, „Ehrlich 606“ usw.  
u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung, Fäden l. Darm usw.  
Friedrichstr. 81, gegenüber Banoptikum.  
Spr. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.

**Pollmanns Bandagen**  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc.  
Berlin N., Potzdamer Str. 60.  
Lieferant für Krankenkassen  
Eigene Werkstatt.

**WOLL-FRICKE**  
Oranien Str. 11

**Achtung! Gewerkschaften!**  
Lichtbilder-Vortrag:  
Seal dazu passend für 300 bis 500 Personen.  
Sonntag, den 6. Oktober 1912, frei geworden.  
Armiahallen, Kommandantenstr. 58/59.

**Manoli**  
Cigarettes Specialmarken  
Abbas Dandy  
Gibson Girl

**Engelhardt Special Hell**  
Flasche 10 Pf.  
Erstklassiges Spezial-Bräu nach Pilsener Art  
Überall käuflich

**Deutsches Nationalgetränk.**  
!!! Unerreicht !!!  
40 Pfennig pro Pfund  
**Edel-Mais-Kaffee**  
Marke Mai-Ko.  
Generaldapot:  
Norden, Chaussee 116, Pomspr. Amt Norden 593 u. 9904.  
Ffilialen:  
SW., Gneisenaustr. 104 und Blücherstr. 14.  
Bei Abnahme von 5 Pfd. frei Haus.  
— Niederlagen werden vergeben. —

**Birnen!**  
Gute grüne | bald erntet  
Reifgebirne | 50 kg 8,00 RM.  
Bismarck | etwas später reif  
Napoleon | 50 kg 12,00 RM.  
Reifert frei Haus Berlin bei Abnahme von mindestens 12,5 kg so lange Vorrat reicht gegen Kauffe die 137/12\*  
Stadt. Gutsverwalt. Falkenberg bei Berlin O.

## Theater und Vergnügungen

Dienstag, 10. Sept. 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Bohème.  
Kgl. Schauspielhaus. Die Bluthochzeit.  
Deutsches Schauspielhaus. Romeo und Julia.  
Prater. Der Walzerkönig.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Taubenstraße 48/49. Bierwaldläder See und der Gottlieb.  
Lefling. Lantel, der Rarr.  
Kurfürsten-Oper. Der Aufreißer.  
Mammerpiele. Wein Freund Teddy.  
Berliner. Große Rollen.  
Königsgräber Straße. Die fünf Franzosen.  
Kleines. Der Underschlamm. Der Arzt seiner Ehre. Kottischens Gelucktion.  
Montis Operetten. Der liebe Augustin.  
Schiller O. Die Lokalbahn. Die Redakteur.  
Schiller O. Charlottenburg. Misanthrop. Schule der Frauen.  
Residenz. Der Herr von Nr. 19.  
Thalia. Antolleschen.  
Luisen. Alpenkönig und Menschenfeind.  
Herrnfeld. Wie man Männer besser. Die Original-Klabriapartie.  
Trianon. Die Briefstache. Ein heimlicher Zwischenfall. Der Dieb.  
Metropol. Schwindelmeister u. Co. Casino. Der Großfürst.  
Reichshallen. Steintiner Sänger. Die Nacht der Löwe.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.  
Vollage. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Lustspielhaus. So'n Blindbudd.  
Friedr. Wilt. Schauspielhaus. Die teufliche Erlösung.  
Rosa. Papstentwurf.  
Polkalla. Nur nicht drängeln.  
Golfes Caprice. Der teufliche Joseph.  
Der Rehbod.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Der Rehbod.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralpalast. Cissalutt: Doonoe.  
Steinwarte. Invalldenstr. 57-52.

**Schiller-Theater O. Theater.**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Die Lokalbahn. — Die Medaille.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Geliebte — Paracelsus.  
Der grüne Kakadu.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Misanthrop.  
Die Schule der Frauen.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Der Misanthrop.  
Die Schule der Frauen.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Nachtrub.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: Der Tallman.  
Dramatisches Märchen v. Ludw. Gulda.  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Rosinen.**  
Theater in der Königsgräber Straße  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
(Komische Oper).  
An allen Tagen der Woche 7 1/2 Uhr:  
Egmont.  
**Montis Operetten-Theater**  
(früher Neues Theater)  
8 Uhr: Der liebe Augustin.  
Sonntags 4. erstenmal: Goldener Leichnam. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Alpenkönig und der Menschenfeind.  
Mittwoch: Die Anna-Elle.  
Donnerstag: Der Alpenkönig und der Menschenfeind.  
**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Zapfenstreich.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
Es gibt nur ein Berlin. Dr. Reuss.

**Residenz-Theater.**  
8 Uhr:  
Der Herr von Nr. 19.  
Schwank in 3 Akten von Kroul und Barré.  
Morgen und folgende Tage:  
Der Herr von Nr. 19.

**Metropol-Theater.**  
Schwindelmeister & Comp.  
Phant. musifl. Komödie in 3 Akten, aus d. Engl. völlig frei bearb. von F. Freund.  
Musik von H. Nelson, u. o. Länge von H. Bishop. In Szene gef. v. Dr. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Kauschen gestattet.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr  
Lachen ist die Parole!  
4 Schwestern Ruby  
Humorist. akrob. Potpourri.  
M. Vega Trio  
der Gipfel der Komik.  
Wunderpapagei Lora  
und 8 weitere Novitäten.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. „Die Briefstache“.  
„Ein heimlicher Zwischenfall“.  
„Der Dieb“.

**Passage-Theater.**  
Abends 8-11 Uhr  
Gastspiel der sieben Spasmacher  
„Da tut sich was.“  
Große Metropol-Theater-Revue  
nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche  
übersetzt von Schmollus Feind.  
Musik von Victor Limburger, in  
Szene gesetzt von Direktor  
Ricardo Shoultzer.  
Jean Pedro, Fratzi Massiev, Lausch Messing, Papi Popipi, Kohn Erzbischof, Luiso Quitscher.  
Pflaun überall gestattet!

**Casino-Theater**  
Potzdamer Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben  
Der Großfürst.  
Vorher ein ausermählter Spiegelbildentel, nur Künstler ersten Ranges.  
Vorverkauf an der Theatertasse von 11-2 Uhr.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der stille See.

**UT Union-Theater**  
Asta Nielsen  
Totentanz  
nur in den  
Union-Theatern  
Alexanderplatz  
Unter den Linden  
Moritzplatz  
Hasenheide  
Wedding,  
Reinickendorfer Str. 14.  
Außerdem:  
Der Kaiser in der Schweiz.  
Der Kronprinz als Leihhansar  
usw. usw.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Herrnfeld Theater**  
Wie man Männer bessert!  
Die Original-Klabrias-Partie  
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theatertasse.)

**Passage-Panoptikum**  
Prinz ATOM  
Das kleinste menschliche Lebewesen.  
Das Wunder aller Wunder.  
Lehnd! Ohne Extra-Entree!

**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen Badstraße 58  
Heute geschlossen.  
Sonntag, den 15. September 1912:  
Robert und Bertram.  
Montag, den 16. September: Eröffnung der Winterfassung.

**LUNA PARK**  
Letzte Woche!  
Entree 50 Pf.  
Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei.  
Die für 1912 gelassenen Billets haben f. die nächstjährige Saison keine Gültigkeit.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die Novitäten:  
Der teufliche Joseph.  
Der Rehbod.  
Der Einbrecher.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Neu! Die Nacht der Töne.  
Musik v. Reibel.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

